OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

„Wir sind das Volk“

Rechtspopulistische Demagogen auf dem Vormarsch

Im Auftrag von AK Wien FSG

Werner T. Bauer

Wien, Juni 2021

Einleitung 4

1. Die populistische Herausforderung
Beschreibung eines modernen Phänomens

Historische Vorläufer 6

Der Populismus erreicht die westeuropäischen Demokratien 8

Stilmittel oder Ideologie? 8

Links oder rechts, ist das noch die Frage? 10

Ein Faschismus im neuen Gewand? 11

Der Graubereich 13

„Den“ Rechtspopulismus gibt es nicht 13

Strukturelle Gemeinsamkeiten – und Unterschiede 15

Aussprechen, was ist 17

Viel Feind, viel Ehr' 18

Schreckgespenst Multikulti 20

National und sozial – wie geht das eigentlich zusammen? 23

Eine dreifache Herausforderung für die Sozialdemokratie 24

Die Wähler der Rechtspopulisten – jung, männlich und ungebildet? 28

Eine Hand wäscht die andere – Rechtspopulismus und Boulevard 32

Keine Randerscheinung mehr 34

Spezialfall Osteuropa 38

2. Strategien gegen den rechten Populismus
Viele kleine Schritte…

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit 42

Scheitern-Lassen – aber um welchen Preis? 43

Populismus durch Populismus bekämpfen? 45

Der Rechtspopulismus wird salonfähig 45

Aufstieg durch Ausgrenzung – oder Moderation durch Einbindung? 46

Ablenkung verstärkt die Politikverdrossenheit 47

Emotionale Argumente zählen mehr als rationale 48

Zu den „Menschen da draußen“ gehen – der steinige Weg 49

Interaktion – die Herausforderung annehmen 50

Den Angstmachern entgegentreten 51

3. Eine Herausforderung für die europäischen Demokratien
Und ein nicht allzu optimistischer Ausblick

Die Beliebigkeit ist ihre größte Stärke 54

Politik enthält immer auch ein wenig Populismus 56

Anhang

Alleanza Nazionale (AN, Italien) 59
Alternative für Deutschland (AfD, Deutschland) 59
Ataka (Bulgarien) 59
Chrysi Avgi (Griechenland) 59
Dansk Folkeparti (DF, Dänemark) 60
FIDESZ (Ungarn) 60
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ, Österreich) 61
Fremskridtspartiet (FRP, Dänemark) 62
Fremskrittspartiet (FrP, Norwegen) 62
Front National (FN, Frankreich) 62
Jobbik (Ungarn) 64
Lega Nord (LN, Italien) 64
Liga Polskich Rodzin (LPR, Polen) 65
Lijst Pim Fortuyn (LPF, Niederlande) 66
Movimento Sociale Italiano (MSI, Italien) 67
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD, Deutschland) 67
Partij voor de Vrijheid (PVV, Niederlande) 68
Perussuomalaiset (PS, Finnland) 69
Prawo i Sprawiedliwość (PiS, Polen) 69
Rassemblement National (RN, Frankreich) 70
Die Republikaner (REP, Deutschland) 71
Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej (Polen) 72
Schweizerische Volkspartei (SVP, Schweiz) 73
Slovenská národná strana (SNS, Slowakei) 74
Sverigedemokraterna (SD, Schweden) 75
Vlaams Belang (VB, Belgien) 76
Vox (Spanien) 76

Einleitung

Noch im Jahr 2000 waren sozialdemokratische Parteien an der Mehrzahl der Regierungen in der Europäischen Union beteiligt oder führten diese sogar als Seniorpartner an. Nach den Wahlschlappen der Linksparteien in den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Österreich, und den Skandalen um die eher dubiosen Sozialdemokraten in Malta, Rumänien und der Slowakei, sind es gegenwärtig nur noch fünf: Die sozialdemokratisch geführte Fünf-Parteien-Koalition in Finnland sowie die Minderheitsregierungen in Schweden, Dänemark, Spanien und Portugal.

Die europäische Sozialdemokratie befindet sich seit Jahren in einer tiefen Krise – ob in Skandinavien, in Süd- oder in Zentraleuropa. Angesichts der großen Verdienste, die sich die Sozialdemokraten in den 1970er- und 1980er-Jahren erworben haben, mag dies ungerecht erscheinen. Tatsache bleibt allerdings, dass die klassischen Mitte-Links-Parteien vom Vertrauensverlust vieler Menschen in die Institutionen der parlamentarischen Demokratie derzeit am stärksten betroffen sind.

Nach Jahrzehnten der zu Pragmatismus und Kompromissen zwingenden Regierungsbeteiligungen wirke die Sozialdemokratie *erschöpft und desorientiert*, meint der politische Journalist Werner A. Perger.[1] Außerdem sei das klassische linke Wählerklientel, die Arbeiterschaft, zahlenmäßig dramatisch geschrumpft, der Rest zu einem beträchtlichen Teil zu den rechten Populisten übergelaufen. In Zeiten, in denen die sozialen Ungleichheiten jährlich und für alle wahrnehmbar zunehmen, bestimmen Fragen der „Sicherheit“, der „Migration“ und der „kulturellen Identität“ die politische Agenda – und damit auch die Wahlergebnisse. Themen, die nach Auffassung der meisten WählerInnen in die Kompetenz der Konservativen und der rechten Populisten fallen.

Der rechte Populismus hat – trotz mancher Rückschläge – mittlerweile ganz Europa erfasst und ist in den meisten Parteiensystemen zu einer festen und nicht mehr zu vernachlässigenden Größe geworden. Sein Aufstieg und seine Persistenz stellen eine der besorgniserregendsten und am schwersten zu bewältigenden Herausforderungen für die europäischen Demokratien dar.[2] Rechtspopulistische Politdeutungen und -inszenierungen reichen mittlerweile weit in die etablierten konservativen und liberalen, ja selbst in die sozialdemokratischen Parteien und Verbände hinein. Es lohnt sich einfach, *in Populismus zu machen*.[3]

---

[1] Werner A. Perger (2015): Was tun? Europas Sozialdemokratie in der Krise. https://www.deutschlandfunk.de/europas-sozialdemokratie-in-der-krise-pdf.media.5ebe4d6c3a67b76ef35ea3d5eb53d51a.pdf
[2] Messina, Anthony M. (2007): The Logics and Politics of Post-WWII Migration to Western Europe, 2f.
[3] Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, Opladen, 277.

Der rechte Populismus ist schon längst nicht bloß ein politisches, sondern ein weit über die Sphäre des Politischen hinausgehendes soziokulturelles Alltagsphänomen geworden. Wer genau hinhört und hinsieht, der stellt fest, dass unsere gesamte westliche Alltagskultur, die Massenmedien, die Werbung, selbst die Unterhaltungsindustrie rechtspopulistisch durchseucht sind. Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde prägte deshalb schon vor Jahren das Schlagwort vom *populistischem Zeitgeist*.[4]

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu Ende der 2000-Jahre, mit dem Aufstieg Donald Trumps und anderer devianter Persönlichkeiten in höchste Staatsämter, vor allem aber mit der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen ging gerade zuletzt eine deutliche Radikalisierung des „rechten Randes“ unserer Gesellschaft vor sich, der sich zunehmend – auch international! – besser vernetzt, militanter und gewaltbereiter auftritt, und dessen Strahlkraft mittlerweile bis weit in die „bürgerliche Mitte“ reicht.

[4] Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39 (4), 541–563.

1. Die populistische Herausforderung

Beschreibung eines modernen Phänomens

Historische Vorläufer

Als „Populismus“ wird gemeinhin eine Politik bezeichnet, die sich am (vermeintlichen) Volkswillen orientiert, diesen aufspürt, verstärkt und für die eigenen politischen Ziele zu instrumentalisieren versucht.

Der Begriff geht auf eine US-amerikanische Protestbewegung zurück, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts gegen die zunehmende Vorherrschaft des Großkapitals aufbegehrte und für die Errichtung landwirtschaftlicher Verwertungsgenossenschaften und für den Ausbau der direkten, plebiszitären Demokratie eintrat und deshalb gerade bei den kleineren Farmern im Mittleren Westen der USA sehr erfolgreich war. 1891 als People’s Party (oder auch Populist Party*)* gegründet, trat sie 1892 mit dem Slogan *Equal Rights to all; special privileges to none* sogar mit einem eigenen Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl an. James B. Weaver erreichte landesweit beachtliche 9% der Stimmen, gewann die Mehrheit in fünf Bundesstaaten und erhielt 22 Wahlmännerstimmen in Kansas, Colorado, Nevada, Idaho, Oregon und North Dakota.

Als erste politische Partei in den USA räumte die People’s Party den Frauen eine aktive Rolle in der Politik ein. Und geradezu revolutionär war ihr Credo, die Frage der „Rassenunterschiede“ zwischen armen Weißen und armen Schwarzen zugunsten ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen hintanzustellen. Der Niedergang der Populisten setzte bereits um die Jahrhundertwende ein, da es der Partei nicht gelang, in den städtischen Milieus Fuß zu fassen. Viele ihrer Forderungen wurden von den Demokraten übernommen, die es geschickt verstanden, den im Süden der USA weit verbreiteten Rassismus gegen die Konkurrenten von der People’s Party auszuspielen.

Vom kurzzeitigen Erfolg der People’s Party ausgehend, entwickelte der US-amerikanische Soziologe Lawrence Goodwyn bereits gegen Ende der 1970er-Jahre seine Theorie vom „populistischen Moment“. Der Populismus, so Goodwyn, sei eine „gesellschaftliche Kernströmung“, und es bedürfe nur eines bestimmten historischen Augenblicks, um diese zu aktivieren. Ein solcher „populistischer Moment“ sei immer dann gegeben, wenn das Tempo der Veränderungen zu rasant geworden sei und die Menschen diesem Transformationsprozess nicht mehr folgen könnten oder wollten.[5]

[5] Goodwyn, Lawrence (1978): The Populist Moment. A Short History of the Agrarian Revolt in America, Oxford.

Ebenfalls in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts traten in Russland die Narodniki („Volkstümler“, von russ. Narod, Volk) in Erscheinung, eine populistische Bewegung, die sich sowohl gegen den absolutistischen Zarismus als auch gegen den nach Russland vordringenden Industriekapitalismus wandte und das Heil des russischen Volkes in einem agrarischen Sozialismus suchte, in dessen Zentrum die Dorfkommune stehen sollte. Ein Teil dieser sozialrevolutionären Bewegung ging später in der Partei der Bolschewiki auf.

Im frühen 20. Jahrhundert entstanden auch in Ostmitteleuropa populistische Bauernbewegungen, die eine bessere politische Integration und Repräsentation der Bauernschaft und deren Stärkung mittels Landreformen zum Ziel hatten. In seiner Frontstellung gegen den westlichen Kapitalismus auf der einen und die sozialistische Kolchosenwirtschaft auf der anderen Seite entwickelte der ostmitteleuropäische „Agrarismus“ gewissermaßen ein Konzept des Dritten Weges jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. *Wo ethnisch-nationale Trennlinien mit den sozialen zwischen Bauern und Grundherren oder Bauern und Städtern zusammenfielen*, schreibt Helga Schultz in ihrer Einleitung zum Sammelband „Agrarismus in Ostmitteleuropa 1880–1950“, *verband sich der Bauern-Agrarismus schon im „Volkstumskampf“ des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit den Nationalbewegungen*.[6]

In der Zwischenkriegszeit verschmolzen „Agrarromantik“, völkische „Blut und Boden“-Ideologie und Nationalismus schließlich zu einer politischen Strömung, die bald enge personelle und inhaltliche Verbindungen zum osteuropäischen Faschismus aufwies. Bezeichnenderweise spielten einige dieser historischen Bewegungen bei der Wiederentstehung der Mehrparteiensysteme nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus eine bedeutende Rolle, vor allem in Polen mit der Polnischen Bauernpartei (PSL) oder der **>>**Samoobrona (Selbstverteidigung der Republik Polen).

In den 1930er-Jahren gelangten auch in Lateinamerika verschiedene, allerdings „urban-populistische“ Bewegungen an die Macht, deren Führer – Diktatoren wie Getúlio Dornelles Vargas (1883–1954), der „Vater der Armen“ in Brasilien, oder Juan Domingo Perón Sosa (1895–1974) in Argentinien – das politische Potential der massiven Landflucht erkannten und für sich zu nutzen verstanden. Der ökonomische Populismus lateinamerikanischer Prägung profilierte sich vor allem durch seine Forderung nach einer staatsprotektionistischen Umverteilungspolitik zugunsten der unteren und mittleren Einkommensschichten.

---

6 https://opus4.kobv.de/opus4-euv/frontdoor/deliver/index/docId/37/file/Schlussbericht_Projekt_Agrarismus_in_Ostmitteleuropa_1890_1960.pdf

Der Populismus erreicht die westeuropäischen Demokratien

In Westeuropa taucht der Populismus in den frühen 1970er-Jahren in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten auf. In Erinnerung geblieben ist der dänische „Steuerrebell“ Mogens Glistrup, der 1971 mit seiner Ankündigung berühmt wurde, keine Steuern mehr zu bezahlen. Das Hauptanliegen seiner dänischen **>>**Fortschrittspartei war der Abbau der staatlichen Bürokratie und der Kampf gegen den „Missbrauch von Sozialleistungen“. Mit diesem Minimalprogramm wurde die neue Partei bei den Wahlen von 1973 auf Anhieb zweitstärkste Fraktion im dänischen Parlament. Das Thema „Ausländer“ spielte damals noch keine Rolle, die aus der Fortschrittspartei hervorgegangene **>>**Dänische Volkspartei punktete erst später (und bis heute) mit eindeutig ausländerfeindlichen, zum Teil sogar rassistischen Positionen.

Der endgültige Aufstieg der rechten Populisten erfolgte in den 1980er-Jahren – mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ost- und Südosteuropa, dem Siegeszug des Neoliberalismus und den damit verbundenen Privatisierungen, Liberalisierungen und Deregulierungen. Zu nennen wären hier Frankreich mit Jean-Marie Le Pens **>>**Front National (heute: Rassemblement National), Österreich mit Jörg Haider und seiner Transformation der deutsch-national-freiheitlichen **>>**FPÖ in eine rechtspopulistische Protestpartei, Belgien mit dem separatistischen Vlaams Blok (heute: **>>**Vlaams Belang) und die Schweiz mit der **>>**Schweizerischen Volkspartei Christoph Blochers.

Der Begriff des „Populismus“ wurde damit zu einer fixen politischen Kategorie, die in Europa, im Gegensatz zu den USA, wo Demokratie immer auch eine Prise Populismus beinhaltet, tendenziell stets negativ konnotiert ist.

Stilmittel oder Ideologie?

Gibt es zwischen dem US-amerikanischen Populismus des 19. Jahrhunderts, dem osteuropäischen Agrarpopulismus der Zwischenkriegszeit, dem Populismus lateinamerikanischer Tradition und den seit bald 40 Jahren in Europa grassierenden Populismen einen gemeinsamen Nenner oder sogar so etwas wie eine „populistische Ideologie“?

In der Politikwissenschaft gehen die Meinungen dazu weit auseinander. Der „Populismus“ ist mittlerweile zu einem beliebten Kampfbegriff geworden, der sich einer wissenschaftlichen Bewertung oder exakten Definition entzieht. Dazu kommt, dass der Begriff aufgrund seines vielschichtigen und diffusen Charakters oft unscharf oder unreflektiert verwendet wird und als analytische Kategorie und eigenständiger Forschungsgegenstand höchst umstritten bleibt.[7]

[7] Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 61; siehe dazu auch Goodwin, Matthew (2011): Right Response. Understanding and Countering Populist Extremism in Europe, 12ff.

Für manche Beobachter liegen die Gemeinsamkeiten zwischen den populistischen Bewegungen eher im formalen als im inhaltlichen Bereich. Sie sehen im Populismus in erster Linie ein politisches und agitatorisches Stilmittel und sprechen ihm den Charakter einer Ideologie im klassischen Sinn ab. Martin Reisigl vom Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien etwa meint: *Aufgrund seines heterogenen, synkretistischen und theoretisch inkohärenten Charakters kann Populismus angemessener als politischer Stil und – präziser noch – als politisches „Syndrom" charakterisiert werden,*[8] und auch der deutsche Politikwissenschaftler Florian Hartleb betont, dass sich viel Ballast in der wissenschaftlichen Diskussion abwerfen ließe, *wenn dem Begriff keine politische Ideologie bzw. Programmatik unterlegt wird, er vielmehr zur Kennzeichnung einer bestimmten Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform, das heißt eines bestimmten Politikstils, dient.*[9] Der 2005 verstorbene Leiter der Grazer AMS-Denkwerkstätte Hans Georg Zilian schlug deshalb vor, *den Ausdruck „populistisch" nur mehr als Schimpfwort zu gebrauchen.*[10]

Demgegenüber erklärt der deutsche Populismusexperte Frank Decker, *dass die Form, indem sie auf bestimmte inhaltliche Auffassungen zurückverweist, selbst ideologische Qualität* annehmen könne, der Populismus demzufolge eine „Ideologie ohne Weltanschauung" sei, die *eine recht starre ideologische Form mit sehr variablen Inhalten* aktiviere.[11] Wie treffend diese Analyse ist, soll im weiteren Verlauf dieser Studie gezeigt werden.

Bei näherer Betrachtung lässt sich bei allen Populismen tatsächlich ein ideologischer Kern entdecken. Ihr wichtigstes und gemeinsames Merkmal ist die Identitätspolitik. Im Zentrum der populistischen Ideologie steht „das Volk", das als homogene Einheit aufgefasst, mit moralisch aufgeladenen Chiffren („der kleine Mann", „die Fleißigen und Tüchtigen", „die schweigende Mehrheit") besetzt und von der „machtgierigen", „abgehobenen", „korrupten" Elite, dem Establishment, der „politischen Klasse" abgegrenzt wird. Politik, so verkünden die Populisten zu allen Zeiten, müsse endlich wieder ein Ausdruck des „wahren Volkswillens" werden. Die volle Wucht der populistischen Verachtung trifft dabei alle Nicht-zum-Volk-Gehörenden, allen voran „die da oben", „die Politiker", „die Intellektuellen", „die Staatskünstler" usw.

---

[8] Reisigl, Martin (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhethorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 55.

[9] Hartleb, Florian (2005), Rechtspopulistische Parteien. Konrad-Adenauer-Stiftung, Arbeitspapier / Dokumentation Nr. 143, Sankt Augustin, 13.

[10] Zilian, Hans Georg (2002): Der „Populismus" und das Ende der Gleichheit. In: Eismann, Wolfgang (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 71.

[11] Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 11.

Die populistische Ideologie, ob links oder rechts, basiert demnach auf dem Gegensatzpaar Volk versus Elite („wir da unten, ihr da oben"). Parallel und zusätzlich zu dieser vertikalen Abgrenzung von „denen da oben", die alle Populisten vornehmen, erfolgt beim rechten Populismus eine weitere Abgrenzung auf der horizontalen Ebene: Wir, „das Volk", gegen „die Anderen", „die Fremden", die „Nicht-zu-unserem-Volk-Gehörenden".

Links oder rechts, ist das noch die Frage?

Noch schwieriger als eine eindeutige Definition des Populismus ist die Verortung der verschiedenen Populismen auf der traditionellen Links-Rechts-Skala. *Der Begriff „Populismus"*, meinte etwa der Doyen der österreichischen Politikwissenschaft Anton Pelinka, *bezieht sich auf einen Anspruch und auf eine Methode – und nicht auf einen bestimmten, traditionellen Kriterien wie „rechts" und „links" zuzuordnenden Inhalt.*[12] Ist Populismus also doch in erster Linie ein Stil, eine politische Agitationstechnik, die sich – entsprechendes „Talent" vorausgesetzt – an ganz unterschiedliche Ideologien anbinden lässt?

Zu Beginn des neuen Millenniums war in einigen osteuropäischen Staaten, aber auch in Spanien oder im krisengeschüttelten Griechenland eine kurzlebige Renaissance des Linkspopulismus zu beobachten, dessen Vertreter identitätspolitisch mit scharfen Abgrenzungen gegen „feindliche" Gruppen und Institutionen wie die EU, die USA oder das „internationale Großkapital" agierten. Dabei zeigte sich, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Stärke und dem Vorhandensein von rechts- und linkspopulistischen Bewegungen gibt, da beide, wenn nicht um das gleiche, so doch um ein ähnliches Wählerreservoir konkurrieren. Für die Linkspopulisten, die auf der vertikalen Ebene an dieselben „niederen Instinkte" appellieren wie die Rechtspopulisten, nämlich auf die Aversion gegen „die da oben", stellt sich dabei allerdings das Problem, dass ihre potentielle Wählerschaft in kulturellen Fragen sehr viel weiter rechts steht, als die Partei, die ihrem humanistischen und internationalistischen Selbstverständnis nach auf der horizontalen Ebene nicht oder nur schwer gegen „Ausländer", „Zuwanderer" oder „Asylanten" agitieren kann.

Neben den wenigen dezidiert linkspopulistischen Parteien und den in letzter Zeit stärker in Erscheinung tretenden und ideologisch nicht mehr einzuordnenden „Politclowns" à la Peppe Grillo von der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung, handelt es sich bei den meisten erfolgreichen populistischen Parteien und Bewegungen um Rechts- und Nationalpopulisten, die der Europäischen Union skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen und scharf gegen jede Form der Zuwanderung und die damit verbundene ethnische und kulturelle Pluralisierung unserer Gesellschaften auftreten.

---

[12] Pelinka, Anton (2005): Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 89.

Sie befinden sich psychologisch in einer komfortablen Position, können sie doch, zusätzlich zum Hass auf „die da oben“, auf ein noch fundamentaleres Gefühl setzen, nämlich auf das Misstrauen und auf die Angst vor „dem Fremden“ als eine universell-anthropologische Konstante.

Ein Faschismus im neuen Gewand?

Die Übergänge vom Rechtspopulismus zur „gemäßigten Rechten“ auf der einen Seite und zum neuen Rechtsextremismus auf der anderen sind fließend.[13]

Unter „Rechtsextremismus“ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von einer rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsangebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter „Rechtsextremismus“ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Soweit der deutsche Rechtsextremismus-Experte Hans-Gerd Jaschke.[14]

Manche der von Jaschke aufgeführten Rechtsextremismus-Merkmale lassen sich auch in vielen rechtspopulistischen Bewegungen nachweisen:

- Autoritarismus und Führerkult;
- Nationalismus – der gerne „ganz wertfrei“ die Bewahrung der „nationalen Identität“ gegen den „europäischen Einheitsbrei“ und die ökonomische Globalisierung betont – und Fremdenfeindlichkeit – Rassismus, Antisemitismus und Antiislamismus inklusive;
- Antiamerikanismus – unter der Chiffre „Ostküste“ mit eindeutig antisemitischem Unterton – und Kapitalismuskritik – wobei nicht die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als solche in Frage gestellt, sondern bloß ein gewisser staatlicher Protektionismus in Hinblick auf die Gruppe der heimischen Mittelständler gefordert wird;
- Freund-Feind-Denken und Ausgrenzung;

---

[13] „Rechtsextremismus“ wird seit 1974 von den deutschen Verfassungsschutzbehörden durchgängig statt des früher geläufigen „Rechtsradikalismus“ verwendet, um zu betonen, dass es sich dabei um verfassungsfeindliche, gegen den Grundbestand der freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung agierende Gruppierungen handelt.

[14] Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Wiesbaden, 30.

- Relativierung des Nationalsozialismus und Geschichtsrevisionismus.

All das findet sich, in unterschiedlicher „Qualität“ und in unterschiedlichen Mischverhältnissen, in weiten Teilen des rechten und des rechtspopulistischen Lagers. Und genau hier beginnt der Graubereich zum Rechtsextremismus.

In vielen, allerdings nicht in allen, rechtspopulistischen Bewegungen bestehen darüber hinaus historische und persönlich-biographische Verbindungen, Verflechtungen und Kontakte zum historischen Faschismus und zum neuen Rechtsextremismus, zu neofaschistischen Gruppierungen, Verlagen oder Versandhäusern. Das heißt, in vielen rechtspopulistischen Parteien lässt sich eine ständige Neigung und ein fließender Übergang zum Rechtsextremismus beobachten. Dies trifft naturgemäß vor allem auf die Rechtspopulisten jener Länder zu, in denen der historische Faschismus und Nationalsozialismus stark verankert waren, also auf Parteien wie die österreichische FPÖ mit ihren „bedauerlichen Einzelfällen“, die deutsche **>>**AfD, die ungarische **>>**Jobbik, den französischen Front National oder die Nachfolger der italienischen Postfaschisten (**>>**MSI).

Aufgrund dieser strukturellen, ideologischen und personalen Überschneidungen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bezeichnen manche Beobachter den Rechtspopulismus auch als „Rechtsextremismus light“. Wenn Claus Leggewie, der sich selbst als *antikommunistischer Linker, katholisch fühlender Agnostiker, angeschlossener Außenseiter und respektvoller Grenzverletzer* beschreibt, dem Rechtspopulismus eine *fatale Nähe zum faschistischen Gedankengut*[15] zuschreibt und den westeuropäischen Rechtspopulismus als einen Faschismus im neuen Gewande sieht, so mag dies in einigen Fällen durchaus berechtigt sein – generell sollten die modernen Rechtspopulisten allerdings nicht mit den Faschismen der Zwischenkriegszeit in einen Topf geworfen werden. Denn in der Regel fehlt es ihnen, wie bereits der deutsche Extremismusforscher Uwe Backes feststellte, an Militanz und Gewaltbereitschaft, die meisten strebten keine radikale Umwälzung oder revolutionäre Veränderung der Gesellschaft an,[16] ihr Weltbild und ihre „Ideologie“, sofern überhaupt vorhanden, seien flexibler und anpassungsfähiger, als jene der Rechtsextremen.

Die meisten Rechtspopulisten lassen sich deshalb innerhalb – wenn auch oft am äußersten Rande – des demokratischen Spektrums verorten. Explizit neofaschistische Gruppierungen sind heute weitgehend marginalisiert und politisch bedeutungslos geworden. Am Beispiel der deutschen **>>**NPD zeigt sich jedoch, dass auch rechtsextremistische Parteien zu

---

[15] Leggewie, Claus (1992): „Nationalpopulismus“ – der neue Rechtspopulismus. In: Schiller, Theo (Hrsg.), Parteien und Gesellschaft, Stuttgart, 66.

[16] Backes, Uwe (1991): Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1, 14.

populistischen Strategien greifen, wenn es ihnen, zum Beispiel im Wahlkampf, opportun erscheint.[17]

Der Graubereich

Der Graubereich und die Übergänge zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus werden gerade bei neuen Bewegungen wie den Identitären[18] deutlich sichtbar. Das „Gedankengut" der „Neuen Rechten", ein Begriff, mit dem vor allem die neuen und erfolgreichen Rechtsaußenparteien, aber auch die jüngeren intellektuellen Rechten bezeichnet werden, findet in der gesamten rechten Szene breite Rezeption. Die „Neuen Rechten" greifen mit Vorliebe die Ideen der „Konservativen Revolution"[19] der Zwischenkriegszeit auf, wenden sich gegen die Ideale der Aufklärung, gegen Liberalismus, Pluralismus und Demokratie, suchen nach „ursprünglichen Werten" und Ordnungsprinzipien und verstehen sich als eine elitäre Avantgarde, die in Form von Tagungen, Diskussionsforen und Zeitschriftenprojekten agiert und ihre Basis an Hochschulen (etwa bei Burschenschaften) oder in Zeitungsredaktionen (wie Junge Freiheit*)* besitzt.

Ihren Ursprung hat die Bewegung in Frankreich, wo die „Nouvelle Droite" seit den 1970er-Jahren – also zeitlich parallel und durchaus als Reaktion auf grüne und ökologische Ansätze der „Neuen Linken" – bestrebt war, eine geschlossene und „moderne" rechte Theorie zu entwickeln und die (links)liberale Deutungshoheit in Fragen der Werteorientierung zu konterkarieren. Universal gültige Prinzipien, wie etwa die Menschenrechte, werden als moderne Ideologie eines „geistigen Kolonialismus" diffamiert, und an die Stelle des modernen, liberalen und demokratischen Staates tritt das Modell einer „organischen Demokratie", einer Gemeinschaft von Bürgern, die durch eine gemeinsame Abstammung miteinander verbunden sind.

„Den" Rechtspopulismus gibt es nicht

Die Bandbreite innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums ist riesig. Sie reicht von „altrechten" Parteien wie dem früheren französischen Front National, der ungarischen Jobbik

---

[17] Hartleb, Florian (2005), Rechtspopulistische Parteien. Konrad-Adenauer-Stiftung, Arbeitspapier / Dokumentation Nr. 143, Sankt Augustin, 28.

[18] Siehe dazu: Bruns, Julian; Glösel, Kathrin; Strobl, Natascha (2014): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster; Goetz, Judith; Sedlacek, Joseph Maria; Winkler, Alexander (Hrsg.) (2018): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären", Hamburg.

[19] Der Begriff „Konservative Revolution" wurde 1950 von Armin Mohler für eine Gruppe ideologischer Strömungen eingeführt, die sich im Kontext der Weimarer Republik entwickelten und die dezidiert antiliberale, antidemokratische und antiegalitäre Züge trugen. Siehe dazu: Sontheimer, Kurt (1962): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik; Pfahl-Traughber, Armin (1998): Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat.

und neofaschistischen Bewegungen wie der griechischen **>>**Chrysi Avgi über regional-separatistische (Vlaams Belang, **>>**Lega Nord) und „gemäßigt“ rechtspopulistische Parteien (Schweizerische Volkspartei, Dänische Volkspartei, skandinavische Fortschrittsparteien), über ultrakatholische (**>>**Liga Polnischer Familien), postfaschistische (frühere italienische **>>**Alleanza Nazionale), post-moderne und radikal-libertäre (**>>**Lijst Pim Fortuyn) bis hin zum weitgehend ideologiefreien, aber mit rechten Versatzstücken dekorierten „Unternehmer-populismus“, wie ihn Silvio Berlusconi bereits zu Beginn der 1990er-Jahre verkörperte.

Einige dieser Parteien, wie etwa die österreichische FPÖ, die mittlerweile aufgelöste Alleanza Nazionale, aber auch die belgischen, französischen oder norwegischen Rechts-populisten, knüpfen zum Teil direkt an faschistische Ideologien und Parteien der 1920er- und 1930er-Jahre an.

Andere wiederum besitzen keine historischen oder ideologischen Verbindungen zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit; sie verstehen sich als deklarierte Anhänger eines „Minimalstaates“, sind fremden- und zuwanderungsfeindlich, lehnen aber Rassismus und Antisemitismus ebenso ab, wie eine transnationale Zusammenarbeit mit Gruppierungen wie dem französischen Front National oder dem belgischen Vlaams Belang. Die niederländische Liste Pim Fortuyn etwa war (rechts)populistisch, aber nicht extremistisch, ihre Nachfolger von der **>>**Partij voor de Vrijheid propagieren einen radikalen Anti-Islamismus, lehnen aber eine Kooperation mit „antisemitischen Parteien“ dezidiert ab.

Der deutsche Politikwissenschaftler Richard Stöss unterscheidet drei Typen rechtsextremer Parteien, einen neofaschistischen, rassistischen und systemfeindlichen, einen nationalistischen, rassistischen und eher systemkritischen und einen gemäßigt nationalistischen, fremdenfeindlichen, aber eher systemkonformen.[20] Stöss zählt den französischen Front National und die italienische Lega Nord zur zweiten, systemkritischen Gruppe, die österreichische FPÖ, die skandinavischen Fortschrittsparteien und die schweizerische SVP hingegen zur dritten, der systemkonformen Gruppe, die mit konservativen und liberalen Parteien kooperiert und sich von Extremisten abgrenzt.

Das Beispiel der FPÖ, die bereits unter Jörg Haider fundamentale Kritik am „österreichischen System“ übte und die Gründung einer „dritten Republik“ propagierte, die auch und gerade während ihrer letzten Regierungsbeteiligung durch eine Reihe antisemitischer „Einzelfälle“ Schlagzeilen machte und deren Verhältnis zu den rechtsextremen Identitären keineswegs geklärt ist, zeigt allerdings, wie arbiträr solche und ähnliche Unterscheidungen sind.

---

[20] Stöss, Richard (2006): Rechtsextreme Parteien in Westeuropa. In: Niedermayer, Oskar et al. (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, 527.

Das Verhältnis von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus muss deshalb von Fall zu Fall untersucht und stets aufs Neue beurteilt werden. Von Bedeutung sind dabei nicht nur die Geschichte und die Herkunft der jeweiligen Partei und ihres Führungspersonals, sondern auch das politische Umfeld und die spezifischen Ausgangskonstellationen in den jeweiligen Ländern. Und – nicht zu vergessen: auch und gerade diese Parteien unterliegen sehr kurzfristigen und raschen Veränderungsprozessen!

Strukturelle Gemeinsamkeiten – und Unterschiede

Die rechtspopulistischen Bewegungen in Europa weisen einige gemeinsame Merkmale auf, die sie zu einer – wenn auch häufig zerstrittenen – „politischen Parteienfamilie" machen. Die meisten Unterschiede und Besonderheiten sind demgegenüber national bedingt und im jeweiligen historischen Kontext zu sehen.

Zwei wesentliche Merkmale sind allen populistischen Parteien und Bewegungen eigen. Das erste bezieht sich auf ihr Selbstverständnis, eine Anti-Establishment-Bewegung (also eine „Anti-Partei") und keine Partei im klassischen Sinn zu sein. Dieses Selbstverständnis und dieser Wunsch drücken sich oft bereits in ihrem Namen aus; viele vermeiden das Wort „Partei" und bezeichnen sich selbst lieber als „Allianz", „Alternative", „Aktion", „Bewegung" „Bündnis", „Forum", „Front", „Liga", „Liste", „Offensive", „Union", „Zentrum" oder schmücken sich mit Phantasiebezeichnungen, wie etwa die griechische „Goldene Morgenröte".

Das zweite gemeinsame Merkmal liegt in der herausgehobenen Position eines charismatischen und autoritären „Führers". *Der Rechtspopulismus,* stellte der österreichische Journalist und Autor Michael Jungwirth so treffend fest, *steht und fällt mit dem Guru.*[21] Dieser ist nicht selten der Gründer der Bewegung, oft auch ein früheres Mitglied einer der etablierten Parteien seines Landes, die er entweder aus freien Stücken verlassen hat oder aus der er – zum Beispiel wegen seiner allzu radikalen Positionen – ausgeschlossen wurde.

Dieser starken Personalisierung und Zuspitzung auf eine oder wenige Führungspersönlichkeiten steht eine klare Tendenz zu einem klassenübergreifenden Kollektivismus gegenüber. Die Rechtspopulisten postulieren die Existenz eines weitgehend homogenen Volkes (die Wir-Gruppe) mit einen gemeinsamen Volkswillen. Diese völlig utopische, der modernen Realität widersprechende Annahme einer kulturell und ethnisch homogenen Gesellschaft dient dazu, alle dennoch vorhandenen Klassen- und sonstigen Gegensätze zumindest symbolisch aufheben. Für die soziale Differenzierung innerhalb „des Volkes" werden

[21] Jungwirth, Michael (2002): Rebellen und Rattenfänger. In: Jungwirth, Michael (Hrsg.), Haider, Le Pen & Co., Graz, 13.

stattdessen sogenannte Sekundärtugenden, wie „Anständigkeit“ oder „Fleiß“, herangezogen und ideologisch aufgeladen.[22]

Daraus ergibt sich logischerweise *ein generalisierter Repräsentationsanspruch* als *Kern eines jeden Populismus.*[23] Der Führer der Bewegung tritt dabei als der Anwalt der Interessen einer behaupteten „schweigenden Mehrheit“ auf. Als solcher appelliert er an die tatsächlich vorhandenen Gefühle der Verdrossenheit, der Enttäuschung oder Angst. Und er gibt seinen Anhängern das Versprechen, ihre Sorgen und Nöte zu artikulieren, ihre tatsächlichen Interessen gegenüber der „abgehobenen“ Elite der Herrschenden („die da oben“) zu vertreten und die Verkrustungen des politischen Tagesgeschäfts aufzubrechen. Der Führer der Bewegung wird damit zum Sprachrohr des Volkes, der oft zitierten „kleinen Leute“, der „Anständigen, Fleißigen und Tüchtigen“.

Die Spielregeln der repräsentativen parlamentarischen Demokratie braucht es dazu nicht mehr, was auch die grundsätzliche Skepsis der Rechtspopulisten gegenüber diesen Normen erklärt. Den „Quatschbuden“ der Parlamente stellen die Rechtspopulisten ihre Forderung nach einer stärkeren Nutzung plebiszitärer Beteiligungsformen, nach dem Ausbau der „wahren Demokratie“ entgegen. Damit verfolgen sie in erster Linie den Zweck, das Volk gegen die herrschende Elite zu mobilisieren. In den nationalen oder regionalen Abgeordnetenhäusern fallen die Rechtspopulisten deshalb immer wieder durch ständige Absenz und Mitarbeitsverweigerung oder durch ein betont flegelhaftes und provokantes Auftreten auf. Um die innerparteiliche Demokratie aber ist es bei den Rechtspopulisten, die sich gerne als basisdemokratische „Bewegungen“ geben, meist schlecht bestellt.

Auch bei den Themensetzungen der Rechtspopulisten zeigen sich gewisse wiederkehrende Muster: Ganz oben auf ihrer Agenda stehen die Verteidigung bzw. Rückeroberung der Vorrechte der „einheimischen“ Bevölkerung gegen die von außen kommenden Bedrohungen und die Bewahrung der ethnisch-kulturellen Identität. Die Rechtspopulisten fordern deshalb soziale und rechtliche Rahmenbedingungen, die Ungleichheiten begünstigen. Sie negieren damit das demokratische und verfassungsgemäß verankerte Prinzip individueller und sozialer Gleichheit. Bestes Beispiel ist die ständig wiederkehrende Forderung der FPÖ, den Anspruch auf bestimmte Sozialleistungen an die Staatsbürgerschaft zu knüpfen, deren Vergabe natürlich nur sehr restriktiv zu handhaben sei.

---

[22] Rosenberger, Sieglinde Katharina (2005): Rechtspopulismus: Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie? In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 45f.

[23] Reisigl, Martin (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhethorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 57.

Aussprechen, was ist[24]

Die Aufhebung der Distanz zwischen dem populistischen Führer und „seinem Volk“ manifestiert sich am besten in der betont volkstümlichen und kämpferischen Sprache, mit der der Führer geschickt die in Teilen der Bevölkerung latent vorhandenen Stimmungen als „des Volkes Meinung“ aufgreift und artikuliert. Der Tenor seiner Aussagen ist dabei klassenübergreifend und antielitär, vielfach auch antimodern und antiintellektuell, das damit transportierte Gesellschaftsbild grob vereinfachend und undifferenziert, gespickt mit strikten Freund-Feind-Unterscheidungen und (neo)konservativen Nostalgien.

Zu den erklärten Feinden der Rechtspopulisten gehört auch die „politische Korrektheit“. Der bewusste Tabubruch ist deshalb Methode und stellt ihr mit Abstand wichtigstes rhetorisches Stilmittel dar.[25] Er wird lustvoll zelebriert, denn indem sich der populistische Führer „kein Blatt vor den Mund nimmt“, erweist er sich als wahrer „Mann des Volkes“, der sich ungeniert auszusprechen traut, was „die schweigende Mehrheit“ (angeblich) bloß denkt oder fühlt. Zugleich betont er mit diesen Tabubrüchen seine Rolle als Außenseiter und „Rebell“. Typischerweise sind die von den Rechtspopulisten verübten verbalen Tabubrüche häufig im Bereich der Grund- und Menschenrechte im allgemeinen sowie der Frauen- oder Minderheitenrechte im besonderen angesiedelt. Der billige Applaus ihrer Anhänger ist ihnen damit auf jeden Fall sicher.

Die Rhetorik der Populisten ist provokativ und parolenhaft, demagogisch und simplifizierend, dabei maßlos übertreibend und bewusst emotionalisierend. Mal zieht man in den *Kampf gegen die Polit-Nomenklatura*, mal wird die *Globalisierungsdiktatur* heraufbeschworen, *keine Gnade für die Täter* gefordert, und die eigenen Anhänger werden als *Leibeigene der Gen-Industrie* tituliert, die von den Regierenden „zu Tode gespart“ würden.

Ein schönes Beispiel für diesen oftmals „verschwurbelten“ Stil ist die folgende Aussage Straches: *Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem das vereinigte Gutmenschentum dank einer asylindustriellen Revolution kriminelle Scheinasylanten und straffällig gewordene Zuwanderer systematisch als Opfer nicht stattgefunden habender Integration verharmlost und den Österreichern dank willfähriger Medien suggeriert, die Schuld dafür zu tragen*.

Ein wesentliches Element der politischen Inszenierung ist das Spiel mit den Ängsten der Menschen: Wahlweise *galoppiert* oder *explodiert die Ausländerkriminalität*, und *das Abendland* ist ohnedies permanent *in Gefahr.* Gerne werden Gewaltmetaphern verwendet, wie etwa das *Schlachtfeld,* die *Globalisierungsmafia* oder die *Hexenjagd.* Großer Beliebtheit

---

[24] Die folgenden Zitate stammen aus FPÖ-Presseaussendungen der Jahre 2001 bis 2009. Siehe: H.C. Strache. Sein Populismus – sein Leben, ÖGPP, Wien 2009.

[25] Siehe dazu auch Grossalber, Tanja (2012): Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache – eine sprachwissenschaftliche Analyse, Wien, sowie Woschitz, Tanja Maria (2011): Die Rhetorik des Rechtspopulismus – mit besonderem Augenmerk auf die Sprache Jörg Haiders, Wien.

erfreuen sich auch biologistische Vergleiche, wehleidige Selbstzuschreibungen wie *Melkkühe* oder *Sündenböcke* und abwertende Fremdzuschreibungen wie *Ungeziefer.*

Nahezu unentbehrlich ist das Aufspüren und Benennen von (häufig wechselnden) Feindbildern und Verschwörungsszenarien. Hinter Codes wie der „amerikanischen Ostküste“ verbirgt sich allerdings bloß der sattsam bekannte Antisemitismus, und hinter der Kritik am unerwünschten Multikulturalismus steckt vor allem primitive Ausländerfeindlichkeit und Islamophobie. Besonders perfide ist dabei die Selbststilisierung zum Opfer, Verfolgten und Ausgegrenzten *(Sie jagen HC Strache)*, wohingegen tatsächliche Opfer oft verhöhnt oder als „linke" Übertreibungen diffamiert werden.

Ein stets beliebtes Stilmittel der Populisten sind Paraphrasierungen, mit denen an die im kollektiven Gedächtnis verankerten Aussagen bekannter Politiker oder an bedeutsame historische Ereignisse angeknüpft werden soll. Hier ein paar besonders dreiste Beispiele aus diversen FPÖ-Aussendungen der letzten Jahre: In Anlehnung an einen berühmten Wahlslogan Bruno Kreiskys aus den 1970er-Jahren lud Strache alle SPÖ-Wähler ein, *ein Stück des Weges mit uns zu gehen*. In Anlehnung an die legendäre Weihnachtsbotschaft des österreichischen Bundeskanzlers Leopold Figl aus dem Jahr 1945 verkündete Strache ein anderes Mal: *Wir glauben an diese FPÖ, wir glauben an Österreich.* Und in Anlehnung an Bundeskanzler Kurt Schuschniggs letzte Worte vor Hitlers Einmarsch in Österreich *schloss Strache seine Rede für unsere Heimat* m*it den Worten „Gott schütze Österreich!“.* Manches ist, eingedenk der Geschichte der FPÖ, überaus dreist, etwa wenn Strache beklagt, dass *das außenpolitische Erbe Kreiskys* mutwillig verschleudert werde, oder wenn behauptet wird, dass wegen des EU-Beitritts die Republik Österreich achtzig Jahre nach ihrer Gründung zu existieren aufhöre und *genauso ausgelöscht* werde, *wie 1938*. Nicht zu übertreffen ist allerdings die Parole *Patrioten aller Länder, vereinigt Euch*.

Viel Feind, viel Ehr'

Der Rechtspopulismus braucht Feindbilder, ja er lebt geradezu von ihnen. Die Feindbilder legitimieren seine dauerhaft erregte Empörung und schaffen ein festes Band zwischen dem charismatischen Führer und „seinem“ leicht zu erregenden Volk.

Der Hauptfeind aller (Rechts)populisten sind „Die da oben“, das Establishment, die *politische Mafia* (Vlaams Belang)*,* die *Viererbande* (Le Pen), die *nomenclatura* (Bossi), die *Altparteien* (Haider). Ihnen werfen die Populisten Machtbesessenheit und Cliquenwirtschaft sowie die verschwörerische Komplizenschaft mit all jenen Kräften vor, die gegen die Interessen des Volkes agieren. „Die da oben“ heißt es dann, hätten die Gesellschaft und den Staat usurpiert, einen Staat, der von korrupten Zentralisten regiert werde und zum *Selbstbedienungsladen* (wahlweise auch zur *Hängematte*) für *Sozialschmarotzer* verkommen sei.

Diesen „geraubten Staat“ fordert der populistische Führer nun im Namen „seines Volkes“ zurück.

Mit Vorliebe attackieren die europäischen Rechtspopulisten aller Länder deshalb die Europäische Union, und hier vor allem deren angeblich *überbordende Bürokratie*. Tatsache ist allerdings, dass für die europäischen Institutionen (EU-Kommission, Parlament, Rat) insgesamt nur etwa 55.000 Menschen tätig sind, demnach ein Mitarbeiter auf 10.000 EU-BürgerInnen kommt, und dass nur etwa sechs Prozent des EU-Budgets für die Verwaltung aufgewendet werden. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 waren im Magistrat der Stadt Wien rund 30.680 öffentlich Bedienstete beschäftigt, die Verwaltungskosten lagen bei etwa 13% des Stadtbudgets. Und: die Stadt Wien ist unter den europäischen Millionenstädten weder eine Ausnahme noch ein Negativbeispiel für einen besonders hohen Verwaltungsaufwand.

Die meisten Rechtspopulisten sind EU-kritisch bis -skeptisch. Sie lehnen den europäischen Einigungsprozess zwar nicht grundsätzlich ab, kritisieren aber, gemäß dem beliebten Slogan *Europa ja – EU nein*, das „Wie“ des Einigungsprozesses. Sie bedienen damit die auch in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, das von „Brüsseler Bürokraten“ und ihrer „Regulierungswut“ regiert werde, von Politikern, denen es, noch viel stärker als den ungeliebten einheimischen Eliten, an Bürgernähe und demokratischer Legitimation fehle. Tatsächlich vorhandene Missstände werden zum Maßstab für eine völlig überzogene Kritik, abstruse Einzelfälle wie die Verordnung über Gurkenkrümmungen gebetsmühlenartig wiederholt und zu Legenden verwoben.

Diese Haltung ist gerade in den Ländern der sogenannten „Nettozahler“ – in absoluten Zahlen Deutschland, in relativen Zahlen Dänemark, Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden – besonders häufig anzutreffen, wobei die finanziellen „Melkkuh“-Argumente gerne mit der Sorge um die angeblich bedrohte „nationale Identität“ vermengt werden.

Dasselbe Muster findet sich im Abwehrkampf regionalistischer Bewegungen wie der Lega Nord oder des Vlaams Belang gegen den Zentralstaat und seine nationale Politik. In Wahrheit stehen auch hier simple ökonomische Motive im Vordergrund, weshalb solche Bewegungen vornehmlich in den wohlhabenderen Landesteilen entstehen („Nettozahler“ gegen „Subventionsempfänger“). Ein gutes Beispiel dafür ist Norditalien, wo es der Lega Nord gelang, in scharfer Abgrenzung zu den „faulen und chaotischen Süditalienern“, eine fiktive „padanische Identität“ zu konstruieren, obwohl es eine solche historisch gewachsene überregionale Identität niemals gab.

Die Feinde sind dabei immer „die Anderen“, und die anderen sind immer wieder die gleichen „Anderen“. Deshalb verbinden sich im Rechtspopulismus fremdenfeindliche Einstellungen nicht selten mit antisemitischen, wie Beispiele aus zahlreichen europäischen Ländern beweisen – auch aus solchen, in denen keine nennenswerte jüdische Bevölkerung existiert.

Nicht immer äußerst sich der „neue Antisemitismus“ so offen, unverblümt und primitiv wie bei der bulgarischen Partei **>>**Ataka, der griechischen LAOS oder den notorischen „Einzelfällen“ im Umfeld der FPÖ; meist reicht schon der beiläufige Verweis auf die „jüdische Herkunft“ öffentlicher Personen, die süffisante Betonung „typisch jüdischer Namen“ oder der verklausulierte Hinweis auf „die (amerikanische) Ostküste“. Zu den vielseitigen Facetten des modernen Antisemitismus gehören auch bestimmte Kritiken am Staat Israel und seiner Politik gegenüber den Palästinensern – was natürlich nicht heißen soll, dass eine solche Kritik grundsätzlich tabu sei! – oder Hinweise auf materielle Vorteile, die Holocaust-Opfer, etwa in Zusammenhang mit Restitutionen, aus ihrer Opferrolle ziehen.

Feindbilder – ob alte oder neue – bilden jedenfalls den Humus, auf dem der Rechtspopulismus prächtig gedeihen kann. Die Sündenbockfunktion ist dabei weder den Juden noch den Ausländern vorbehalten. Die Angriffe können jede ethnische oder religiöse Minderheit betreffen, sie können auch auf „die Intellektuellen“ oder „die entarteten Künstler“ abzielen, auf Frauenrechtlerinnen ebenso wie auf missliebige linke, grüne oder liberale PolitikerInnen.

Der früh verstorbene deutsche Politikwissenschaftler Tim Spier stellte deshalb fest, dass *die Ressentiments im Prinzip auf beliebige Minderheiten angewandt werden können, solange eben diffuse Vorbehalte in der Bevölkerung vorhanden sind […] Die Ressentiments sind austauschbar, doch die Funktion ihrer Ansprache, die Abgrenzung gegenüber Minderheiten und die damit verbundene Bestärkung der eigenen Identität, ist universell*.[26]

Ihnen allen wird die Schuld für tatsächlich existierende gesellschaftliche oder ökonomische Missstände zugeschoben, sie alle können der Verschwörung, der Korruption, krimineller Handlungen oder zumindest moralischer Verfehlungen bezichtigt werden. Sie erfüllen damit die klassische Sündenbock- und Entlastungsfunktion, indem reale oder eingebildete Ängste, Ärger und Frustration auf sie abgelenkt werden. Und an die Stelle rationaler Analysen zur Erklärung der Ursachen und der Folgen des raschen sozialen Wandels unserer modernen Gesellschaften treten einfache Schuldzuweisungen und krude Verschwörungstheorien.

Schreckgespenst Multikulti

Beim Erfolg der rechten Populisten spielt das emotional aufgeheizte Thema der Zuwanderung die entscheidende Rolle. *Die Ablehnung der ethnischen Pluralisierung, die insbesondere an der Einwanderung festgemacht wird, ist der klassische Dreh- und Angelpunkt*

[26] Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 51.

rechtsextremer Propaganda, ja ihr Begründungszusammenhang schlechthin, meint der deutsche Politikwissenschaftler und Historiker Albert Scharenberg.[27]

In Folge des Zusammenbruchs der kommunistischen Diktaturen in Ost- und Südosteuropa, vor allem aber durch die jugoslawischen Nachfolgekriege sahen sich viele westeuropäische Staaten in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren erstmals seit langem mit einem Ansturm von Flüchtlingen und Asylwerbern konfrontiert. Die politische Zuspitzung des „Ausländerthemas" führte bald zu einem signifikanten Anstieg der Fremdenfeindlichkeit. Und mit der Zeit erodierten die Grenzen zwischen den dringend benötigten Arbeitsmigranten und ihren Familienangehörigen, zwischen Asylwerbern und „Illegalen", zwischen „Wirtschaftsflüchtlingen" und politisch Verfolgten immer mehr. Verschärfend kommt hinzu, dass, obwohl viele europäische Staaten traditionelle Einwanderungsgesellschaften sind, ein immer größerer Teil der neuen Zuwanderer aus „fremden" Kulturkreisen stammt, weshalb ihre kulturell-religiöse Anders- und Fremdartigkeit die ansässige Mehrheitsbevölkerung vor eine hohe Toleranzforderung stellt.

Die Rechtspopulisten nutzen diese Stimmung und die mit der Zuwanderung zweifellos auftretenden – mehrheitlich allerdings sozialen – Probleme, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Dreh- und Angelpunkte fremdenfeindlicher Agitation sind bis heute die angeblich ausufernde Ausländerkriminalität, das Ausnützen des ohnehin stark belasteten Sozialstaates und die steigende (Inländer-)Arbeitslosigkeit durch Billigkonkurrenz am Arbeitsmarkt. Albert Scharenberg spricht in diesem Zusammenhang sehr zutreffend von einer „Ethnisierung des Sozialen".[28]

An die Stelle einer Analyse der tatsächlich vorhandenen Problemen und Herausforderungen, die die Migrations- und Fluchtbewegungen der letzten Jahre mit sich gebracht haben, stellen die rechten Populisten die entschiedene Ablehnung der sich entwickelnden „multikulturellen Gesellschaft" im Vordergrund, da diese mit dem Verlust der eigenen Identität einhergehe. Im Unterschied zum offen rassistischen Rechtsextremismus, der eher ein Randphänomen darstellt, stellen die Rechtspopulisten dem Feindbild Multikulturalismus ihr Konzept des „Ethnopluralismus" entgegen, das angeblich nicht mehr auf die unterschiedliche Wertigkeit von „Rassen" und Völkern abzielt, sondern die Notwendigkeit betont, ihre Verschiedenheit (und räumliche Distanz!) zu respektieren und zu erhalten. Also „Österreich den Österreichern" und „die Türkei den Türken".

---

[27] Scharenberg, Albert (2006): Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung. In: Greven, Thomas et al. (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, Wiesbaden, 76.
[28] ders., 77.

Erstaunlicherweise können rechtspopulistische Parteien auch unabhängig von der real existierenden Einwanderungspolitik und den tatsächlichen Zuwanderungszahlen in ihren jeweiligen Ländern mit fremdenfeindlichen Parolen reüssieren: *So haben zwar einige Länder mit starken rechtspopulistischen Parteien einen relativ hohen Ausländeranteil, wie Belgien, Österreich und die Schweiz, andere, wie Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen und Portugal, hingegen nicht. [...] Es könnte nun noch vermutet werden, dass in Ländern mit großen Wahlerfolgen der Rechtspopulisten und niedrigem Ausländeranteil die mit der Einwanderung verbundenen Probleme besonders gravierend sind. Dies scheint aber auch nicht zuzutreffen: Für Frankreich mit den nun schon seit Jahrzehnten bestehenden Integrationsproblemen in den Ghettos der Vorstädte mag das zwar gelten, aber nicht für Dänemark und Norwegen*, konstatiert der deutsche Migrationsforscher Steffen Angenendt.[29]

Tatsächlich gibt es keinen zwangsläufigen und messbaren Zusammenhang zwischen Xenophobie und der tatsächlichen Anwesenheit von Ausländern. In Analogie zum bekannten Phänomen des „Antisemitismus ohne Juden“ existiert auch das Phänomen des „Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit ohne Ausländer“. Die schweizerische SVP etwa erreicht ihre besten Ergebnisse in überwiegend ländlichen und kulturell weitgehend homogenen Kantonen, die norwegische **>>**Fremskrittspartiet in Kleinstädten ohne nennenswerte ausländische Bevölkerung und die FPÖ in Wiener Bezirken, die mehrheitlich noch von „echten Österreichern“ bewohnt werden. Hier überwiegt wohl die von den Rechtspopulisten geschickt geschürte Angst der ansässigen Bevölkerung, dass es in ihrem Lebensumfeld demnächst auch zu solchen „unhaltbaren Zuständen“ kommen könnte, wie sie in anderen großstädtischen Bereichen angeblich bereits existieren.

Am Ende dieses Prozesses, den es unter allen Umständen aufzuhalten gilt, steht der Albtraum von der „Fremdheit im eigenen Land“ und die Horrorvision einer schleichenden „Islamisierung Europas“. Die öffentliche Sichtbarkeit des Islam und seiner AnhängerInnen – die sich etwa in der Errichtung von Moscheen mit Minaretten (!) oder im Tragen traditioneller Bekleidung manifestiert – ist den Rechtspopulisten deshalb ein ganz besonderes Gräuel. Islamistisch motivierte Anschläge sind Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten, die dabei auch ein in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenes diffuses Fremdheitsgefühl und kulturell begründete Ressentiments und Vorurteile ausschlachten, um alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen. Die Kritik richtet sich dabei gerne gegen die generelle „Rückständigkeit des Islam“ und gegen die „Unterdrückung der Frauen“, ganz so, als ob die Vertretung von Frauenanliegen schon immer zu den Hauptaspekten rechtspopulistischer Politik zählte.

---

[29] Angenendt, Steffen (2003): Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich. In: Internationale Politik, 58/4, 11.

National und sozial – wie geht das eigentlich zusammen?

Wenn von politischen Beobachtern, besonders in den letzten Jahren und bedingt durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, eine stärkere Hinwendung rechter und rechtspopulistischer Parteien zu „Antikapitalismus“ und „Globalisierungskritik“ moniert wird, so muss festgehalten werden, dass es sich dabei keineswegs um einen „Strategiewechsel“ handelt. Die rechten Parteien spielen nur eine Karte aus, die sie schon immer im Talon hatten.

Bereits der frühe Nationalsozialismus, der sich seit den 1880er-Jahren im deutschen Kaiserreich und in Österreich-Ungarn entwickelte und der in Österreich bereits 1918 eine Partei namens Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei hervorbrachte, verfolgte neben einem radikalen Antisemitismus auch einen strikten antikapitalistischen Kurs. Besonders die sudetendeutschen und österreichischen Nationalsozialisten sahen sich selbst als Angehörige der Arbeiterbewegung und betonten stets ihren „sozialistischen Charakter“.

Dieser antimarxistische und „völkische Sozialismus“ existierte anfangs auch in der deutschen NSDAP, deren „linker“ Flügel sogar die Übertragung der Produktionsmittel an die Produzierenden forderte und sich klar vom „reaktionären preußischen Junkertum“ distanzierte. Während Hitler auf dem Münchener Parteikongress im Januar 1923 bereits ein klares Bekenntnis zum Privateigentum und zur Unternehmerpersönlichkeit ablegte, präsentierten sich weite Teile der NSDAP noch als Klassenpartei der „schaffenden Arbeit“.

Auch der junge Josef Goebbels verstand sich als nationaler Sozialist. Gemeinsam mit dem 1934 ermordeten Gregor Strasser und dessen Bruder Otto baute Goebbels einen „linken“, sozialrevolutionären Parteiflügel auf, der die NSDAP vor allem im „Kampf um Berlin“ als klassenkämpferische Partei der „Hand- und Kopfarbeiter“ positionierte und ein durchaus eigenständiges ideologisches Profil gegenüber dem süddeutschen Parteiflügel um Adolf Hitler entwickelte.

Die „NS-Linke“ drängte auf die Schaffung nationalsozialistischer Gewerkschaften, forderte die weitgehende Sozialisierung wichtiger Betriebe und setzte sich für eine quasi-sozialistische Organisation der Landwirtschaft und eine kollektivistische Wirtschaftsordnung ein. Für den Aufstieg der NSDAP war die soziale Frage jedenfalls ganz entscheidend.

Solche „nationalrevolutionären“ Thesen üben bis heute einen erheblichen Einfluss auf das Gedankengut der rechtsextremen Szene in Österreich und in Deutschland aus. So gesehen ist es nicht weiter verwunderlich, dass auch die NPD gerne auf Themen wie „Antiimperialismus“, „Globalisierung“ und „Hartz IV“ setzt und dabei mit linkspopulistischen Reflexen kokettiert. Der Hauptfeind der freien Völker sei der globalisierte („jüdische“) Kapitalismus. Er führe zur Entfremdung der Menschen von ihrer angestammten Kultur, zu

Entwurzelung, kultureller Dekadenz und Depression und hinterlasse weltweit nur noch „multikulturellen Einheitsbrei“.

Der häufig geäußerten Meinung, dass es sich beim Sozialpopulismus der Rechten um ein wahltaktisches Manöver handle, um ein, wie der deutsche Armutsforscher Christoph Butterwegge es formuliert hat, *zeitweiliges Schwanken im Hinblick darauf, wie bestimmte Wählerschichten am besten erreicht werden*[30] können, muss deshalb an dieser Stelle widersprochen werden. Der Sozialpopulismus der Rechten ist vielmehr in den meisten dieser Bewegungen genuin angelegt.

Mit den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten und angesichts der von vielen Menschen empfundenen negativen Begleiterscheinungen der Globalisierung ist die in Skandinavien entstandene neoliberale Spielart des europäischen Rechtspopulismus zugunsten einer kulturalistischen und sozialpopulistischen Ausrichtung heute jedenfalls nahezu verschwunden. Selbst in jenen rechtspopulistischen Parteien, die als radikale Neoliberale gestartet sind, hat in den letzten Jahren ein grundlegender Wandel stattgefunden, der nicht nur die Wählerschaft dieser Parteien, sondern auch ihre Funktionärsebene grundlegend verändert hat.

Eine dreifache Herausforderung für die Sozialdemokratie

Der Rechtspopulismus ist mittlerweile auch in den großen Städten zu Hause und hat dort die traditionell linken Stammwählergruppen erreicht, bei denen ein „politisch unkorrektes Wahlverhalten“ eine hilflose Form des Protests darstellt, der auf die soziale und ideologische Heimatlosigkeit breiter Bevölkerungsgruppen und auf die hässlichen Kehrseiten des Individualisierungsprozesses verweist. Dieser Protest richtet sich gegen den Staat und die Politik im allgemeinen, gegen die Parteien und ihre Politiker, die die Sache der „kleinen Leute“ verraten hätten, im speziellen. Die aus dem Ruder gelaufenen Lebenszusammenhänge vieler Menschen – prekäre Arbeitsverhältnisse und Arbeitslosigkeit, hohe Ausländeranteile im Arbeits- und Wohnumfeld, Drogensucht und Kriminalität sowie der Zerfall der suburbanen Infrastrukturen – wirken geradezu als Schubkräfte eines neuen Rechtsextremismus.

Neoliberale Programmrelikte, konservativer Autoritarismus und „linker“ Sozialpopulismus verbinden sich zu einem bunten ideologischen Eklektizismus, der alle relevanten Milieus und politischen Lager mit einbezieht und dessen programmatische Beliebigkeit weder für die Wählerschaft noch für die Funktionäre dieser neuen „Volksparteien" ein Problem darstellt. An sich unvereinbare Forderungen und eklatante Widersprüche wie zum Beispiel die Stärkung der sozialen Sicherheit der „kleinen Leute”, die Erhöhung der Ausgaben für Familien oder

[30] Christoph Butterwegge (2006): Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus. In: Peter Bathke; Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin, 25.

Polizei und die populistischen Forderungen nach einer Reduktion der Staatsaufgaben, nach Steuersenkungen oder nach der Privatisierung öffentlicher Betriebe werden in einer zunehmend geschichts- und ideologielosen Gesellschaft von weiten Teilen des Wahlvolks kritiklos in Kauf genommen.

National und linkspopulistisch, wenn es um die Rechte der „eigenen Leute“ geht, marktradikal und neoliberal in ihrer Kritik an Linken und Gewerkschaftern, dann wieder umweltbesorgt oder als Anwalt der Familien – so präsentieren sich die Rechtspopulisten heute.

Auch wenn die Wählerströme im Detail deutlich komplexer verlaufen mögen, auch wenn die sozialdemokratischen Parteien ebenso auf Kosten der Grünen Stimmen verloren haben, auch wenn zwischen Konservativen und Rechtspopulisten gleichfalls ein reger Wähleraustausch stattfindet – der Aufstieg des europäischen Rechtspopulismus ging und geht zum überwiegenden Teil zu Lasten der traditionellen Linksparteien.

In Frankreich etwa eroberte der Front National in den letzten Jahrzehnten vor allem jene Regionen, die bis in 1970er-Jahre Hochburgen der Kommunistischen Partei waren. Der PCF erzielte bei den Parlamentswahlen zwischen 1958 und 1978 landesweit jeweils um die 20%. In den 1980er-Jahren verloren die französischen Kommunisten ihre hegemoniale Stellung innerhalb der Linken an die Sozialistische Partei (PS). Zwischen 1986 und 1997 erreichten sie jeweils nur noch um die 10%, seither etwa 5%, zuletzt auch deutlich weniger. Ein erheblicher Teil dieser Verluste geht auf den Aufstieg des Front National zurück, der 1986 erstmals knapp 10% erreichte und zuletzt (mit Ausnahme des Jahres 2007) immer deutlich darüber lag. Die von Entindustrialisierung und Arbeitslosigkeit geprägten Industriestädte Lothringens und des an der Grenze zu Belgien gelegenen Nord-Pas de Calais zählen heute zu den Hochburgen der Rechten.

Mit dem Strukturwandel der Wählerschaft erfolgte auch die Hinwendung zum Sozialpopulismus. Hatte der Front National noch in den 1980er-Jahren neoliberale Positionen vertreten, so gelten diese heute nur noch insoweit, als sie den „Interessen der Volksgemeinschaft“ nützen. Marine Le Pen, die Tochter und Nachfolgerin des Parteigründers, setzt derzeit auf eine Modernisierung ihrer Partei. Sie vermeidet antisemitische und neonazistische Pöbeleien, für die ihr Vater berüchtigt war, und reichert die traditionellen Themen ihrer Partei, den strammen Nationalismus, die Ablehnung der EU und die Kritik an der Einwanderungspolitik, um „linke“ Protestmotive an, etwa mit ihrer Kritik an den Finanzmärkten oder der Verteidigung des Sozialstaates – allerdings nur für „echte“ Franzosen. Auf diese Weise verbinden sich Wohlfahrtschauvinismus, Protektionismus und freier Markt, um sowohl für enttäuschte Arbeiter als auch für besorgte Kleinbürger wählbar zu sein. Umfragen

zeigen, dass Marine Le Pen damit das Wählerreservoir des **>>**Rassemblement National tatsächlich erweitern konnte und erstmals auch jüngere Frauen anspricht.

Auch in Skandinavien gewannen die Rechtspopulisten – ob Dänische Volkspartei, norwegische Fortschrittspartei oder **>>**Schwedendemokraten – in erster Linie auf Kosten der ehemals starken sozialdemokratischen Parteien. Die Dänische Volkspartei etwa konnte ihren Stimmenanteil zwischen 1998 und 2015 von 7,4% auf 21,1% nahezu verdreifachen. Die dänischen Sozialdemokraten, die 1990 noch bei 37,4% lagen, erreichten zuletzt nur 25,9%.

Der norwegischen Fortschrittspartei gelingt der Spagat zwischen nationalistischer Fremdenfeindlichkeit, Wertkonservativismus und neoliberaler Politik ebenfalls mühelos – wenn es zum Beispiel um die Begrenzung der Zuwanderung oder um die Ausweisung krimineller Ausländer geht, aber auch beim Bekenntnis zur christlich-abendländischen Tradition, beim Nein zu Homoehe und Abtreibung, oder wenn sie für die Privatisierung staatlicher Unternehmen, des Bildungssystems oder für eine Vereinfachung des Steuersystems eintritt. Gleichzeitig punktet sie mit dem linkspopulistischen Versprechen, die umfangreichen Erdöleinnahmen, die in einen „Zukunftsfonds“ fließen, verstärkt „umzuverteilen“ und im „sozialen Bereich“ zu investieren. 1993 lag die Fortschrittspartei bei nur 6,3%, erreichte 2009 mit 22,9% ihr bestes Ergebnis und fiel zuletzt auf 15,3% zurück. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens, die bis 1985 immer um die 40%, teilweise auch deutlich mehr erreicht hatte, schaffte 2017 nur noch 27,4%.

Ganz ähnlich verlief die Entwicklung in Schweden. Die rechtsextremen Schwedendemokraten verfehlten noch 2006 mit weniger als 3% den Einzug in den Reichstag. 2010 erhielten sie knapp 6%, 2014 bereits 13% und 2018 sensationelle 17,5%. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens, die bei allen Nachkriegswahlen bis 1988 bei über 40% gelegen war, hält mittlerweile bei 28,3%.

Derselbe Prozess lässt sich auch in Österreich und in der Schweiz beobachten, wo FPÖ und Schweizerische Volkspartei traditionell in der rechtskonservativen, kleinbürgerlich-bäuerlichen Wählerschaft verankert waren, ebenso wie beim belgischen Vlaams Belang – sie alle konnten vom Vertrauensverlust vieler BürgerInnen in die Sozialdemokratie profitieren.

Die FPÖ ist innerhalb weniger Jahrzehnte von einer „bürgerlichen" Honoratiorenpartei mit nationalsozialistischer Vergangenheit zu einer proletarischen Mittelpartei mutiert. 1986 erreichte sie unter Jörg Haider erstmals knapp 10% und verbesserte sich bis 1999 auf fast 27%. Der Anteil der SPÖ sank im selben Zeitraum von 43,1% (1986) auf 33,1% (1999). Nach ihrem dramatischen Absturz im Jahr 2002 konnte die FPÖ bis 2017 wieder auf 26% zulegen, nur knapp hinter den Sozialdemokraten (26,9%). Bei nahezu allen Wahlgängen der letzten Jahre schnitt die FPÖ bei Facharbeitern, Arbeitern und Lehrlingen als die mit Abstand

stärkste Partei ab, und ein guter Teil ihrer Protesthaltung ist als „sozialpopulistisch“ zu qualifizieren. Sie mobilisiert das „Proletariat“ der „kleinen und tüchtigen Leute“ gegen „die da oben“, die Österreicher gegen „die Fremden“ und den „Asylmissbrauch“, die Christen gegen die „schleichende Islamisierung“ Europas. Sie artikuliert – in dieser Form und Konsequenz als einzige Partei des Landes! – die Opposition gegen die Europäische Währungsunion und die Brüsseler Bürokratie, gegen die Osterweiterung und gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei. Deutlich zeigt sich das auch bei Landtagswahlen. In Oberösterreich steigerte sich die FPÖ von 15,3% im Jahr 2009 (SPÖ 25%) auf 30,4% im Jahr 2015 (SPÖ 18,4%); in der Steiermark von 10,7% im Jahr 2010 (SPÖ 38,3%) auf 26,8% im Jahr 2015 (SPÖ 29,3%).

In der Schweiz verbesserte sich die SVP von knapp über 10%, die die Partei bei den Wahlgängen zwischen 1971 und 1991 regelmäßig erreichen konnte, auf fast 30% im Jahr 2015. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die 1995 noch 21,8% erreichte, lag zuletzt bei nur noch 16,8%.

Ähnlich verhält es sich in Belgien. Der Vlaams Belang erzielte 1991 mit 6,6% erstmals ein Achtungsergebnis; stärkste Partei waren damals noch die Sozialdemokraten mit 25,5%. 2019 lag der VB bei 12%; die zersplitterte Linke erreichte 9,5% (PS) bzw. 8,6% (PVDA).

Und in Deutschland? Hier liefen in den ostdeutschen Bundesländern viele WählerInnen der linkspopulistischen Linkspartei zur AfD über, im Westen der Bundesrepublik ehemalige Anhänger der SPD.

Nach dem Auftreten der AfD stürzte Die Linke bei den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern (mit Ausnahme Thüringens) deutlich ab. In Sachsen von 23,6% im Jahr 2004 auf 10,4% im Jahr 2019 (AfD 27,5%); in Brandenburg von 27,2% im Jahr 2009 auf 10,7% im Jahr 2019 (AfD 23,5%); in Sachsen-Anhalt von 23,7% im Jahr 2011 auf 11% im Jahr 2021 (AfD 20,8%); und in Mecklenburg-Vorpommern von 18,4% im Jahr 2011 auf 13,2% im Jahr 2016 (AfD 20,8%).

Im selben Zeitraum verlor die SPD in den westlichen Bundesländern, hier allerdings an die AfD und an die Grünen. In Hessen etwa erreichte die SPD im Jahr 2008 noch 36,7%, im Jahr 2018 nur noch 19,8% (AfD 13,1%); in Baden-Württemberg waren es 2006 25,2%, 2016 nur noch 12,7% (AfD 15,1%); in Rheinland-Pfalz 2006 45,6%, 2016 36,2% (AfD 12,6%). Im Bundestag fiel die SPD von 34,2% im Jahr 2005 auf 20,5% im Jahr 2017 (AfD 12,6%).

Das hier beschriebene Phänomen lässt sich auch in anderen westeuropäischen Demokratien beobachten. Von der langsamen, aber steten Erosion der traditionellen Volksparteien, und hier vor allem jenen der linken Mitte, profitieren die von vornherein auf eine „volatile“ Wählerschaft eingestellten Rechtspopulisten. Deren Führungsfiguren, die selbst ernannten Volkstribune, maßen sich an, die wahren Bedürfnisse der „kleinen Leute“

zu kennen und besser zu vertreten, als die etablierte „Politikkaste“. „Das Volk als Ganzes gegen den bürokratischen Parteienstaat“, so lautet ihre Parole.

Der Aufstieg der Rechtspopulisten stellt die sozialdemokratischen Parteien deshalb vor eine dreifache Herausforderung. Zum ersten können die konservativen Mitte-Rechts-Parteien Koalitionen ohne eine Beteiligung der Linken bilden und damit ihre neokonservative Agenda umsetzen, zweitens verlagert sich die politische Auseinandersetzung immer mehr auf jene „Nebenschauplätze“ (Zuwanderung, Sicherheit), auf denen die politische Rechte tendenziell besser abschneidet, und drittens rekrutieren die Rechtspopulisten einen beträchtlichen Teil ihrer WählerInnen aus eben jenen gesellschaftlichen Schichten, die traditionell die Linksparteien unterstützt haben.

Die „Proletarisierung“ der eigenen Wählerschaft ist ein Markenzeichen des neuen Rechtspopulismus und geht ganz folgerichtig mit einem immer pointierteren Sozialprotektionismus einher. Ziel ist es, die Meinungsführerschaft über Themen wie Globalisierung, Zuwanderung, direkte Demokratie, Islam und Asyl, aber auch über „linke Themen“ wie Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit zu erlangen. Allerdings, meint Matthew Goodwin, sind ökonomische Konkurrenz zu Immigranten und/oder Minderheiten nicht die Hauptmotive für die Wahlerfolge der Rechtspopulisten. Wichtigste Triebfeder für ihre Unterstützung sei vielmehr das Gefühl, dass Immigration und zunehmende Entfremdung die nationale Kultur und die eigene Lebensweise bedrohten.[31]

Die Wähler der Rechtspopulisten – jung, männlich und ungebildet?

Rechtspopulistische Parteien sind in erster Linie auch Protestparteien („discontent parties“). Besonders deutlich zeigt sich das daran, dass sie bei „weniger wichtigen Wahlen“, wie zum Beispiel bei den Wahlen zum EU-Parlament, stets besonders große Erfolge erzielen können, da diese Wahlgänge für viele WählerInnen eine niederschwellige Form und Möglichkeit darstellen, Protest und Unzufriedenheit zu artikulieren.

Wogegen richtet sich dieser Protest, der mittlerweile auch bei nationalen Wahlgängen immer stärker spürbar wird und die traditionellen Lagerparteien langsam, aber sicher erodieren lässt?

Zunächst einmal zeigt sich, dass rechtspopulistische Herausforderer überall dort erfolgreich sind, wo seit vielen Jahrzehnten Systeme von sogenannten Konkordanzdemokratien vorherrschen, das heißt in Ländern mit großen Koalitionen und starken inhaltlichen Annäherungen der traditionellen Volksparteien bis hin zu Allparteien-Koalitionen und ausgeprägten korporatistischen Elementen. Das gilt oder galt lange Zeit für Österreich mit der „ewigen

[31] Goodwin, Matthew (2011): Die rechte Antwort. Den populistischen Extremismus in Europa verstehen und dagegen angehen. Ein Chatham House Report, XII.

Großen Koalition“ und dem Erfolgsmodell der Sozialpartnerschaft, für die Schweiz mit ihrer „Zauberformel“, für Belgien und sein „Säulenmodell“, für Frankreich in Zeiten der „Cohabitation“, für das Nachkriegs-Italien mit der jahrzehntelangen Vorherrschaft einer korrupten Democrazia Cristiana und ihrer Verbündeten und für das „Poldermodell“ der Niederlande.[32] In allen diesen Staaten existieren starke und relativ frühzeitig erfolgreiche rechtspopulistische Parteien.

Diese bis zur Erstarrung stabilen Konkordanzsysteme waren offensichtlich nicht in der Lage, rasch und adäquat auf die rasanten gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte zu reagieren. Adäquate Antworten auf die fortschreitende Auflösung der traditionellen Lebensformen und Bindungen, auf denen das Funktionieren einer Gesellschaft beruht, also der Familien, der sozialen Klassen und Milieus, der traditionellen Geschlechterrollen, der Nationen oder Religionen, blieben viel zu lange aus. Von diesem „dealignment“ der Wählerschaft profitieren nun die Rechtspopulisten.

Während die Globalisierung den Nationalstaat und seine politischen Akteure zusehends und für alle erkennbar entzauberte und die Parteien- und Politikverdrossenheit zunahm, flüchteten sich viele Menschen, die sich von diesen Entwicklungen überfordert fühlen, in antiliberale Ressentiments und nationalistische „Wir-Gefühle“. Gleichzeitig blieben die populistischen Herausforderer, die sich selbst als die wahren Hüter der Interessen des Volkes stilisierten, vom politischen Establishment, das als williger Vollstrecker der ungeliebten Globalisierung – und damit auch der Zerstörung der eigenen Gesellschaft und Kultur! – angesehen wurde, lange Zeit ausgegrenzt.

Besonderen Anklang fanden die Botschaften der Rechtspopulisten deshalb bei jenen Personen, die von den Folgen der ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierung unmittelbar negativ betroffen sind. *In den Reihen dieser „Modernisierungsverlierer“ finden sich politische Unzufriedenheit, Statusängste, materielle Not sowie Orientierungs- und Identitätslosigkeit*.[33] Diese überaus heterogene Gruppe von Menschen, der es an Organisationsmöglichkeiten mangelt, um ihre Anliegen auch politisch vertreten zu können, die sich demnach von niemandem mehr vertreten fühlen, bilden das Wählerreservoir für die rechtspopulistischen Parteien. Es handelt sich dabei vor allem um jüngere männliche (Industrie-) arbeiter mit geringer beruflicher Qualifikation, die durch die internationale Konkurrenz am Arbeitsmarkt permanent von Arbeitslosigkeit bedroht sind, aber auch um Vertreter des traditionellen kleinen Mittelstandes, Ladenbesitzer, Handwerker und kleinere Angestellte, die sich ebenfalls in ihrer Existenz gefährdet sehen.

---

[32] Siehe auch Mišković, Eduard (2010): Rechtspopulismus in Konkordanzdemokratien: Österreich, Schweiz und die Niederlande im Vergleich, Innsbruck.
[33] Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 50.

Allerdings ist der Anteil von WählerInnen rechtspopulistischer Parteien nicht nur bei diesen tatsächlichen Verlierern der aktuellen Modernisierungsprozesse, sondern auch bei jenen Gruppen und Personen, die von „subjektiver Deprivation“ betroffen sind, die vorläufig nur befürchten, dass es sie und ihre Familien auch einmal treffen könnte, und die deshalb in einem latenten Zustand der Enttäuschung und Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen verharren, überdurchschnittlich hoch. Generell ist festzustellen, dass gerade in der sichtbaren Verjüngung der Wählerschichten eine besorgniserregende „neue Qualität des Rechtsextremismus“ besteht. Wahlanalysen des Sozialforschungsinstituts SORA[34] etwa zeigen, dass FPÖ und Grüne bei den JungwählerInnen zwischen 16 und 20 Jahren etwa gleichauf liegen. Deutlich niedrigere Anteile wiesen die Rechtspopulisten, zumindest hierzulande, lange Zeit bei öffentlich Bediensteten und Pensionisten auf.

Rechtsextreme und Rechtspopulisten profitieren also nicht nur von den Stimmen der sogenannten Modernisierungsverlierer, sondern auch vom Wohlstandschauvinismus[35] der bedrohten Mittelschichten, von den „verunsicherten Materialisten“ und den „wohlfahrtsstaatlichen Chauvinisten“, die mittlerweile einen bedeutenden Teil ihrer WählerInnen stellen, auch wenn deren Misere weniger eine tatsächliche, sondern eine vor allem subjektiv empfundene, von Verlust- und Abstiegsängsten begleitete ist. In Norwegen und Dänemark etwa setzt sich die Wählerschaft der Rechtspopulisten zu gleichen Teilen aus von der Sozialdemokratie und dem Wohlfahrtsstaat enttäuschten Arbeitern und Kleinunternehmern zusammen.

Überhaupt stellt der „Wohlfahrtschauvinismus“ eine der Haupteigenschaften des rechten Populismus dar – auch oder gerade weil er zumeist jeder rationalen Grundlage entbehrt. Denn abgesehen von branchenspezifischen Ausnahmefällen kann der gestiegene Ausländer- und Migrantenanteil weder für den Verlust von Arbeitsplätzen noch für die Finanzkrise des Wohlfahrtsstaates verantwortlich gemacht werden. Doch gerade die Vorwürfe einer missbräuchlichen Inanspruchnahme des Wohlfahrtsstaates entfalten eine große propagandistische Wirksamkeit, selbst wenn es sich hier eher um ein kulturelles (und soziales) als um ein ökonomisches Problem handelt.

Im politischen Alltagsgeschäft der Rechtspopulisten führt dies nicht selten zu Konflikten zwischen ihren ursprünglichen neoliberalen und ihren neuen sozialpopulistischen Positionen. Der im Kern individualistische Populismus, der sich gerne gegen staatliche Bevormundung und „Zwangssolidarität“ wendet, fordert gleichzeitig, dass der Staat „die kleinen Leute“ gegen

---

[34] https://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html

[35] Unter „Wohlstandschauvinismus“ versteht man eine Haltung, die darauf zielt, den eigenen Wohlstand zu bewahren und ihn vor der ungerechtfertigten Inanspruchnahme durch Dritte (z.B. „Ausländer“) zu schützen. Wohlstandschauvinistische Einstellungen sind besonders in Staaten vorzufinden, in denen ein ursprünglich hohes soziales Versorgungsniveau infolge der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen unter Druck gerät.

die Übergriffe der internationalen Konzerne schützen soll. Im extremsten Fall verbindet sich dabei wirtschaftlicher Neoliberalismus mit „selektivem Protektionismus“ (für einheimische Kleinunternehmer, Bauern etc.). Am erfolgreichsten sind deshalb jene Populisten, denen es gelingt, sich gleichzeitig als Anwälte der „Modernisierungsverlierer“ und als Agenten eines überfälligen Modernisierungskurses zu präsentieren.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bei der Wählerschaft rechtspopulistischer (und rechtsextremer) Parteien zwei unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen im Vordergrund stehen: die kleinbürgerlichen Mittelschichten einerseits und die nicht länger von den traditionellen Linksparteien repräsentierten unteren sozialen Schichten, und hier vor allem deren jüngere männliche Mitglieder. Und auch da, wo es sich um bereits länger bestehende Parteien handelt, wie etwa im Fall der FPÖ oder der Schweizerischen Volkspartei, lässt sich ein signifikanter Wandel in deren Wählerschaft konstatieren – von überwiegend (kleinbürgerlichen) Mittelschichten zu den Angehörigen der unteren sozialen Schichten.

Einer der Erklärungsversuche dieses europaweiten Phänomens geht davon aus, dass der „Autoritarismus der Unterschichten“ früher von sozialistischen und kommunistischen Parteien aufgefangen, durch den parteiinternen Paternalismus moderiert und mit egalitaristischen und solidarischen Werten verknüpft wurde. Ein Prozess, wie er etwa im Roten Wien der Zwischenkriegszeit, aber auch bei den kommunistischen Parteien im Nachkriegs-Italien oder -Frankreich beobachtet werden konnte. Durch die Individualisierung und die soziale Fragmentierung der Gesellschaft sind jedoch gerade die Institutionen und Werte der Arbeiterklasse (wie etwa die „internationale Solidarität“) einem besonders starken Erosionsprozess unterworfen. Sozialwissenschaftler sprechen deshalb auch von einem „Extremismus der Mitte“, wenn bislang gemäßigte Wählergruppen „ausbrechen" und ihre Stimmen jenen Protestparteien geben, die auf die Komplexität der Probleme mit einfachen Schuldzuweisungen reagieren.

Den WählerInnen der Rechtspopulisten stehen jene gesellschaftlichen Gruppen gegenüber, die von den Modernisierungen profitieren oder diese einigermaßen in ihr Leben integrieren konnten, und die nun aus einer vergleichsweise sicheren sozioökonomischen Lage heraus die Folgen dieser Entwicklungen beklagen. *Es ist der Neoliberalismus mit seinem Bekenntnis zur ungehemmten „Freizügigkeit“ der Arbeitskraft (und aller anderen Produktionsfaktoren), der einen noch nie da gewesenen Druck auf die sich ausformende Unterklasse ausübt […] Es ist offensichtlich unbillig, von den ungebildeten, angsterfüllten, zutiefst gekränkten Mitgliedern der Unterklasse jene Toleranz und Weltoffenheit einzufordern, auf die sich die Eliten so viel zugute halten*.[36]

[36] Zilian, Hans Georg (2002): Der „Populismus“ und das Ende der Gleichheit. In: Eismann, Wolfgang (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 70.

Eine Hand wäscht die andere – Rechtspopulismus und Boulevard[37]

Die modernen Massenmedien sind das Lebenselixier der Populisten. Schon Jörg Haiders Aufstieg zeigte sehr eindringlich, dass die Rechtspopulisten selbst bei negativer Berichterstattung von der Schlagzeile und dem Coverfoto profitieren. In diesem Sinne sind die Rechtspopulisten auch ein Produkt des modernen Medienzeitalters und ihre Beziehung zu den Massenmedien ist eine durchaus besondere und symbiotische. Der Populist liefert die Skandale und die Medien machen ihn im Gegenzug bekannt. Die Medien reduzieren die Unübersichtlichkeit politischer und gesellschaftlicher Vorgänge und der Populist bietet scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme an.

Erleichtert wird dieses Wechselspiel durch die Tatsache, dass auch die Medien einem tiefgreifenden Strukturwandel unterliegen und deshalb offen für die nach Aufmerksamkeit heischenden populistischen Inszenierungen sind. Die immer größere Bedeutung der Bildmedien und der auf Infotainment basierenden „Yellow Press“ korrespondiert perfekt mit dem bei den Populisten vorherrschenden Trend zur Personalisierung und Selbst-Inszenierung.

Der Politikwissenschaftler und Publizist Thomas Meyer geht mit den Medien deshalb hart ins Gericht: *Als eine häufig ausschlaggebende Gelegenheitsstruktur für die Entfachung und Nährung populistischer Stimmungen in der Gesellschaft und den Erfolg populistischer Strategien repräsentativer politischer Akteure erweist sich jedoch zunehmend auch die durch die Logik der Massenmedien forcierte politische Kommunikationskultur der modernen Mediendemokratien*.[38]

Die professionelle Selbstmediatisierung der Politik nach den Regeln theatraler Inszenierungslogik (mit Event-, Image- und symbolischer Scheinpolitik) wird damit zu einer der Hauptaktivitäten des politischen Systems und seiner Akteure. Gleichzeitig – und folgerichtig! – wird die Darstellung der Politik in den Medien trivialisiert und den Regeln der Unterhaltung unterworfen. Damit verschwindet das, was Politik in demokratischen Systemen ausmachen sollte, die Debatten und Diskussionen, die Abwägungen und Kompromisse, die Erarbeitung von Programmen und ihre Umsetzung, aus dem öffentlichen Bild der Politik. Dass dabei nicht nur den populistischen Akteuren in die Hände gearbeitet wird, sondern dass durch die ständige mediale Skandalisierung und Negativdarstellung der Einrichtungen und Akteure der repräsentativen Demokratie das politische Desinteresse, ja die dramatisch wachsende Politikverdrossenheit und -abstinenz verstärkt wird, wird sich in naher Zukunft, soviel steht jetzt schon fest, zu einem demokratiepolitischen Problem erster Ordnung auswachsen.

---

[37] Siehe dazu Kleinlercher, Daniel (2010): Komplizenschaft zweier Systeme. Medien und Rechtspopulismus, Innsbruck.
[38] Meyer, Thomas (2006): Populismus und Medien. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 82.

Der Populismus lebt vom – häufig selbst inszenierten – „Skandal“ und von der permanenten „Krise“. Wie klein diese real auch sein mag, durch Schwarzmalerei – und mit Unterstützung der auflagegeilen Boulevardmedien – lässt sie sich mit Sicherheit erheblich vergrößern.

Eine Analyse von FPÖ-Presseaussendungen zeigte, dass sich die Rechtspopulisten mit Vorliebe jener Themen annehmen, die von der populistischen Boulevardpresse vorgegeben werden. Eklatante Widersprüche – also zum Beispiel Österreich-Chauvinismus versus Bekenntnis zum kulturellen Deutschtum, traditionelle Distanz der Deutschnationalen gegenüber der katholischen Kirche versus Betonung der christlich-abendländischen Kultur, Selbstbestimmungsrecht für die „deutschen“ Südtiroler, nicht aber für die albanischen Kosovaren – werden dabei widerspruchslos hingenommen. Somit kann jedes mediale „Aufreger“-Thema von den Rechtspopulisten dankbar aufgegriffen und in die sattsam bekannte Themen- und Argumentationspalette eingeordnet werden.

Die Rechtspopulisten haben sich in den letzten Jahren verstärkt und mit großen Engagement und Geschick der sogenannten sozialen Medien zu bedienen gelernt und in manchen Themenbereichen bereits die Meinungsführerschaft errungen. Diese Entwicklung wurde zum Teil auch dadurch begünstigt, dass die Rechtspopulisten von den traditionellen Medien oft ausgeschlossen oder an den Rand gedrängt und in erster Linie negativ dargestellt wurden, was ihnen allerdings, wie weiter oben bereits ausgeführt, nicht immer nur geschadet hat. Um diesen vornehmlich negativen Darstellungen und Berichterstattungen auszuweichen, haben die Rechtspopulisten sehr erfolgreich die Flucht in die sozialen Medien angetreten, in denen sie nicht selten lautstärker und prominenter vertreten sind, als die etablierten Volksparteien. Diese Überrepräsentation bietet den Rechtspopulisten nun die Möglichkeit, einfach und kostensparend alternative Medienimperien aufzubauen, mittels derer sie direkt mit ihren AnhängerInnen kommunizieren und ihre einfachen Botschaften ungefiltert unter das Volk bringen können. Die Abgeschlossenheit und Exklusivität dieser Meinungsblasen kommt ihren Inhalten und ihrem Stil dabei durchaus entgegen. Besonders deutlich wurde das zuletzt in der Corona-Krise, als sich im Umfeld rechter und rechtspopulistischer Gruppen eine ganze Subkultur von Skeptikern, Leugnern, Verschwörungstheoretikern und Staatsfeinden etablieren konnte.

Die österreichische Politikberaterin und Autorin Julia Ebner, die in diesem Zusammenhang auch von „Radikalisierungsmaschinen“ spricht, verweist darauf, dass die weltanschaulich rückwärtsgewandten Rechtspopulisten, ebenso wie andere Extremisten, so zum Beispiel die Islamisten, technisch immer auf dem neuesten Stand seien. Das mittlerweile weitverbreitete Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen, meint Ebner, treibe die Menschen in rechtsextreme Kanäle, wo die „Allianz von Spaß und Hass“, die Freude am kalkulierten

Tabubruch, das virtuelle Zugehörigkeitsgefühl, das auch gegen Einsamkeit und Isolation wirke, dazu beitrügen, sie in diesen Online-Echokammern zu halten.

Allerdings funktionieren diese Plattformen nicht nur selbstreferentiell; sobald ein Narrativ viral geht, wird darüber (zwangsläufig?) auch in den etablierten Medien berichtet, die somit, oftmals ungewollt, meist aber gedankenlos, eine Verstärkungsfunktion übernehmen.[39]

Keine Randerscheinung mehr

Durch die Erfolge rechtspopulistischer, zum Teil auch rechtsextremer Parteien, stellt der Rechtsextremismus in Westeuropa heute keine Randerscheinung mehr dar. Allerdings *sorgen unterschiedliche institutionelle und situative Bedingungen in den einzelnen Ländern dafür, dass deren Erfolgsbilanzen zum Teil erheblich auseinander klaffen*.[40] Albert Scharenberg meint: *Entscheidend für die jeweilig konkrete Gestalt der Rechtsparteien sind dabei die nationalen und ideologischen Traditionen sowie die politischen Gelegenheitsstrukturen*.[41] Lässt sich daraus schließen, dass Rechtspopulismus und Rechtsextremismus viel eher nationale als gesamteuropäische Phänomene darstellen, und dass sie ihre Mobilisierungskraft vor allem aus regionalen und nationalen Situationen schöpfen, die zeit- und kontextgebunden sind?

Die ganz unterschiedlichen und asynchronen Erfolgsbilanzen rechtspopulistischer Parteien in Europa zeigen, dass das nationale politische Umfeld und die spezifischen Ausgangskonstellationen in den verschiedenen Ländern tatsächlich von größter Bedeutung sind; gleichzeitig aber lässt sich ein paralleles Erstarken dieser Bewegungen konstatieren, das auf ganz ähnliche soziokulturelle, politische und ökonomische Transformationsprozesse zurückzuführen ist. Mit dem Resultat, dass Rechtspopulisten heute in nahezu allen europäischen Staaten präsent und auf regionaler, vielfach auch auf nationaler Ebene prominent vertreten sind.

Ein Länderüberblick zeigt, dass rechtsextreme Parteien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen, Österreich und der Schweiz, zuletzt aber auch in Deutschland, Schweden und den Niederlanden zu häufigen Erfolgen kommen, in Griechenland und in Großbritannien zu gelegentlichen, wohingegen zählbare Erfolge in Irland oder Luxemburg, und – mit Einschränkungen – auch in Portugal und Spanien lange Zeit ausgeblieben sind. Wodurch lassen sich solche Unterschiede erklären?

---

[39] Ebner, Julia (2019): Radikalisierungsmaschinen – Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, 24ff.
[40] Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, Opladen, 249.
[41] Scharenberg, Albert (2006): Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung. In: Greven, Thomas et al. (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, Wiesbaden, 104.

Zunächst einmal scheint unbestritten, dass rechtsextreme Grundeinstellungen in der Bevölkerung rechte Wahlerfolge begünstigen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass dies nicht der einzige (oder wichtigste) Indikator ist. Das Eurobarometer etwa weist für Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich und Griechenland hohe Intoleranz-Anteile auf, während in Ländern wie Italien, Luxemburg, Finnland, Portugal, Schweden und Spanien eine wesentlich geringere Intoleranz festzustellen ist. *Das Beispiel Italiens zeigt, dass es möglich ist, in einem Land mehrere rechtspopulistische Parteien zu haben, ohne dass populistischer Rassismus ein wichtiges Element der Gesellschaft wäre.*[42] Etwas aufschlussreicher ist da schon die Frage nach der „Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft", wo (wiederum) Griechenland vor Belgien, Deutschland, Österreich, Italien sowie Finnland liegt.[43]

Selbst innerhalb der skandinavischen Staaten, die historisch durch gemeinsame Merkmale wie traditionell starke Sozialdemokratien, Säkularisierung und entwickelter Wohlfahrtsstaat verbunden sind, zeigen sich erstaunliche Unterschiede. Während Rechtspopulisten in Dänemark und Norwegen schon in den frühen 1970er-Jahren – also lange vor dem europaweiten Aufkommen der neuen Rechten – erste Erfolge feiern konnten, blieb die Nachfrage nach rechtsextremen Parteien in Finnland nach den Faschismus- und Kriegserfahrungen lange Zeit gering. Die Partei der **>>**Wahren Finnen konnte erst 2003 ins Parlament einziehen. Schweden wiederum ist – im Gegensatz zu Dänemark und Norwegen – durch eine frühe Industrialisierung, eine starke Arbeiterschaft und eine bipolare Blockstruktur gekennzeichnet, in der die Konservativen eine deutliche Alternative zu den Sozialdemokraten darstellen. Nur einmal, 1991, war es der kurzlebigen Ny Demokrati gelungen, ins Parlament einzuziehen. Nach dem Machtwechsel zu den Konservativen war die Partei im Grunde überflüssig geworden und verschwand 1998 in der Bedeutungslosigkeit. Erst 2010 schaffte mit den Schwedendemokraten wieder eine rechte Partei den Einzug in den Reichstag. 2014 konnten die Schwedendemokraten ihren Stimmenanteil auf fast 13%, 2018 auf über 17,5% steigern. In vielen südschwedischen Gemeinden, einer Region mit relativ geringem Ausländeranteil, sind die Rechtsextremen mittlerweile zur stärksten politischen Kraft avanciert.

Schweden weist den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad aller europäischen Länder auf, und auch das Klassenbewusstsein ist hier stark ausgeprägt, weshalb in der Bewertung der als „wichtig" erachteten politischen Themen soziokulturelle Fragen lange Zeit eine eher untergeordnete Bedeutung spielten und auch das Einwanderungsthema politisch nicht besetzt wurde, und das, obwohl laut Umfragen Schweden ebenso viele fremdenfeindliche WählerInnen aufweist, wie andere westeuropäische Länder!

---

[42] Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, Opladen, 107.
[43] Vgl. Moschner, Meinhard (2000): Fremdenfeindlichkeit als Schwerpunkt im Eurobarometer 53: Trendfragen seit 1988. ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung 47, 69–72. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168- ssoar-199281

In Dänemark hingegen, das insgesamt einen geringeren Ausländeranteil aufweist, verhalf das Thema Migration der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei bereits 2001 zum Durchbruch. Bei diesen Wahlen betrug der Anteil der Arbeiter unter den WählerInnen der Dänischen Volkspartei sensationelle 56%, verglichen mit nur 43% Arbeiterstimmen für die Sozialdemokraten, ein eindeutiges Indiz für die schwindende Bedeutung der ökonomischen Konfliktlinien zugunsten der soziokulturellen, wie Einwanderung, innere Sicherheit oder europäische Integration. Und ein Indiz dafür, dass gerade in diesen, von der Linken lange Zeit vernachlässigten Fragen, viele frühere Linkswähler nicht mehr mit der Linie „ihrer" Partei übereinstimmten, was nur solange kaum eine Rolle spielte, als sie sich in sozialen und wirtschaftlichen Fragen gut vertreten fühlten.[44]

Das dänische Beispiel zeigt darüber hinaus deutlich, dass eine inhaltliche Annäherung zwischen den traditionellen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien in ökonomischen Fragen, also eine „Sozialdemokratisierung" der Konservativen, wie sie auch Angela Merkel gelegentlich vorgeworfen wird, auf den Kampffeldern der Kultur Raum für Rechtspopulisten schafft. Und, dass die Bereitschaft der etablierten Parteien, mit den Populisten zusammenzuarbeiten, diesen erhöhte Aufmerksamkeit und Legitimität verschaffen kann.

Einen interessanten Sonderfall stellt Großbritannien dar, wo bereits seit langem eine kleine, aber überaus militante rechtsradikale Szene existiert. Schon 1945 propagierte Oswald Mosley, der Gründer des Union Movement, eine europaweite Zusammenarbeit rechtsextremer Organisationen. 1962 entstand eine erste bekennend neonazistische Organisation, das National Socialist Movement (NSM), 1967 die neofaschistische British National Front (NF). Auf dem Boden einer starken Hooligan- und Skinheadszene entwickelte sich Anfang der 1990er-Jahre die rassistische Blood and Honour-Bewegung, die auch die Anti-Euro-Kampagne der rechtsradikalen British National Party (BNP) unterstützte.

Aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts, vielleicht aber auch, wie manche Autoren vermuten, wegen der offensichtlichen Indifferenz der meisten Briten gegenüber extremistischer Politik, konnten weder die NF noch die BNP jemals nennenswerte Erfolge bei Wahlen erzielen. Ein britisches Pendant zur FPÖ, zum Front National oder zu den deutschen **>>**Republikanern konnte sich jedenfalls nicht entwickeln, was auch daraus zu erklären ist, dass gewisse nationalistische, anti-europäische und xenophobe Haltungen ohnedies von den rechts-konservativen Tories abgedeckt wurden.

Für Roger Griffin, der konzidiert, dass es in Großbritannien natürlich Rassismus gebe, dieser aber oft nicht als solcher erkannt werde, weil der maskierte britische Chauvinismus *genau*

---

[44] Rydgren, Jens (2006): Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 165–190.

durch die Mitte der Gesellschaft verlaufe, ist klar, dass *das wichtigste parteipolitische Ventil für populistischen Rassismus (…) die Konservative Partei* ist. Er spricht deshalb von *zentristischem Populismus* oder auch vom *Extremismus der Mitte*. Großbritannien beweise jedenfalls, dass es keines Haider, Bossi oder Le Pen bedürfe, um ein Klima zu erzeugen, in dem populistischer Rassismus gedeihen könne.[45] Umso bitterer ist allerdings die Tatsache, dass die radikalliberale und rechtspopulistische UKIP, deren Hauptziel der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union war, zwischenzeitlich den Erfolg der jahrelangen populistischen Anti-EU-Agitation einfahren konnte.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der spanischen Volkspartei (Partido Popular), die in einem Land mit faschistischer Tradition und Vergangenheit, das für rechte Wahlerfolge durchaus prädestiniert scheint, lange Zeit ein ausreichendes Ventil darstellte und eine dezidiert rechtspopulistische Partei überflüssig machte. Die jüngsten Erfolge der rechts-nationalistischen Partei **>>**Vox zeigen allerdings, dass der Aufstieg der rechten Populisten erst durch die Schwäche der rechten oder linken Volksparteien möglich gemacht wird.

In Deutschland standen dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen lange Zeit einige unüberwindlich scheinende Hindernisse entgegen. Dezidiert rechte Politik agiert in Deutschland in einem durch die nationalsozialistische Vergangenheit schwer belasteten Umfeld, weshalb selbst die meisten Boulevardmedien gewisse Berührungsängste gegenüber solchen Bewegungen und ihren Protagonisten entwickelt haben. Außerdem fehlte es der stark zersplitterten rechten Opposition an einer charismatischen Führerfigur, die – ähnlich wie Jörg Haider in Österreich – zur Enttabuisierung gewisser – z.B. fremdenfeindlicher – Positionen hätte beitragen können.

Der rechte Populismus stellt in Deutschland deshalb ein relativ spätes Phänomen dar, das lange Zeit auf sporadische (und oft einmalige) Erfolge bei Kommunal- und Länderwahlen beschränkt blieb. Gerade die „weniger wichtigen“ Landtagswahlen bieten den WählerInnen im föderalistischen deutschen System ein geeignetes Ventil, um ihrem Unmut Luft machen zu können. Nicht zufällig kamen populistische ad-hoc- und Protestparteien, aber selbst die rechtsextremistischen DVU und NPD auf Länderebene, etwa in Sachsen, in Sachsen-Anhalt oder in Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen zu überraschenden Erfolgen.

Für das größte Aufsehen sorgte hier die Schill-Partei, die im September 2001 bei der Hamburger Bürgerschaftswahl aus dem Stand heraus 19,4% erreichte und in der Folge innerhalb kürzester Zeit in der „Bürgerblock“-Koalition mit CDU und FDP (und mit Ronald Schill als Innensenator) dramatisch scheiterte. Wie das Beispiel Schill gezeigt hat, fällt den

---

[45] Griffin, Roger (2002): „No Racism, Thanks, we’re British.“ Manifestationen von Rechtspopulismus im zeitgenössischen Großbritannien. In: Eismann, Wolfgang (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 90–111.

meist dezentral entstandenen rechtspopulistischen Bewegungen der Aufbau einer bundesweiten Organisation schwer; darüber hinaus stellt die nationale Fünfprozentklausel eine erhebliche und kaum zu überwindende Hürde dar. Den einzigen Erfolg auf Bundesebene erreichten die Republikaner 1989 bei den Europawahlen mit 7,1%.

Dass auch Deutschland nicht immun gegen Rechtspopulismus ist, beweist der kometenhafte Aufstieg der AfD. Besonders in den „neuen Bundesländern", wo durch den Systemwechsel und das Tempo, in dem dieser vollzogen wurde, ganze Bevölkerungsgruppen von sozialer Desintegration betroffen sind, ist das Potential für populistische Bewegungen groß. Mit der Partei Die Linke stand im deutschen Osten viele Jahre lang eine genuin ostdeutsche linkspopulistische Protestalternative bereit.

In Gestalt der AfD ist es nun erstmals einer rechtspopulistischen Partei gelungen, sowohl bundesweit als auch bei Landtagswahlen in den „alten" und in den „neuen" Bundesländern zum Teil beachtliche Erfolge zu erzielen. Dies ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass rechter Populismus in Deutschland – ähnlich wie in Großbritannien – durch die Bild-Zeitung und manche Politiker der etablierten Mitte-Rechts-Parteien durchaus Mainstream ist und die von den Rechtspopulisten so gerne thematisierten Probleme (Parteienherrschaft, Wohlfahrtsstaat, Migration, Sicherheit) bei diesen Parteien stets gut aufgehoben waren und auch weiterhin sind. Der Erfolg der AfD war in erster Linie wohl der „Flüchtlingskrise" des Jahres 2015 geschuldet, und es bleibt abzuwarten, ob sich diese durch Abspaltungen, persönliche Rivalitäten und ideologische Flügelkämpfe bedrohte Bewegung stabilisieren und weiter entwickeln oder ob sie mit der Rückkehr zu „normalen Verhältnissen" wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden wird.[46]

Spezialfall Osteuropa

Der osteuropäische Populismus stellt, wie bereits zu Beginn dieser Arbeit kurz ausgeführt wurde, historisch gesehen ein durchaus eigenständiges Phänomen dar.[47] Durch die insgesamt geringere und spätere Industrialisierung wurde hier bereits in der Zwischenkriegszeit das Entstehen eines starken agrarischen Populismus begünstigt. Die kommunistischen Herrschaft verstärkte die bereits vorhandenen autoritären, staatszentralistischen

[46] Siehe dazu Häusler, Alexander (Hrsg.) (2016): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung; Pfahl-Traughber, Armin (2019): Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive.

[47] Siehe Larch, Johannes (2011): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Ein Dreiländervergleich über die Gründe für den Erfolg, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Politikgestaltung in Ungarn, Rumänien und Bulgarien, Innsbruck; Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg.) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno; Hartleb, Florian (2013): Populism in Western and Eastern Europe Compared. In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 353–372.

und nationalistische Tendenzen. Und Einwanderung gab es – im Gegensatz zu Westeuropa seit den 1960er-Jahren – so gut wie keine.

Nach der Wende wurden bei der Entwicklung der neuen osteuropäischen Parteiensysteme drei unterschiedliche Wege beschritten. Zum einen gab es die Option, an vorsozialistische Parteiensysteme anzuknüpfen. Mit Ausnahme von Tschechien (und z.T. auch Ungarn) waren solche Strukturen allerdings kaum noch vorhanden, außerdem hatte der „reale Sozialismus“ die Sozialstruktur so tiefgreifend verändert, dass vor allem den Bauernparteien der Zwischenkriegszeit ihre gesellschaftliche Basis weitgehend abhanden gekommen war.

Zum zweiten konnte an die in den meisten osteuropäischen Staaten existierenden sogenannten Blockparteien angeknüpft werden. Diese oftmals sogar in Parlament und Regierung vertretenen, allerdings vollkommen machtlosen Parteien, die in keinerlei Wahlkonkurrenz zur herrschenden Staatspartei standen, sollten einerseits als Alibiveranstaltungen die kommunistische Einparteienherrschaft verschleiern und Demokratie vortäuschen, andererseits aber auch als Transmissionsriemen zu den nichtproletarischen Bevölkerungsgruppen funktionieren.[48]

Als dritte Option konnte ein völlig neues Parteiensystem etabliert werden. Durch diesen am häufigsten beschrittenen Weg entstanden – meist rund um „charismatische Persönlichkeiten“ – zahlreiche Rand- und Kleingruppen oftmals dubioser Ausrichtung, bei denen der Nationalismus zumeist die verbindende ideologische Kraft darstellte, die das Vakuum der untergegangenen kommunistischen Ideologie auszufüllen half.[49]

In der Slowakei etwa regierte der linke Populist Vladimír Mečiar jahrelang mit europa- und ungarnfeindlichen Slogans und machte ganz nebenbei die rechtsextreme **>>**Slowakische Nationalpartei (SNS) als Koalitionspartner hoffähig. Auch die Nationale Bewegung Simeon II. des nominellen bulgarischen Thronfolgers Simeon Sakskoburggotski, der das Land von 2001 bis 2005 regierte, verkörperte eine Mischung aus historischer Nostalgie, nationalen Ressentiments und Populismus. In Tschechien zogen die rechtsextremen Republikaner (SPR-RSC) von Miroslav Sladek 1992 mit 6% und 14 Mandataren ins Parlament ein. In Polen erwies sich der 1991 von Tadeusz Rydzyk gegründete Radiosender Radio Maryja von großem Nutzen für die euroskeptischen Mobilisierungen des rechten polnischen Populismus, bei dem neben dem Nationalismus vor allem der katholische Fundamentalismus eine wichtige Rolle spielt. Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind dabei fließend – nicht nur in Polen, wo die rechtspopulistische **>>**PiS seit ihrem Wahlsieg im Jahr 2015 den

---

[48] Weber, Hermann (1996): Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 16/17, 3–11.

[49] von Beyme, Klaus (1996): Rechtsextremismus in Osteuropa. In: Falter, Jürgen W. et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, 423–442.

radikalen Umbau nicht nur des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft betreibt. In Ungarn zeigten sich während der ersten Regierung von Viktor Orbáns **>>**FIDESZ (1998–2002) die Übergänge von der „bürgerlichen“ Rechten zum rechten Extremismus am deutlichsten in der neofaschistischen, großungarischen, antisemitischen und antiziganischen MIEP verkörpert. Ihren Platz hat mittlerweile die rechtsradikale Jobbik eingenommen – und auch Orbán selbst ist seit seiner Rückkehr an die Macht deutlich nach rechts gerückt. In Rumänien und Bulgarien befinden sich die Rechtspopulisten ebenfalls schon seit einigen Jahren im Aufwind. Einzig in den baltischen Ländern gibt es noch wenige rechtsextreme oder rechtspopulistische Akteure und Parteien von politischer Relevanz, wie die estnische EKRE oder die lettische Visu Latvijai!, deren Nationalismus sich in allererster Linie gegen den mächtigen Nachbarn Russland und gegen die russischen Minderheiten im eigenen Land richtet.

Noch stärker als im Westen ist das Rechts-Links-Schema für die osteuropäische Politik nur bedingt anwendbar. Einerseits kam es nach der Wende häufig zu Kooperationen zwischen Postkommunisten und Ultranationalisten, andererseits begünstigte die Vagheit der neuen Parteiensysteme den Aufstieg populistischer und weitgehend ideologiefreier Politiker. Der neue osteuropäische Populismus, der im Zuge der dramatischen sozioökonomischen Transformationsprozesse entstand, verbindet paradoxerweise nationalistische und rechtsautoritär-antielitäre Einstellungen mit einer „links“ orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht selten mit einer Nostalgie der kommunistischen Sozialordnung einhergeht. Er drückt eine grundsätzliche Enttäuschung über die unerfüllten Versprechen des demokratischen Systems und ein Misstrauen gegen die neuen Eliten aus, die sich – insbesondere im Bereich der Wirtschaft – vielfach aus Vertretern der alten kommunistischen Nomenklatura und aus „Glücksrittern“, die von der Wende profitieren konnten, zusammensetzen. Im Gegensatz zu vielen ihrer westlichen „Kollegen“ sind die osteuropäischen Populisten nicht staatsfeindlich, sondern setzen ganz im Gegenteil auf den Staat als soziale Verteilungsagentur und „Firewall“ gegen den „wirtschaftlichen Ausverkauf“ ihres Landes.

Ähnlich wie im Westen bilden Euroskepsis und Europafeindschaft ein wichtiges Motiv des rechten Populismus in Osteuropa, von dem vielfach auch die Regierungsparteien betroffen sind.[50] Sehr deutlich zeigte sich dies in der extrem niedrigen Wahlbeteiligung bei den EU-Wahlen des Jahres 2004 (26% gegenüber 47% im Westen; Slowakei 17%, Polen 21%, Tschechien und Slowenien 28%) – ein negativer Trend, der sich in den meisten osteuropäischen Staaten auch bei den Wahlen der Jahre 2009, 2014 und 2019 fortsetzte.

---

[50] Kostrzebski, Karol (2005): Die Mobilisierung von Euroskepsis: Basis des Populismus in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens. In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 209–225.

Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Gemeinsamkeiten zwischen west- und osteuropäischem Rechtspopulismus zu entdecken. Alle osteuropäischen populistischen Parteien sind in erster Linie „Männerparteien“ mit charismatischen Führern und ausgesprochen konservativ bis reaktionär in ihrem Frauen- und Familienbild. Gerne polemisieren sie gegen das politische Establishment und die „Fremden“, die hier allerdings nicht als MigrantInnen, sondern vorwiegend als autochthone ethnische Minderheiten auftreten und beim Aufbau von Feindbildern eine wichtige Rolle spielen.[51] Anders als in Westeuropa herrscht in weiten Teilen Osteuropas immer noch ein ethnischer Flickenteppich, und in vielen Fällen heizen nationale Traumata den Nationalismus noch weiter an, wie zum Beispiel bei den Ungarn in der Slowakei und in Rumänien oder bei den Russen im Baltikum. Der osteuropäische Nationalismus ist tatsächlich noch ein „völkischer“, während er in Westeuropa, wo es vor allem die „abendländische Kultur“ zu verteidigen gilt, schon weitgehend „europäisiert“ wurde.

Der osteuropäische Populismus steht deshalb im Zentrum und nicht an der Peripherie des Parteiensystems. Seine elektorale Basis findet sich bei den „Verlierern der zweiten Modernisierung“, die sowohl Vertreter der alten Nomenklatura, große Teile der Arbeiterschaft, Teile der neuen Kleinunternehmer, aber auch viele Frauen und mittlere Angestellte umfasst. Und: In Osteuropa ist das Bedrohungspotential keineswegs nur „gefühlt“, sondern sehr real. Dies und die antipolitische und antiliberale Grundstimmung sowie der Mangel an Übung in Demokratie bieten dem osteuropäischen Nationalpopulismus beste Entwicklungsmöglichkeiten.

[51] Bachmann, Klaus (2006): Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 216–232.

2. Strategien gegen den rechten Populismus

Viele kleine Schritte…

Welche Konzepte und welche politischen Strategien können die etablierten Parteien der linken und rechten Mitte dem weiteren Aufstieg der Rechtspopulisten entgegensetzen? Eine einheitliche Antwort auf die rechtspopulistische Herausforderung gab es in den letzten Jahrzehnten nicht, und eine wirklich erfolgreiche politische Strategie ebenso wenig. Müssen wir uns deshalb der Meinung des deutschen Politikwissenschaftlers Hans-Georg Betz anschließen, der bereits vor fast 30 Jahren konstatierte, es bestehe absolut kein Grund zur Annahme, dass die radikalen Rechtspopulisten in absehbarer Zukunft von der politischen Bühne verschwinden würden?[52] Fast ein Jahrzehnt später schließt Betz seinen Beitrag „Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung" mit den Worten: *Rechtspopulistische Parteien sind damit heute weniger denn je nostalgische Relikte einer überkommenen Zeit. Das macht die Auseinandersetzung mit ihnen auch weiterhin so schwer*.[53] An diesem Befund hat sich leider nichts geändert.

Der britische Politikwissenschafter Matthew Goodwin hat sich als einer der wenigen Autoren – die Literatur zum Rechtspopulismus lässt sich mittlerweile ja in vielen Regalmetern messen! – eingehender mit der Frage auseinandergesetzt, was die etablierten Parteien dem Rechtspopulismus effektiv entgegensetzen könnten. Goodwin unterscheidet dabei sechs mögliche Antwortstrategien – Ausschluss, Entschärfung, Aneignung, Grundsätze, Engagement und Interaktion.[54] Diese und noch einige andere Strategien sollen im Folgenden auf ihre Wirksamkeit hin untersucht werden.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Rechtspopulistische Parteien sind ihrem Wesen nach negatorisch und oppositionell. Fundamentalopposition, Selbstisolation und lautstark beklagte Ausgrenzung bilden eine solide Basis für ihre langfristig gesicherte Existenz. *Der wirksamste Mechanismus, eine populistische Partei und vor allem deren Führungsfigur zu entzaubern,* meinten Frank Decker und Florian Hartleb bereits in ihrer Analyse zum Scheitern der Schill-Partei in Hamburg, *besteht darin, sie in die Pflicht zu nehmen*.[55] Was den Rechtspopulisten im politischen Alltag ihres permanenten Wahlkampfes nützt, ist gleichzeitig auch ihre größte Schwäche.

---

[52] Betz, Hans-Georg (1994): Radical Right-Wing Populism in Western Europe, London, 189.
[53] Betz, Hans-Georg (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31 (3), 263.
[54] Goodwin, Matthew (2011): Right Response. Understanding and Countering Populist Extremism in Europe, 23ff.
[55] Decker, Frank; Hartleb, Florian (2005): Das Scheitern der Schill-Partei als regionaler Machtfaktor: Typisch für Rechtspopulismus in Deutschland? In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 117.

Ihre auf wenige „charismatische“ Persönlichkeiten zugeschnittene Struktur und ihr Bewegungscharakter erweisen sich rasch als überaus anfällig und fragil, und auch die agitatorischen Stilmittel lassen sich nicht beliebig steigern. Wie leicht kann dann das persönliche Charisma des autoritären Führers verblassen!

Da die Populisten dazu neigen, völlig überzogene und unrealistische Versprechungen abzugeben und scheinbar einfache, radikale Lösungen zu propagieren, trifft sie, sobald sie „in die Pflicht“ genommen werden, das Missverhältnis zwischen eigenem Anspruch und der Wirklichkeit des Regierens umso härter. Durch ihre Einbindung in das politische System bekommen die Populisten rasch ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Gerade in der Regierungsarbeit erweisen sich ihre unterentwickelten Organisationsstrukturen, ihre auf wenige „charismatische“ Persönlichkeiten zugeschnittene Führungsebene und ihr wenig rationales Agenda-Setting als Nachteil. Auf Regierungsebene angelangt, müssen die bisherigen „Anti-System-Parteien“ sich plötzlich neu positionieren, weil sie über Nacht selbst ein Teil von denen „da oben“ geworden sind. Da, wo die Populisten in die Verantwortung genommen werden, müssen sie sich nolens volens bis zu einem gewissen Grad den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie unterwerfen, müssen auch unpopuläre Maßnahmen mit verantworten und sehen sich plötzlich ihres plebiszitären Appeals beraubt. Oft geraten die rechtspopulistischen Führerparteien auch aufgrund ihrer dünnen Personaldecke und der fehlenden oder nur mangelhaft entwickelten Parteistrukturen in personelle Schwierigkeiten, agieren in der Folge dilettantisch und chaotisch. Bestes Beispiel dafür war die österreichische FPÖ, die im Jahr 2002 durch ihre Koalition mit der ÖVP in so große Turbulenzen geriet, dass sie bei den vorgezogenen Neuwahlen im November 2002 fast zwei Drittel ihrer WählerInnen von 1999 verlor und von 26,9% auf 10% der Wählerstimmen abstürzte.

Diese systemimmanenten Defizite führen erfahrungsgemäß sehr bald zu Konflikten mit den – in der Regel konservativen – Koalitionspartnern, aber auch zu internen Macht- und Richtungskämpfen und tragen zur raschen Entzauberung der Populisten bei. *Demzufolge sind die Chancen auf eine Regierungsbeteiligung jener Parteien über eine Legislaturperiode hinaus zunächst im Durchschnitt eher als gering einzuschätzen*.[56]

Scheitern-Lassen – aber um welchen Preis?

Die Frage, ob rechtspopulistische Parteien an der Regierung zum Scheitern verurteilt sind, kann nach den vielfältigen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte tendenziell mit „Ja“ beantwortet werden. Scheitern, das haben vor allem die letzten Jahre immer wieder bewiesen,

[56] Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars (2005): Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der Politikwissenschaftlichen Forschung. In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 28.

können – und werden! – die Rechtspopulisten wohl in erster Linie immer nur an sich selbst. Allerdings – auch wenn die meisten Rechtspopulisten scheitern und die Früchte ihrer Arbeit andere ernten: Ihr Scheitern, ihr Dilettantismus und ihre katastrophale Performance führen in der Regel zu keiner bleibenden Diskreditierung des Rechtspopulismus. Selbst wenn einzelne Akteure in der Versenkung verschwinden und ganze „Parteien“ zerfallen – ihre radikalen Positionen werden durch die Regierungsbeteiligung politisch legitimiert und gehen in den politischen Mainstream ein.

Die Regierungsbeteiligung einer rechtspopulistischen Partei führt deshalb regelmäßig und unweigerlich zu einer Rechtsverschiebung des politischen Spektrums sowohl beim Agenda-Setting als auch beim eigentlichen Policy-Making und bereitet den Boden für nachfolgende, möglicherweise noch radikalere Bewegungen vor. Das heißt, der einmal angerichtete Schaden ist nicht so einfach reparabel, wie auch das „Erbe“ der schwarz-blauen Koalitionsregierung in Österreich von 2000 bis 2007 beweist.

Als ernstzunehmende politische „Strategie“ ist die Methode des „Zu-Tode-Umarmens“ – mit dem Ziel, die Rechtspopulisten zu „zähmen“ oder ihre Inkompetenz zu entlarven – deshalb nicht nachhaltig von Erfolg gekrönt. Darüber hinaus sollte auch die Lernfähigkeit rechtspopulistischer Agitatoren nicht unterschätzt werden.

Erfolgreich können die rechten Populisten auf Dauer nur dann sein, wenn es ihnen gelingt, Regierung und Opposition gleichzeitig zu sein, „Bewegung“ zu bleiben und politische Partei zu werden. Stark föderale Systeme, wie das Schweizer, aber auch das österreichische, ermöglichen es den Populisten, die Taktik unterschiedlicher Politiken auf den verschiedenen politischen Ebenen zu benützen. Beim Lavieren zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik nützt den Populisten vor allem die Verlagerung des politischen Kampfes auf „Nebenschauplätze“, wie zum Beispiel auf solche der „Kultur“ oder der „Werte“. Im Fall der Schweiz kommt noch hinzu, dass die stark entwickelten Instrumente der direkten Demokratie von den Rechtspopulisten regelmäßig dazu missbraucht werden, um außerparlamentarische Oppositionspolitik gegen die eigene Politik auf Bundesebene zu betreiben.

Auch die Tatsache, dass in Skandinavien häufig Minderheitsregierungen um die Unterstützung kleinerer Parteien buhlen müssen, erlaubt es den dortigen Rechtspopulisten einerseits weiterhin in der bequemen Oppositionsrolle zu verharren, ermöglicht es ihnen anderseits aber, sich als „gemäßigte“ und „konstruktive“ Kräfte zu etablieren. In Dänemark und Norwegen nehmen die Rechtspopulisten mittlerweile eine feste Position im Parteiensystem ein: Seit den Parlamentswahlen 2001, bei denen die Partei fast 15% der Stimmen für sich verbuchen konnte, unterstützte die norwegische Fortschrittspartei eine konservative Minderheitsregierung; von 2013 bis 2020 war sie mit der konservativen Høyre sogar in einer Regierungskoalition verbunden. Auch die Dänische Volkspartei konnte als wichtigste Unter-

stützerin einer konservativen Minderheitsregierung ein Jahrzehnt lang großen Einfluss auf die dänische Politik, vor allem in Migrations- und Sicherheitsfragen, ausüben.

Populismus durch Populismus bekämpfen?

Die Strategie der „Aneignung“ bedeutet, dass die etablierten Parteien der linken und der rechten Mitte sich die Inhalte der Rechtspopulisten aus wahltaktischen Gründen zu eigen machen oder sich sogar an die Spitze des Trends setzen, den die Populisten losgetreten haben, zum Beispiel also für eine restriktive Einwanderungs- und eine strenge Law-and-Order-Politik eintreten, in der Hoffnung, damit den rechten Agitatoren den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine solche Strategie nicht von großem Nutzen ist. Einerseits schadet es der Glaubwürdigkeit der Partei sowohl bei ihrer eigenen Klientel als auch bei potentiellen WechselwählerInnen – vor allem dann, wenn es sich um sozialdemokratische Parteien handelt, die die Traditionen von Toleranz und Pluralismus eigentlich hochhalten sollten! –, wohingegen WählerInnen, die mit den radikalen Inhalten rechtspopulistischer Bewegungen sympathisieren, dadurch nur bedingt zu überzeugen sind, weil diese erfahrungsgemäß lieber „zum Schmied als zum Schmiedl“ gehen.[57] Allerdings entscheidet auch hier die persönliche Strahlkraft der jeweiligen SpitzenkandidatInnen über Erfolg oder Misserfolg einer solchen Strategie, wie auch das Beispiel Sebastians Kurz' gezeigt hat, der 2017 durch populistische Ansagen einer in allen Umfragen dahindümpelnden ÖVP zu einem fulminanten Sieg verhelfen konnte.

Der Rechtspopulismus wird salonfähig

Ungewollter Nebeneffekt einer solchen „Strategie“ ist, dass die Forderungen der Rechtspopulisten Eingang in den politischen Mainstream finden und damit quasi „nobilitiert“ werden. Rechtsextreme Positionen, die noch vor kurzem als „fremdenfeindlich“ galten, sickern somit in die Mitte der Gesellschaft ein, werden mehrheitsfähig, und die Erosion der pluralistischen Prinzipien schreitet munter voran. Dieser Prozess lässt sich in Dänemark, wo die rechtspopulistische Dänische Volkspartei über viele Jahre hinweg eine konservative Minderheitsregierung stützte und dadurch großen Einfluss auf die Migrations- und Integrationspolitik erlangte, ebenso beobachten, wie in Österreich oder in Italien, wo die populistische Rechte in Gestalt der FPÖ und der Lega Nord vorübergehend Regierungsverantwortung und damit auch politische Gestaltungsmöglichkeiten in sensiblen gesellschaftspolitischen Fragen erhielt.

---

[57] Bale, Tim; Green-Pedersen, Christoffer; Krouwel, André; Luther, Kurt R.; Sitter, Nick (2010): If You Can’t Beat Them, Join Them? Explaining Social Democratic Responses to the Challenge from the Populist Radical Right in Western Europe. In: Political Studies 58, 410–426.

Aufstieg durch Ausgrenzung – oder Moderation durch Einbindung?

Die Ausschlussstrategie gegenüber rechtspopulistischen Bewegungen, die auch als „no platform“, „cordon sanitaire“ oder „Ausgrenzung“ bezeichnet wird, verfolgt im wesentlichen zwei Ziele. Einerseits soll verhindert werden, dass Rechtspopulisten offizielle Ämter übernehmen und die Politik aktiv beeinflussen können, zum anderen sollen die Rechtspopulisten in den Augen der WählerInnen als außerhalb des demokratischen Konsenses stehende „Extremisten“ diskreditiert werden, deren Wahl einer Verschwendung der Stimme gleichkäme. Dass eine solche Strategie grundsätzlich nicht funktioniert, ist unrichtig.

Im Österreich der 1990er-Jahre konnte diese unter Bundeskanzler Franz Vranitzky verfolgte Politik den Aufstieg Jörg Haiders zwar nicht verhindern, in Frankreich und in Belgien hatte die Strategie des „cordon sanitaire“ gegenüber dem Front National und dem Vlaams Belang jedoch lange Zeit Erfolg. Zu einer erfolgreichen Ausgrenzungsstrategie gehören allerdings der Konsens, die Geduld und die Disziplin der etablierten demokratischen Parteien, von diesem Kurs auch aus wahltaktischen oder machtpolitischen Erwägungen nicht abzurücken. Kurz- und mittelfristig stellt die Ausgrenzung durchaus ein probates Mittel dar, um dem populistischen Furor die Zähne zu ziehen.

Gegen die Strategie der Ausgrenzung spricht allerdings, dass damit der ohnedies vorhandene und wehleidig zelebrierte „Außenseiter“-Status der Rechtspopulisten und die mit der rebellischen Pose verbundene Attraktivität auf bestimmte Wählergruppen verstärkt und ihr politischer Appeal erhöht werden kann. Nicht auszuschließen ist auch eine weitere Radikalisierung der solcherart als „politische Parias“ behandelten Bewegungen.

Die Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung von Joost van Spanje und Wouter van der Brug legen den Schluss nahe, dass eine Korrelation zwischen „Ausgrenzung“ und „Zivilisierung“ besteht, dass demzufolge rechtspopulistische Bewegungen, die nicht ausgegrenzt werden, deutlich weniger radikal agierten, als von Ausgrenzung betroffene, ja dass die Nicht-Ausgrenzung sogar zu einer deutlichen Moderation radikaler Positionen führen kann.[58] Bedeutet das tatsächlich, dass die inhaltlichen Positionen rechtspopulistischer Bewegungen von der politischen Strategie der etablierten Parteien beeinflusst werden können? Die Einbindung rechtspopulistischer Bewegungen in die politische (parlamentarische) Arbeit kann jedenfalls allem Anschein nach dazu führen, dass diese zumindest teilweise von ihren extremen Positionen abrücken.

---

[58] van Spanje, Joost; van der Brug, Wouter (2007): The Party as Pariah. The Exclusion of Antiimmigration Parties and Its Effect on their Ideological Positions. In: West European Politics 30/5, 1022–1040.

In der politischen Realität erweist es sich außerdem als schwierig bis unmöglich, eine durch demokratische Wahlen legitimierte Partei auf sämtlichen Ebenen – also auch auf regionaler oder kommunaler – konsequent auszugrenzen, zumal rechtspopulistische Akteure immer wieder als Partner benötigt werden, um Parlamentsmehrheiten abzusichern oder – im schlimmsten Fall – um Regierungskoalitionen zu bilden. Die Beispiele der FPÖ, aber auch des belgischen Vlaams Belang oder der italienischen Lega Nord belegen dies ganz deutlich. Sie zeigen allerdings auch, dass die auf unterschiedlichen Ebenen vollzogene Einbindung dieser Parteien nicht wirklich zu deren „Zivilisierung" beigetragen hat – im besten Fall führte die Regierungsbeteiligung zur Spaltung der Populisten in „Gemäßigte" und „Radikale",

Ablenkung verstärkt die Politikverdrossenheit

Die Strategie der Ablenkung besteht darin, die populistischen Botschaften abzuschwächen und zu entschärfen, indem gezielt jene Themen in den Vordergrund der politischen Arbeit und Kommunikation gerückt werden, die nicht nur tatsächlich von größerer Relevanz sind, sondern bei denen die etablierten Parteien durch ihre Sachkompetenz und durch ihre realen Gestaltungsmöglichkeiten strategische Vorteile besitzen – also zum Beispiel Wirtschaft, Soziales, Bildung oder Infrastruktur.

Gleichzeitig müssen die von den Rechtspopulisten besetzten Politikfelder – Kultur, Zuwanderung, Integration oder Sicherheit – in ihrer Bedeutung relativiert bzw. auf ihre tatsächliche Relevanz für das Leben der Menschen und das Funktionieren der Gesellschaft reduziert werden. Diese Strategie kann von Erfolg gekrönt sein, wenn sich die etablierten Parteien gleichzeitig darauf verständigen, in den von den Rechtspopulisten bevorzugten Politikfeldern gemeinsame Herangehensweisen und konsensuale Lösungen zu erarbeiten, um einer weiteren Emotionalisierung dieser Themen keinen Vorschub zu leisten. Deeskalation und Entemotionalisierung sind also gefragt.

Matthew Goodwin hält diesem positiven Befund entgegen, dass gerade die Strategie der Entschärfung hochgradig negative Konsequenzen nach sich ziehen kann, wenn man den hohen Stellenwert berücksichtigt, den die Themenfelder „Immigration" und „Integration" im Bewusstsein vieler WählerInnen besitzen. Tatsächlich kann sich die Strategie als kontraproduktiv erweisen, wenn eine größere Anzahl von WählerInnen in ihrem (Vor)urteil bestärkt wird, dass die etablierte Politik ihre Ängste und Sorgen in diesen „heiklen" Politikfeldern nicht ernst genug nimmt, und wenn die populistische Boulevardpresse sich weiterhin lieber dieser „Aufregerthemen" annimmt, als über die tatsächlichen Herausforderungen – und gegebenenfalls auch über die Erfolge – auf den Gebieten der Beschäftigungs-, der Sozial- oder der Bildungspolitik zu berichten.[59]

[59] Vgl. Bale, Tim et al.

Die am häufigsten und bei vielen nationalen und regionalen Wahlen in ganz Europa zu beobachtenden Folgen dieser „Strategie“ – wobei nicht ganz klar ist, inwieweit die etablierten Parteien hier bewusst strategisch agieren, vor allem, wenn die für einen Erfolg notwendige konsensuale und deeskalierende Politik ausbleibt – sind Frustration und Politikverdrossenheit, kurz die „Entpolitisierung“ von Teilen der Wählerschaft. Diese führt dazu, dass die Wahlenthaltung weiter ansteigt, weil immer mehr Wahlberechtigte ins Lager der systemverdrossenen Nichtwähler abdriften.[60] Letzteres geht zwar tatsächlich stark zu Lasten der populistischen Protestbewegungen, kann allerdings nur von Zynikern als eine probate und langfristige politische Strategie angesehen werden.

Emotionale Argumente zählen mehr als rationale

Die von Goodwin so genannte „Strategie der Grundsätze“ beinhaltet – anders als die bereits erwähnte „Abschwächung“ – eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung und politische Debatte, welche die in Teilen der Bevölkerung tatsächlich vorhandenen Ängste und Sorgen ernst nimmt, und die im Idealfall mit einer verbesserten Kommunikation der eigenen politischen Inhalte und Positionen verknüpft werden kann. Ein schwieriges Unterfangen, wenn der populistische Widersacher in erster Linie mit Übertreibungen und Unwahrheiten operiert und die populistische Boulevardpresse ihn dabei auch noch unterstützt. Für die etablierten Parteien ist mit dieser aufwändigen Strategie nur wenig zu holen, zumal der durchschnittlich interessierte und politisch gebildete WählerInnen, der von der Politik in erster Linie konkrete Lösungen erwartet, dadurch möglicherweise gelangweilt oder überfordert wird.

Als Beispiele dafür seien das Argumentieren mit wirtschaftlichen Zahlen genannt, etwa das häufig benutzte – und nicht falsche! – Argument, dass MigrantInnen mehr an Abgaben entrichteten, als sie an staatlichen Leistungen in Anspruch nehmen, oder das ebenso plausible Argument, dass MigrantInnen für das reibungslose Funktionieren von großen Teilen der einheimischen Wirtschaft, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, einfach unentbehrlich geworden seien. Gleiches gilt für die sensiblen Themenfelder „Arbeitsplätze“ oder für den „Zugang zum Wohnungsmarkt“.

---

[60] In Deutschland sank die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen von 91,1% im Jahr 1972 auf 70,8% im Jahr 2009; 2017 stieg sie auf 76,2% an. Geringer fällt die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen aus, wesentlich geringer bei Kommunalwahlen, etwa in Brandenburg (2014:46,3%) und in Sachsen (2009:47,7%). Ganz ähnlich ist die Entwicklung in Österreich, wo die Wahlbeteiligung traditionell sehr hoch war: Nahmen 1975 noch 92,9% der Wahlberechtigten an den Nationalratswahlen teil, so sank dieser Anteil kontinuierlich auf zuletzt 75,6% (2019). Bei Landtagswahlen lag die Beteiligung in Tirol 2018 bei nur noch 60%, in Wien 2020 bei 65,3% (2005: 60,8%). Siehe dazu: Bauer, Werner T. (2004): Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/wahlbeteiligung.pdf

Eine sachbezogene und argumentative Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Demagogen ist nur in Ausnahmefällen zu gewinnen, weil für viele BürgerInnen emotionale Argumente stärker zählen als rationale.

Während die etablierten Parteien immer noch vorwiegend auf eine faktenbasierte Argumentation setzen, die etwa die wirtschaftlichen Vorteile und Notwendigkeiten von Zuwanderung betont, zeigen sowohl der wissenschaftliche Befund als auch die Wahlergebnisse, *dass die stärksten Triebkräfte für eine immigrantenfeindliche Haltung Gefühle kultureller Bedrohung sind*. Die große Herausforderung für die Parteien der politischen Mitte besteht demnach darin, allgemein verständliche Argumente für eine kulturelle Vielfalt zu liefern und nicht einfach nur die rationalen demographischen und wirtschaftlichen Fakten darzulegen, die für die Immigration sprechen.[61]

Zu den „Menschen da draußen" gehen – der steinige Weg

Die beiden letzten Strategien – von Goodwin als „Engagement" und „Interaktion" bezeichnet – konzentrieren sich stärker auf die kommunale Ebene und bieten, nach Ansicht des Autors, bessere Erfolgsaussichten. Beide setzen allerdings einen erheblich größeren organisatorischen, vor allem aber auch einen intensiveren und kreativeren persönlichen Aufwand voraus.

Die Strategie des Engagements nimmt die Herausforderung der Rechtspopulisten genau dort an, wo diese das Feld dominieren – also „draußen auf der Straße", bei der Wählerbasis, wo die populistischen AktivistInnen mit den von der etablierten Politik verdrossenen Menschen persönlich – und in der Regel affirmativ – über heikle gesellschaftspolitische Fragen kommunizieren. *In der Politik geht es darum,* so Goodwin, *die Köpfe und Herzen der Wähler zu gewinnen, und nicht darum, […] Auseinandersetzungen auf intellektuellem Gebiet zu gewinnen.*[62] Um aber sowohl die Herzen als auch die Hirne der WählerInnen gewinnen zu können, müssten die etablierten Parteien auch außerhalb der Wahlkampfzeiten für die Menschen erreichbar sein, aktiv und kreativ an der Lösung der „kleinen Probleme" vor Ort arbeiten, „Außenbeauftragte" beschäftigen, die Kontakt und Verbindung zu lokalen Bürger-Inneninitiativen, NGOs und Vereinen unterhalten.

Barack Obama hat 2008 mit dem „Door-to-Door-Konzept" ebenso erfolgreich wahlgekämpft wie der französische Präsident François Hollande vier Jahre später. Und anlässlich der Nationalratswahlen 2013 startete auch die Wiener SPÖ eine große Hausbesuchsaktion, bei der nahezu 130.000 Wiener Haushalte von größtenteils ehrenamtlichen MitarbeiterInnen besucht wurden. Es wäre allerdings fatal zu glauben, dass sich diese Strategie beliebig oft

[61] Vgl. Goodwin, 27f.
[62] Vgl.Goodwin, 29 bzw. XIV.

und ausschließlich bei Wahlentscheidungen anwenden ließe. Moderne Parteien müssen – ohne deshalb aufdringlich wirken zu dürfen – den direkten und persönlichen Kontakt mit den BürgerInnen auch außerhalb der Wahlkampfzeiten aufrechterhalten und pflegen, und ihren potentiellen WählerInnen nicht nur das Gefühl, sondern auch die Sicherheit vermitteln, tatsächlich für sie „da zu sein."

Interaktion – die Herausforderung annehmen

Ist der „steinige Weg" bereits herausfordernd genug, so erfordert die Strategie der Interaktion noch wesentlich größere Anstrengungen. Bei der Interaktion geht es darum, den Kontakt und den Dialog zwischen verschiedenen ethnischen und/oder religiösen Gruppen innerhalb der Gesellschaft aktiv zu fördern, zu unterstützen und zu begleiten. Dieser strategische Ansatz stützt sich auf die Erkenntnis, dass persönliche Kontakte zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Gruppen die auf beiden Seiten vorhandenen Vorurteile abbauen und die gegenseitige Achtung und Toleranz erhöhen können.

Umfragen und wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die meisten „autochthonen BürgerInnen" kaum persönlichen Kontakt zu Menschen mit migrantischem Hintergrund haben. In Italien gaben nur etwa 11% der befragten Personen an, Immigranten als Freunde zu haben, in den Niederlanden waren es 15%, in Großbritannien 26%, in Deutschland und in Frankreich immerhin etwas mehr als 39% und im europäischen Schnitt 28%.[63] In Österreich hatten 2014 rund 55% der befragten Personen ihrer eigenen Aussage nach „Kontakt" zu MigrantInnen.[64]

Persönlicher Kontakt und Interaktion benötigen allerdings auch entsprechende und geeignete Orte. Eine kulturell integrative Politik funktioniert deshalb am besten auf Gemeinde-, in größeren Städten auf Bezirks- oder Viertelebene. Gerade in der eigenen Nachbarschaft können BürgerInnen unterschiedlicher Herkunft regelmäßig zusammenkommen, Erfahrungen austauschen und gemeinsame Ziele und Projekte entwickeln. Gemeint sind allerdings weniger die da und dort bereits existierenden einmaligen Interventionen mit „Event- und Wohlfühlcharakter", also multikulturelle Straßen- oder Grätzelfeste, sondern wiederkehrende und moderierte Formen der Interaktion zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Dabei können sowohl Konflikte ausgetragen als auch gemeinsame Anliegen und

---

[63] Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2011): Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 131ff.

[64] Migration & Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren 2014
https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2014/migration_integration2014-web.pdf
Anzumerken ist dabei allerdings, dass persönliche Kontakte und Freundschaften zu Menschen mit migrantischem Hintergrund auch von deren grundsätzlicher Bereitschaft abhängig sind und deshalb auch stark nach den Herkunftsländern der MigrantInnen variieren.

Ziele, etwa im Bereich der Lokalpolitik, formuliert und umgesetzt werden. Freilich müssen solche BürgerInneninitiativen von Verwaltung und Politik nicht nur toleriert, sondern aktiv gefördert und begleitet werden.

Dazu müsste „die Politik“ allerdings ihr Odium der Abgehobenheit und Bürgerferne abstreifen und in Gestalt authentischer und empathischer PolitikerInnen auf die Menschen zugehen, ihnen zuhören, mit ihnen sprechen, und – selbst wenn es weh tut –, gegebenenfalls auch mit ihnen streiten. Gefragt sind – etwas überspitzt formuliert – der „gute Populist“, die „gute Populistin“. Der Zustand hermetischer Abgeschlossenheit, in dem sich viele frühere „Volksparteien“ heute befinden, macht eine solche Entwicklung allerdings nicht sehr wahrscheinlich.

Den Angstmachern entgegentreten

Tim Bale und seine Co-Autoren kommen in ihrer vergleichenden Studie über Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Österreich „If You Can’t Beat Them, Join Them?“ zum Schluss, dass keine der von ihnen postulierten Einzelstrategien – *hold*, im wesentlichen die „inhaltliche Auseinandersetzung“ auf der Grundlage der eigenen Grundsätze; *defuse*, die Entschärfung; *adopt*, die Aneignung“ – als „Patentlösung“ tauge. Vielmehr hätten die meisten der von der populistischen Herausforderung betroffenen Parteien eine Mischung aus diesen verschiedenen Strategien gewählt. *[…] no social democratic party has opted simply to hold its position and fight the good fight for permissive immigration and integration policies.*[65] Die „Grundsatzstrategie“, also die Strategie der inhaltlichen Auseinandersetzung, funktioniere auf längere Sicht schon deshalb nicht, weil auch die etablierten Parteien der politischen Mitte aus wahltaktischen Überlegungen zur Strategie der Aneignung übergegangen seien.

Ähnliches gelte für die meisten Versuche, die Anziehungskraft der Rechtspopulisten zu entschärfen. Die Wirksamkeit einer bestimmten Strategie hänge eben in erster Linie davon ab, ob sie nur von einer oder von allen Parteien der politischen Mitte angewandt werde. Da, wo auch linke Parteien zur Strategie der Aneignung übergegangen waren, sei es naturgemäß zu teils heftigen internen Auseinandersetzungen gekommen, die die Glaubwürdigkeit der Partei untergraben und ihre Einheit gefährdet hätten. In Dänemark zum Beispiel wären die anfänglichen Versuche der Sozialdemokraten, das Thema der Immigration zu entschärfen, fehlgeschlagen; der anschließende Wechsel zur Strategie der Aneignung habe die Partei noch weiter geschwächt. In den Niederlanden wiederum hätten fast alle etablierten Parteien einen radikalen Wechsel von einer überaus permissiven zu einer relativ restriktiven Einwanderungspolitik vollzogen, in der Hoffnung, den Rechtspopulisten damit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Versuch, das Thema dadurch zu entschärfen, sei allerdings

[65] Vgl. Bale, Tim et al.

auch hier fehlgeschlagen, weil sich die Parteien der politischen Mitte zu einseitig auf die wirtschaftliche Dimension der Migration konzentriert und damit den populistischen Extremisten die Möglichkeit gegeben hätten, ihre politischen Kampagnen auf das subjektive Empfinden von weiten Teilen der niederländischen Öffentlichkeit auszurichten, die der Meinung ist, dass die Immigration die niederländische Kultur der Toleranz bedrohe. Auch das österreichische Beispiel zeige, dass die seit den frühen 1990er-Jahren – gerade auch von sozialdemokratischen Innenministern! – praktizierte Politik einer regelmäßigen Verschärfung der Bestimmungen im Fremden- und Asylrecht den Zulauf zur rechtspopulistischen FPÖ nicht aufgehalten habe.

In der von der Bertelsmann Stiftung herausgegebenen Studie „Strategien gegen die radikale Rechte in Europa“ schreibt Orkan Kösemen: *Es gibt keinen klar umrissenen Leitfaden, wie die populistische Rechte daran gehindert werden kann, politischen Einfluss und Wählerstimmen zu gewinnen. Dafür ist das Phänomen Rechtspopulismus zu komplex. Und: Die Bekämpfung von politischem Populismus ist generell sehr schwierig – und es gibt keinen Königsweg dafür.*[66]

Diese Einsicht darf natürlich nicht in Fatalismus oder Resignation münden. Viele kleine Initiativen können mithelfen, den rechten Populismus einzudämmen. Ein wesentlicher Schritt dazu ist das rechtzeitige Erkennen und die rasche und angemessene Reaktion auf populistische Agitation. Häufig befassen sich die etablierten Parteien nämlich erst dann mit heiklen, emotional aufgeladenen Themen, wenn diese bereits von der populistischen Rechten besetzt sind und die Chance auf eine Versachlichung der Diskussion vertan ist. Das bedeutet, dass die etablierten Parteien der linken und rechten Mitte nicht nur reagieren, sondern frühzeitig eigene Positionen zu kontroversen Themen entwickeln müssen. Die BürgerInnen erwarten zu Recht, dass die Politik gerade auch in sensiblen Bereichen Problemlösungskompetenz an den Tag legt und das Feld nicht den radikalen Rechtspopulisten überlässt, deren mangelnde Fachkompetenz ja selbst in Teilen der eigenen Wählerschaft bekannt ist.

Es zeigt sich, dass keine der hauptsächlich angewandten Strategien – Aneignung, Entschärfung oder Ausgrenzung – garantiert zum Erfolg führt, ja, dass die politischen Strategien gegen den rechten Populismus zumeist wirkungslos geblieben sind. Der Grund dafür liegt in erster Linie in der Natur des rechten Populismus. Im Fall der Nichtbeachtung und Ausgrenzung werden die politischen Forderungen und Versprechen der Populisten zuneh-

[66] 20 Kösemen, Orkan (2009): Strategien gegen die radikale Rechte in Europa, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. Siehe auch Hokovský, Radko; Kopal, Jiří (2013): Final Recommendations. In: Hokovský, Radko; Kopal, Jiří (Hrsg.), Politics and Policies of Integration in Austria, Hungary, Czechia, Denmark and at the EU Level, Brno & Praha, 392-396. http://www.facingextremism.eu/wp-content/uploads/2014/08/Empfehlungen_DE.pdf

mend radikaler, in den Augen von breiten Teilen der Öffentlichkeit aber auch zunehmend „normaler“, im Fall einer Zusammenarbeit müssen Teile des populistischen „Programms“ umgesetzt werden. Und der Versuch, Rechtspopulisten durch Regierungsverantwortung zu „entzaubern“, verleiht der Rechten und ihren Forderungen sogar so etwas wie politische Legitimität.

So wie es „den Rechtspopulismus“ – vergleichbar etwa mit „der Sozialdemokratie“ oder „den Grünen“ – nicht gibt, und jedes Land die rechtspopulistischen Bewegungen hervorbringt, die seiner historischen Entwicklung und seiner gesellschaftspolitischen Situation entsprechen, so ist auch die erfolgversprechende Strategie gegen Rechtspopulisten immer vom jeweiligen nationalen Kontext und den aktuellen politischen Umständen abhängig.

Unabhängig davon, meint Kösemen, *verspricht der Ansatz einer ‚offensiven Eindämmung' den größten Erfolg.* „Offensive Eindämmung“ meint die sachliche Entkräftung der rechtspopulistischen Behauptungen und Forderungen, ohne sie inhaltlich oder politisch aufzuwerten. Das bedeutet aber auch, dass die etablierten demokratischen Parteien sich zu keiner Zeit in politische Abhängigkeit von Rechtspopulisten begeben dürfen, dass den Populisten die inhaltliche Deutungshoheit in heiklen Fragen nicht überlassen werden darf, dass bestehende Sorgen und Ängste in der Bevölkerung ernst genommen werden müssen, ohne dass die rechten Populisten dies als einen Erfolg ihrer Politik reklamieren können, vor allem aber auch, dass den Rechtspopulisten nicht die Möglichkeit gegeben werden darf, sich selbst als Opfer und Ausgegrenzte „des Systems“ oder als das „Sprachrohr der Sprachlosen“ darzustellen. Den Unwahrheiten und Übertreibungen der Rechtspopulisten müssen deshalb in allen Bereichen – gerade auch in jenen des tagtäglichen (Zusammen)lebens! – positive Beispiele der funktionierenden Integration und ganz allgemein ein optimistischeres, angstfreies Weltbild entgegengestellt werden – eine Herkulesaufgabe in einer durch Ängste und Unsicherheiten geprägten Welt.

Eine Herausforderung für die europäischen Demokratien

Und ein nicht allzu optimistischer Ausblick

Die Beliebigkeit ist ihre größte Stärke

Auch wenn die Rechtspopulisten durch Einbindung in Macht und Verantwortung regelmäßig und rasch entzaubert werden, was bleibt, ist das vergiftete gesellschaftliche Klima, sind die Tabubrüche, die von neuen Akteuren immer noch weiter ausgedehnt werden können. In einigen europäischen Staaten wurden die Rechtspopulisten darüber hinaus als Koalitionspartner von „gemäßigten Rechtsparteien" mittlerweile soweit „salonfähig", dass ihre politischen Inhalte und ihr „Stil" auch in den Mainstream Eingang gefunden haben. *Der wohl größte Erfolg der Rechtsextremisten und -populisten ist es, mit ihrer Agitation gegen Einwanderung wohlstandschauvinistischen und einwanderungsfeindlichen Positionen eine größere gesellschaftliche Legitimität verschafft zu haben und die nationalstaatlichen Regierungen in der Frage der Migrationspolitik, zugespitzt formuliert, „vor sich her zu treiben."* [67] Die politische Effektivität der Rechtspopulisten misst sich in erster Linie also nicht daran, was sie selbst tatsächlich umzusetzen imstande sind, sondern daran, wie weit sie den politischen Diskurs in gesellschaftspolitisch sensiblen Fragen mitbestimmen können. Ihr indirekter Einfluss und ihr Agenda-Setting bleiben ihre größten Erfolge.

Dazu kommt, dass die rechten Populisten nicht nur nationalistisch, fremdenfeindlich und antimodern agieren. Sie punkten gleichzeitig auch mit Vulgärsozialismus und Sozialpopulismus, werfen den Sozialdemokraten vor, „sozial erkaltet" zu sein und bezeichnen sich selbst als die „wahren Arbeitnehmerparteien"; sie machen den Konservativen in deren Kernkompetenzen Heimat, Familie und christliche Werte Konkurrenz und behaupten, sie seien die „wahre Familienpartei"; und gegenüber den „linkslinken" Grünen bringen sie sich unter dem Motto „Umweltschutz ist Heimatschutz" als „patriotische Umweltpartei" in Stellung.

Das hervorstechendste Merkmal der Rechtspopulisten ist ihr ideologisches Trittbrettfahrertum. Der Populist ist immer „auf Seiten" des Volkes, ganz gleich, was er selbst meint oder denkt. Er ist der perfekte Opportunist, der Verführer par excellence. Er verwendet zwar gerne ideologische Versatzstücke, ist aber in Wahrheit das Gegenteil eines Ideologen. Der Rechtspopulist ist deshalb in der Regel auch kein Faschist, er zieht nur, wenn er es für opportun hält, das Nazikostüm über.

Es verwundert deshalb auch nicht, dass der Einfluss der Rechtspopulisten im Bereich der „kulturellen Themen" wirksamer und sichtbarer ist, als in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, weil hier noch relativ große Handlungsspielräume existieren und sich diese Art von Symbol-

---

[67] Scharenberg, Albert (2006): Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung. In: Greven, Thomas et al. (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, Wiesbaden, 105.

politik leicht zur Profilierung eignet. Darüber hinaus sind Wertfragen *im Unterschied zu Verteilungsfragen kaum kompromissfähig, vertragen sich also schlecht mit dem auf Ausgleich angelegten demokratischen Prinzip*.[68] Damit ist es den rechten Populisten gelungen, die Politik, etwa in der Zuwanderungsfrage, selbst dort mitzubestimmen, wo die etablierten Parteien sich einig waren, sie von der Macht fernzuhalten, etwa in Belgien oder in Österreich bis zum Jahr 2000.

Die neuen Parteien sind darüber hinaus auch die Trendsetter einer „plebiszitären Transformation" des politischen Prozesses. Die entscheidende Frage ist, inwieweit rechtspopulistische Parteien – besonders solche, die an einer Regierung beteiligt sind –, die von ihnen als „abgehoben" und „volksfern" kritisierte repräsentative Demokratie zugunsten von mehr „direkter Demokratie" umzubauen imstande sind, und inwieweit ein solcher Umbau auch autoritäre Elemente enthält, die eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellen.

Während frühere Populismen räumlich und zeitlich eingrenzbar waren, hat die Bewegung im Zeichen der Globalisierung eine „neue Qualität" erhalten – auch in Hinblick auf die künftige Entwicklung der Demokratie. Ist der Erfolg der Rechtspopulisten also tatsächlich eine der *Schattenseiten der Globalisierung*,[69] eine „normale Begleiterscheinung" des europäischen Einigungsprozesses, in dessen Folge die Undurchschaubarkeit des Regierens und die Entfremdung der BürgerInnen von der politischen Klasse noch einmal verstärkt wurde, da politische Verantwortlichkeiten nicht mehr klar lokalisierbar sind?

Der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der Rechtspopulisten wurde schon oft von der besorgten Frage begleitet, ob sie die liberale repräsentative Demokratie, deren Funktionsmechanismen sie permanent in Frage stellen, ernsthaft bedrohen oder ob sie als hässliches, aber notwendiges Korrektiv nicht sogar zur Stabilisierung des demokratischen Systems beitrügen.[70] Das Potential für rechten Radikalismus existiert offenbar in allen Industriegesellschaften und sollte, nach Meinung der beiden deutschen Soziologen Erwin Scheuch und Hans Dieter Klingemann als *eine normale Pathologie* moderner Industriegesellschaften angesehen werden.[71]

Die Tatsache, dass der Rechtspopulismus derzeit die häufigste Protestform in unseren auf politischen Konsens ausgerichteten Gesellschaften darstellt, verleiht ihm in den Augen vieler unzufriedener BürgerInnen zusätzliche Attraktivität. *Wenn die großen Parteien nur noch ihre Klientel versorgen und wegen ihrer Verflechtung mit dem Staatsapparat jegliche grundlegenden Reformen der Institutionen verhindern und das System der politischen Vertretung*

---

[68] Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, Opladen, 247.
[69] Wilhelm Heitmeyer, zit. nach Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 48.
[70] Mény, Yves; Surel, Yves (Hrsg.) (2002): Populism in Western Democracy, Oxford.
[71] Scheuch, Erwin K.; Klingemann, Hans Dieter (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12, 11–29.

blockieren, braucht man sich nicht zu wundern, wenn der einzige Ausdruck des Widerspruchs von den Gegnern der verfassungsmäßigen Ordnung kommt, meint Jean-Yves Camus mit leichter Resignation – und: *Diese Situation verweist zuvörderst die Linke auf ihre Unzulänglichkeiten und ihr Versagen und die konservative Rechte auf ihre Verblendung und Feigheit*.[72]

Politik enthält immer auch ein wenig Populismus

Grundsätzlich, so Frank Decker, brauchen Demokratien den Populismus nicht zu fürchten – denn *wo Demokratie ist, ist immer auch Populismus*. Indem der Populismus dem Protest eine Stimme leihe, sorge er gleichzeitig dafür, dass dieser Protest innerhalb des Systems bleibe und zwinge die etablierten Kräfte, sich jener Probleme anzunehmen, die offensichtlich lange Zeit vernachlässigt wurden. Allerdings höhle die „plebiszitäre Transformation" des Systems der parlamentarischen Demokratie dieses mit der Zeit aus; klassische Vermittlungsinstitutionen, wie politische Parteien und Parlamente, drohten dadurch immer mehr an Bedeutung zu verlieren. Von der populistischen Demokratie zum quasi-demokratischen Autoritarismus sei es nur noch ein kleiner Schritt.[73]

Tatsächlich besteht die Gefahr, dass der rechte Populismus zum einzigen Gegengewicht gegen *den produktivistischen Veitstanz der globalisierten und deregulierten Wirtschaft* wird.[74] Wenn wir noch einmal zum „populistischen Moment" von Lawrence Goodwyn zurückkehren, so können wir feststellen, dass wir uns gerade mitten in einem solchen „Moment" befinden. Hauptursache für die gegenwärtige und wahrscheinlich noch länger anhaltende Krise, die sich in den westlichen Industriestaaten als rechter Populismus, in anderen Teilen der Welt in Form anderer Radikalismen, etwa als islamischer Fundamentalismus manifestiert, ist die unaufhaltsam fortschreitende und irreversible „Globalisierung" unserer Welt. Die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen und persönlichen Zumutungen sind von der traditionellen nationalstaatlichen Politik kaum noch zu meistern.

Zu nennen wären hier die zum Teil nicht mehr kontrollierbaren Migrations- und Fluchtbewegungen, die stete Abwanderung von Arbeit ins billigere Ausland, die Billigkonkurrenz von ausländischen ArbeiterInnen im Inland, die latente Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, das von Politik und Medien lustvoll verstärkte allgemeine Unsicherheitsgefühl sowie die weitreichenden Folgen des neoliberalen Umbaus unserer Gesellschaft – dem Rückzug des Staates, dem Bedeutungsverlust von „sinnstiftenden" Gemeinschaften wie

---

[72] Camus, Jean-Yves (2002): Die radikale Rechte in Westeuropa. Vom nostalgischen Aktionismus zum fremdenfeindlichen Populismus. In: Eismann, Wolfgang (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 54f.
[73] Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, Opladen, 271ff.
[74] Zilian, Hans Georg (2002): Der „Populismus" und das Ende der Gleichheit. In: Eismann, Wolfgang (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 70.

Kirchen, Parteien, Gewerkschaften etc., der Entsolidarisierung („Geiz ist geil"), der Vereinzelung und Ich-AG-isierung.

Alle diese Prozesse und Veränderungen rufen bei vielen Menschen eine permanente psychische und emotionale Überforderung hervor, die sich in Radikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus niederschlägt. Dazu kommt die Tatsache, dass viele Menschen gewisse „fortschrittliche" Positionen, die in der medialen Öffentlichkeit Mainstream geworden sind, wie „Willkommenskultur", „Gendergerechtigkeit" oder Gay Pride Bewegung, nicht mehr nachvollziehen können oder wollen, und sich in ihrer Ablehnung von den Rechtspopulisten bestärkt fühlen.

Die populistischen Herausforderer können Legitimitäts- und Repräsentationskrisen des herrschenden Systems bloßlegen und dessen Wandel über die Veränderung des Parteiengefüges anstoßen bzw. begleiten. Sie sind dabei weniger Auslöser als Nutznießer der Krisen.[75] Auch wenn die Rechtspopulisten in der Regierung weitgehend erfolglos bleiben, stellen sie als Antreiber und Agenda-Setter im identitätspolitischen Bereich eine Bedrohung für die liberalen Demokratien dar. Selbst nach dem Niedergang solcher Parteien, *die populistische und demokratieentleerende Politikmodi programmatisch auf die politische Bühne, in die Parlamente und schließlich in die Regierung getragen haben*,[76] lastet ihr Schatten weiterhin auf den liberalen Demokratien, wie sie sich seit den 1970er-Jahren in Europa entwickeln konnten. Der – wenn auch nur vorübergehende – Erfolg von rechtspopulistischen Bewegungen bedeutet eine Zäsur, weil sie einige der zentralen Werte, die das Fundament der repräsentativen Demokratie ausmachen, konsequent ablehnen, nämlich Pluralismus und Universalismus, den Vorrang der Rechte des Individuums, die Gleichheit der Menschen als Grundlage des Rechtsstaates und die Delegierung der Volkssouveränität durch das Mittel des allgemeinen Wahlrechts.

Es ist zu befürchten, dass die Rechtspopulisten mit ihrem ideologischen Gemischtwarenladen weiterhin erfolgreich sein werden, zumal die etablierten Volksparteien noch immer nicht realisiert zu haben scheinen, dass die europäischen Staaten auf eine existenzbedrohende Krise des politischen Systems „repräsentative Parteiendemokratie" zusteuern. Ihre Devise heißt offenbar immer noch: „Augen zu und durch".

---

[75] Frölich-Steffen, Susanne (2006): Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 161.

[76] Rosenberger, Sieglinde Katharina (2005): Rechtspopulismus: Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie? In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 47.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, aber auch infolge der „neuen Unübersichtlichkeit“, wie Jürgen Habermas es so trefflich benannt hat,[77] der kollektiven Unsicherheiten und Ängste, der Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche, der zunehmenden Prekarisierung des Lebens immer größerer Bevölkerungsgruppen, werden wir wohl auch in den nächsten Jahren mit einer Fülle von rechtsextremen und rechtspopulistischen Politikansätzen rechnen müssen – mit allen damit verbundenen Auf- und Abwärtsbewegungen, Krisen und Skandalen.

Davon profitieren vorläufig vor allem die „zellerneuerten“ Konservativen, die mit Hilfe der Rechtspopulisten fast überall an die Macht (zurück)gekommen sind und nun ihre neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik und ihre konservative Gesellschaftspolitik umsetzen können, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Die europäischen Sozialdemokratien haben darauf bis dato keine überzeugenden Antworten gefunden – allzu viel Zeit bleibt ihnen wahrscheinlich nicht mehr…

Möglicherweise aber kommt im Gefolge der nicht enden wollenden Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen alles noch viel schlimmer. In einigen Staaten sind die etablierten Parteiensysteme der Nachkriegszeit gerade dabei, sich selbst zu desavouieren und zu demontieren. Vielleicht zeigt uns ein Blick auf Italien, wohin es in Zukunft gehen wird. Italien, wo das Nachkriegssystem bereits in den 1990er-Jahren implodiert ist, wo in das Vakuum, das die Democrazia Cristiana und ihre moralisch verrotteten Alliierten hinterlassen hatten, Berlusconi mit seinem Unternehmer- und Casanova-Populismus und die Lega Nord mit ihrem wohlstandschauvinistischen Separatismus gestoßen sind.

Mittlerweile ist auch dieses System zerbröckelt und eine neue Ära angebrochen, die der populistischen Politclowns. Politiker ohne jede Weltanschauung, die sich wahlweise aus den Versatzstücken rechter oder auch linker ideologischer Mottenkisten bedienen, deren „Programm“ nur aus ihrer eigenen, oft reichlich devianten Persönlichkeit besteht, Politiker wie Donald Trump in den USA, Jair Bolsonaro in Brasilien oder Rodrigo Duterte auf den Philippinen. Sie werden auch in Europa immer öfter ihre Nachahmer finden.

[77] Habermas, Jürgen (1985): Die Neue Unübersichtlichkeit.

Anhang

Alleanza Nazionale (AN, Italien)

Die AN ging 1995 aus dem neofaschistischen **>>**Movimento Sociale Italiano (MSI) hervor. Ihr Gründer Gianfranco Fini brachte die Partei auf einen gemäßigt rechtskonservativen Kurs und führte sie als Koalitionspartner in die Regierung Silvio Berlusconis. Als Reaktion darauf spalteten sich einige radikale Gruppen am rechten Rand von der AN ab. 2008 fusionierte die AN mit Berlusconis Forza Italia und trat bei den Wahlen als integraler Teil des rechten Parteibündnisses Popolo della Libertà (PdL, Volk der Freiheit) an. 2012 verließ eine weitere Gruppe ehemaliger AN-Mitglieder die PdL und gründete die nationalkonservative und rechtspopulistische Partei Fratelli d'Italia (FdI). Bei den Parlamentswahlen 2018 war FdI Teil des Mitte-rechts-Bündnisses um Berlusconi und Salvini und erreichte 4,4% und 32 Mandate.

Alternative für Deutschland (AfD, Deutschland)
Die AfD wurde 2013 als (wirtschafts)liberale und nationalkonservative Partei gegründet. Sie trat zwar nicht gegen die Europäische Union als solche auf, lehnte jedoch eine europäische „Transferunion“ und einen „zentralisierten Europastaat“ ab. 2014 zog die AfD in die Landesparlamente von Sachsen, Brandenburg und Thüringen ein, 2015 auch in die Stadtparlamente von Hamburg und Bremen. Nach mehreren turbulent verlaufenen Führungswechseln setzte sich der nationalkonservative Flügel innerhalb der Partei durch. Mittlerweile werden Teile der AfD, die seit 2018 in sämtlichen deutschen Landtagen vertreten ist und die im deutschen Bundestag mit 94 Sitzen die stärkste Oppositionsfraktion darstellt, als rechtspopulistisch bis rechtsextrem bezeichnet und stehen unter Beobachtung mehrerer Landesverfassungsschutzbehörden. Die zunehmende Radikalisierung von Teilen der AfD verstärkte zuletzt die innerparteilichen Macht- und Flügelkämpfe zwischen dem rechtsextremen Lager um den Thüringer Politiker Björn Höcke und seinem „Flügel“ auf der einen und den eher nationalkonservativ ausgerichteten Landesverbänden der Partei, die sich nach außen gerne um ein „bürgerliches“ Image bemühen.

Ataka (Bulgarien)
Ataka (dt: Attacke) wurde 2005 vom Ultranationalisten Volen Siderov gegründet, der zuvor durch eine gleichnamige Fernsehsendung bekannt geworden war, in der er regelmäßig gegen Roma, Türken, Juden, „korrupte Politiker“, ausländische Investoren und Homosexuelle hetzte. Die neue Partei schaffte auf Anhieb den Einzug ins bulgarische Parlament; bei der Präsidentenwahl 2006 kam Siderov mit 21,5% sogar in die Stichwahl gegen Amtsinhaber Parvanov. In der Folge konnte sich Ataka im Parlament etablieren, wo sie die rechtskonservative Regierung von Langzeitministerpräsident Borissov unterstützte. Bei den Parlamentswahlen 2017 trat Ataka mit zwei weiteren EU-skeptischen und nationalistischen Gruppierungen im Wahlbündnis Vereinigte Patrioten an und befindet sich seither in einer Koalition mit der GERB von Ministerpräsident Borissov. Ataka fordert ein „national einheitliches Bulgarien" und eine Neuverhandlung des EU-Beitrittsvertrages. Ihre rassistischen Hetzparolen richten sich vor allem gegen „Zigeuner“, Juden und Türken.

Chrysi Avgi (Griechenland)
Chrysi Avgi (dt: Goldene Morgenröte) ist seit 1993 als Partei registriert, versteht sich allerdings in erster Linie als „Bewegung“. Ihr Führer Nikolaos Michaloliakos ist ein mehrfach vorbestrafter Rechtsextremist mit guten Verbindungen zur früheren Militärjunta. Bei der

griechischen Parlamentswahl 2012, die ganz im Zeichen der Finanzkrise stand, zog die Partei mit knapp 7% erstmals ins Parlament ein. Bei der Europawahl 2014 wurde Chrysi Avgi mit 9,4% drittstärkste Kraft. Auch bei den beiden Parlamentswahlen des Jahres 2015 wurde sie drittstärkste Partei hinter SYRIZA und Nea Dimokratia. Bei der Parlamentswahl 2019, bei der Alexis Tsipras vom konservativen Kyriakos Mitsotakis abgelöst wurde, stürzte Chrysi Avgi auf unter 3% ab und ist seither nicht mehr im griechischen Parlament vertreten. Die Anhänger von Chrysi Avgi scheuen vor gewalttätigen Ausschreitungen nicht zurück, so etwa anlässlich von Fußballspielen oder bei fremdenfeindlichen Krawallen in von Migranten geprägten Athener Stadtteilen. Als im September 2013 der linke Aktivist und Musiker Pavlos Fyssas von einem Parteimitglied erstochen wurde, kam es zu landesweiten Protesten und ersten behördlichen Maßnahmen gegen Chrysi Avgi. Der Parteivorsitzende und weitere führende Mitglieder der Partei wurden wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen. Nach fünfjähriger Prozessdauer wurden Michaloliakos und sechs weitere Parteimitglieder im Oktober 2020 schuldig gesprochen und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Dansk Folkeparti (DF, Dänemark)
Die Dänische Volkspartei spaltete sich 1995 von der Fortschrittspartei des Steuerrebellen Mogens Glistrup ab. 1998 trat sie erstmals bei Parlamentswahlen an und erreichte 7,4%. 2001 wurde sie mit 12% und 22 Mandaten drittstärkste Fraktion und spielt seither eine Schlüsselrolle im dänischen Parlament. Von 2001 bis 2011 tolerierte die DF, die immer wieder mit rechtsextremen Positionen und Personen in Verbindung gebracht wird, die rechtsliberalen dänischen Minderheitsregierungen. Bei der Europawahl 2014 wurde die DF mit 26,6% erstmals stärkste Partei des Landes, bei den Parlamentswahlen im darauffolgenden Jahr mit 21,1% stärkste Partei des „bürgerlichen“ Lagers. Ohne selbst in die Regierung einzutreten, unterstützte sie die Minderheitsregierung der rechtsliberalen Venstre, die auf nur noch 19,5% der Stimmen gekommen war. 2019 erreichte die DF nur noch 8,7%, eine Niederlage, die auch auf das Antreten zweier neuer rechtspopulistischer bzw. rechtsradikaler Listen zurückzuführen war. Die DF gibt sich ein deutlich sozialpopulistischeres Profil als die ultraliberale Fortschrittspartei, aus der sie hervorgegangen ist; gleichzeitig verstärkte sie die kritische Haltung gegenüber der EU. Die DF betreibt eine scharfe Polemik gegen Zuwanderer, vor allem gegen Muslime, tritt für strenge Ausländergesetze ein und hat in der Migrationsfrage die Meinungsführerschaft im Land übernommen. Unter ihrem Einfluss wurde die dänische Ausländergesetzgebung merkbar verschärft, während der Regierung des Venstre-Chefs Rasmussen sogar ein eigenes Ministerium für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration eingerichtet.

FIDESZ (Ungarn)
Fidesz – Ungarischer Bürgerbund wurde 1988 unter dem Namen Bund Junger Demokraten (Fiatal Demokraták Szövetsége, daraus Fidesz) von einer Gruppe junger Intellektueller als liberale Protestbewegung gegründet. Fidesz-Aktivisten nahmen an antikommunistischen Demonstrationen teil und trugen damit zum Fall des kommunistischen Regimes bei. 1996 benannte sich die Partei in Fidesz – Ungarische Bürgerliche Partei um und näherte sich wertkonservativen und wirtschaftsliberalen Positionen an. Nach den Wahlen von 1998 bildete der Parteivorsitzende (und Mitbegründer) Viktor Orbán eine rechtsliberale Koalitionsregierung, die nach nur vier Jahren wieder abgewählt wurde. Nach dem von gewaltsamen Protesten begleiteten Ende der linken Regierung Gyurcsány erzielte Fidesz bei der Parla-

mentswahl 2010 eine Zweidrittelmehrheit. 2018 fiel der Sieg Viktor Orbáns, der mit einer prononcierten Anti-EU-Politik innenpolitisch punkten konnte, sogar noch deutlicher aus. In den letzten Jahren lösten zahlreiche Maßnahmen der Fidesz-Regierung wegen des schleichenden Abbaus von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Presse- und Meinungsfreiheit heftige europäische Kritik aus. In gesellschaftspolitischen Fragen vertritt Fidesz rechtskonservative und nationalistische Positionen, in sozialen Fragen gibt sich die Partei gerne großzügig und sozialpopulistisch. Im Zuge der „Coronakrise“ sicherte sich der zunehmend autoritär auftretende Viktor Orbán auch formal sehr weitreichende Machtbefugnisse.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ, Österreich)
Die FPÖ wurde 1956 gegründet und ging aus dem Verband der Unabhängigen (VdU) hervor. Dieser war 1949 ins Leben gerufen worden, um früheren Mitgliedern der NSDAP, die bei der ersten Nationalratswahl 1945 vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, eine neue „politische Heimat“ zu bieten. Bei den Nationalratswahlen 1949 kandidierte der VdU als Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) und erreichte 11,7% der Stimmen. Nach mehreren Wahlniederlagen und internen Turbulenzen wurde der VdU aufgelöst, die FPÖ gegründet. Die FPÖ entwickelte sich mit der Zeit zu einer deutschnationalen „Honoratiorenpartei“, die im Schnitt zwischen 5,5% und 7% der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte und lange Zeit von den beiden großen Parteien als Druckmittel und mögliches „Zünglein an der Waage“ benützt wurde. 1970 unterstützte die FPÖ vorübergehend die SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky. Als Gegenleistung wurde ein neues Wahlrecht beschlossen, das kleinere Parteien weniger stark benachteiligt. Lange Zeit kämpften innerhalb der FPÖ zwei Gruppierungen um die politische Vorherrschaft, ein radikal-nationalistischer und ein hauptsächlich dem Wirtschaftsliberalismus anhängender Flügel. Am Parteitag 1980 setzte sich der wirtschaftsliberale Flügel unter Norbert Steger vorübergehend durch. Nach den Nationalratswahlen 1983, bei denen die SPÖ ihre absolute Mehrheit verlor, bildete sie eine Koalitionsregierung mit der FPÖ, die damit erstmals an einer österreichischen Regierung beteiligt war. Als der liberale Kurs der Partei 1986 durch die Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiobmann beendet wurde, zerbrach auch die Koalition. Unter Jörg Haider kam es zu einer radikalen Neupositionierung der FPÖ als rechtspopulistische und demagogisch-aktionistische Protestpartei, die in traditionellen Arbeiterhochburgen neue Wählerschaften gewinnen konnte. Die FPÖ steht seitdem paradigmatisch für nahezu alle Merkmale rechtspopulistischer Bewegungen. Sie ist eine Führerpartei mit extrem dünner Personaldecke, sie vereint scheinbar widerspruchslos unvereinbare Gegensätze wie österreichischen Nationalpopulismus und tradierten Deutschnationalismus, wirtschaftlichen Neoliberalismus und völkischen Sozialpopulismus. Antisemitische Vorfälle werden als „bedauerliche Einzelfälle“ verharmlost, die politischen Positionen zeichnen sich durch extremes ideologisches Trittbrettfahrertum aus. Die Regierungsbeteiligungen der FPÖ unter Wolfgang Schüssel und Sebastian Kurz verliefen chaotisch und waren von zahlreichen Skandalen geprägt. Die Folge davon waren häufige Wechsel an der Parteispitze und gelegentliche Abspaltungen. Bei den Nationalratswahlen 1999 wurde die Partei mit 26,9% zweitstärkste Kraft des Landes und die mit Abstand erfolgreichste rechtspopulistische Partei des Kontinents. Bei den vorgezogenen Neuwahlen im Herbst 2002 stürzte sie auf nur noch 10% ab. Unter H.C. Strache stieg die FPÖ 2008 mit 18% wieder zur drittstärksten, bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 2010 mit 26,2% der Stimmen sogar zur zweitstärksten Partei auf. Unter dem Eindruck der massiven Flüchtlingsströme im Frühjahr 2015 konnte die FPÖ bei den in diesem Jahr abgehaltenen Landtagswahlen enorme Gewinne erzielen: Burgenland: 15% (+ 6%), Steiermark: 26,8% (+

16,1%), Oberösterreich: 30,3% (+ 15%) Wien: 30,8% (+5%). Der bis dato größte Erfolg gelang der FPÖ im Jahr 2016/17 mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer, der bei dieser von Turbulenzen und Wiederholungen gekennzeichneten Wahl dem von den Grünen unterstützten „unabhängigen Kandidaten“ Van der Bellen nur knapp unterlag. 26% bei der vorgezogenen Nationalratswahl 2017 verhalfen der FPÖ ein weiteres Mal zur Rolle als Regierungspartner der ÖVP. Nach dem Ibiza-Skandal landete die FPÖ bei der Nationalratswahl im September 2019 bei nur noch 16,2%.

Fremskridtspartiet (FRP, Dänemark)
1971 wurde der Millionär Mogens Glistrup mit seiner Ankündigung berühmt, in Zukunft keine Steuern mehr zu bezahlen. Im Jahr darauf gründete der „Steuerrebell“ die dänische Fortschrittspartei, die mit einem antiwohlfahrtsstaatlichen Minimalprogramm bei den Wahlen von 1973 mit 15,9% auf Anhieb zweitstärkste Fraktion im dänischen Parlament wurde. Als Glistrup Mitte der 1980er-Jahre wegen Steuerhinterziehung zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, trat Pia Kjaersgaard 1985 seine Nachfolge als Parteiführerin an. Die Partei konzentrierte sich nun stärker auf die Themen Immigrationskritik und „Law and Order“ und drang damit in frühere sozialdemokratische Wählerschichten ein. 1995 verließ Kjaersgaard mit ihren Anhängern wegen interner Konflikte die Fortschrittspartei, die in der Folge in der Bedeutungslosigkeit versank, und gründete die **>>**Dansk Folkeparti.

Fremskrittspartiet (FrP, Norwegen)
Die norwegische Fortschrittspartei wurde 1973 als Kopie der dänischen FRP gegründet und hieß ursprünglich nach ihrem Gründer Anders Lange, einem früheren Bewunderer Hitlers und Mussolinis, „Anders Langes Partei für eine starke Senkung von Steuern, Abgaben und staatlichen Interventionen“. Nach Langes Tod im Jahr 1974 trat die Partei 1977 erstmals unter ihren heutigen Namen bei Wahlen an; 1980 erreichte sie 13% der Stimmen. Die Rechtspopulisten konnten dabei vom Anstieg der Arbeitslosigkeit in Norwegen, aber auch von der Zerstrittenheit der Sozialdemokratie in der EU-Frage profitieren. Bei den Wahlen zum norwegischen Parlament 2001 erreichte die FrP 14,6% der Stimmen. Da die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung auf die Unterstützung der Fortschrittspartei angewiesen war, erlangte die FrP großen Einfluss in der norwegischen Politik und Öffentlichkeit, ohne selbst Verantwortung übernehmen zu müssen. Bei der Stortingwahl 2005 avancierte sie mit 22,1% der Stimmen zur zweitstärksten Partei. 2013 wurde ihre langjährige parlamentarische Unterstützung der moderaten Rechtskonservativen belohnt: Konservative und FrP einigten sich auf eine formelle Koalitionsregierung, in der die FrP sieben von 18 Kabinettsposten besetzte. Im Januar 2020 verkündete die FrP ihren Austritt aus der Regierung. Grund war ein Streit um die Rückholung einer dem IS nahestehenden Norwegerin und ihrer Kinder aus Syrien. Ähnlich wie andere rechtspopulistische Parteien versucht die Fortschrittspartei den ständigen Spagat zwischen nationalistischer Fremdenfeindlichkeit, Wertkonservativismus und neoliberaler Politik. Gleichzeitig punktet sie mit dem linkspopulistischen Versprechen, die umfangreichen Erdöleinnahmen „umzuverteilen“ und im „sozialen Bereich“ zu investieren.

Front National (FN, Frankreich)
Der Mitbegründer des Front National und langjährige Vorsitzende Jean-Marie Le Pen war bereits Abgeordneter der 1955 von Pierre Poujade gegründeten Anti-Steuer-Bewegung Union de défense des commerçants et artisans (UDCA, Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker). 1972 schlossen sich mehrere kleinere nationalkonservative Gruppie-

rungen zusammen, der eigentliche Aufstieg des FN begann mit dem Sieg des Sozialisten François Mitterrand bei den Präsidentenwahlen 1981. Ähnlich wie in anderen rechten Bewegungen kämpften auch im FN zwei weltanschauliche Lager um Macht und Einfluss. In den frühen 1970er-Jahren stand der FN noch stark unter dem Einfluss des rechtsradikalen Milieus aus ehemaligen Vichy-Anhängern und Neonazis. Gegen Ende des Jahrzehnts wurde die Partei zunehmend zum Sammelbecken von katholischen Traditionalisten. Und in den späten 1980er-Jahren geriet sie wieder unter die Kontrolle der Anhänger der „Nouvelle Droite“ um Bruno Mégret. Nach dem Bruch zwischen Le Pen und Mégret bekamen die Traditionalisten um Bruno Gollnisch stärkeren Aufwind. Der FN machte von Anfang an mit fremdenfeindlichen Äußerungen und Parolen auf sich aufmerksam und blieb wegen seiner integrationsfeindlichen Haltung und seines latenten Antisemitismus in der französischen Politik lange Zeit isoliert. Le Pen selbst wurde seit 1960 in mehr als 20 Fällen, u.a. wegen Beleidigung, Morddrohungen, rassistischer sowie negationistischer Erklärungen und wegen Körperverletzung rechtskräftig verurteilt. Der eigentliche Durchbruch erfolgte bei den Europawahlen 1984, als der FN 11,1% erhielt, und bei den Parlamentswahlen 1986, als fast 10% der WählerInnen dem FN ihre Stimme gaben. Nach den Parlamentswahlen 1993 war der FN mit 12,6% als „vierte Kraft“ etabliert; 1997 konnte der Stimmenanteil sogar auf über 15% gesteigert werden. Allerdings verhinderte das französische Mehrheitswahlsystem fast immer eine adäquate Repräsentation des FN im Parlament; nur 1986, als nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wurde, konnte die Partei 34 Mandate erringen. 1998 spaltete sich Bruno Mégret, der Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien befürwortete und zwischen klassischem Liberalismus und moderatem Nationalismus oszilliert, mit zahlreichen Mitstreitern von der Partei ab und gründete den Mouvement National Républicain (MNR, Nationale Republikanische Bewegung). Im selben Jahr wurde Le Pen wegen Körperverletzung an einer sozialistischen Bürgermeisterin zu drei Monaten Gefängnis auf Bewährung und einem Jahr Unwählbarkeit verurteilt. Der FN schien am Ende. Doch schon bei den Parlamentswahlen 2002 erreichte der FN wieder 11,3%. Noch erfolgreicher war Jean-Marie Le Pen bei den Präsidentenwahlen: 1988 kam er auf 14,4%, 1993 auf 15%, 2002 auf 16,9%, was ihn sogar in den zweiten Wahlgang brachte. 2011 übernahm Le Pens Tochter Marine den Parteivorsitz. Im ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen 2012 erhielt sie mit 17,9% der gültigen Stimmen mehr, als ihr Vater jemals erreicht hatte. Bei den darauf folgenden Parlamentswahlen errang der FN zwei Abgeordnetenmandate. Und bei der Europawahl 2014 erzielte der FN mehr als 25% und wurde damit erstmals – und mit großem Abstand auf die bürgerliche UMP – stärkste Partei des Landes. 2015 eskalierte der schwelende Konflikt zwischen der Parteivorsitzenden Marine Le Pen und ihrem Vater. Anlass waren einmal mehr dessen umstrittene Bemerkungen zum Holocaust. Im Mai suspendierte das Exekutivbüro der Partei seine Mitgliedschaft und im August 2015 wurde Jean-Marie Le Pen wegen „schwerer Verfehlungen“ aus „seiner Partei“ ausgeschlossen. Unter Marine Le Pen hält die Partei einen größeren Abstand zu offen rechtsextremen Gruppierungen und versucht, sich als respektable und der Demokratie verpflichtete Kraft der rechten Mitte zu positionieren. Die Präsidentschaft François Hollandes und die Installation einer linken Regierung verschafften dem FN ein reiches Betätigungsfeld in umstrittenen gesellschaftspolitischen Fragen, wie etwa der gleichgeschlechtlichen Ehe. Marine Le Pen, die für die Präsidentschaftswahlen 2017 lange Zeit als Favoritin gegolten hatte, wurde im ersten Wahlgang mit 21,3% der Stimmen nur zweite hinter dem Shootingstar Emmanuel Macron; in der Stichwahl erhielt sie mit 33,9% deutlich weniger als erhofft. Bei der folgenden Wahl zur Nationalversammlung konnte der FN 8 Mandate erringen – mehr als bei

vorherigen Wahlen, aber viel zu wenige, um im Parlament eine aktive Rolle spielen zu können. 2018 kündigte Marine Le Pen die Umbenennung der Partei in **>Rassemblement National** an, ein Schritt, der in der Folge von einer großen Mehrheit der Mitglieder per Urabstimmung bestätigt wurde.

Jobbik (Ungarn)
Jobbik Magyarországért Mozgalom, die Bewegung für ein besseres Ungarn, wurde 2003 von einer Hochschulgemeinschaft antikommunistischer Studenten gegründet. „Jobbik" bedeutet im Ungarischen (ähnlich wie „richtig", „recht" und „rechts" in anderen Sprachen) sowohl „die Besseren" als auch „die Rechteren". Jobbik definiert sich selbst als werteorientierte, christliche, patriotische und konservative Partei, agiert aber überaus radikal. Die Partei knüpft direkt und unverblümt an die faschistischen Pfeilkreuzler der 1940er-Jahre an, propagiert die Aufhebung des Vertrages von Trianon und die Wiederherstellung von „Großungarn" – d.h. sie erhebt revisionistischen Anspruch auf Teile der Slowakei, Rumäniens, Serbiens und der Ukraine –, vor allem aber betreibt sie einen unverhohlenen Antisemitismus und gewaltsamen Antiziganismus. Jobbik besitzt eine paramilitärische Formation, die „Ungarische Garde", deren schwarze Uniformen an jene der deutschen SS erinnern und das Emblem der rot-weiß-gestreiften Arpad-Fahne der nationalsozialistischen Pfeilkreuzler tragen. Bei den Europawahlen 2009 und bei den Parlamentswahlen 2010 wurde Jobbik zur drittstärksten politischen Kraft des Landes, nur noch unwesentlich schwächer als die Sozialistische Partei. Trotz – oder vielleicht auch wegen – der politischen Hegemonie des nationalpopulistischen und rechtskonservativen Premiers Viktor Orbán gelang Jobbik bei den Parlamentswahlen 2014 mit 20,5% der Stimmen ein noch größerer Erfolg. Anders als bei anderen rechten und rechtspopulistischen Parteien weist ein großer Teil der Wählerschaft von Jobbik ein überdurchschnittliches Bildungsniveau auf. Laut einer repräsentativen Umfrage des Instituts Belvedere Meridionale ist Jobbik die mit Abstand beliebteste Partei unter den ungarischen Studenten.

Lega Nord (LN, Italien)
Vorläufer der Lega Nord waren verschiedene norditalienische Autonomiebewegungen, die für eine Neuorganisation Italiens nach Schweizer Vorbild eintraten, wie die 1984 gegründete lombardische Autonomiebewegung Lega Lombarda, die 1987 erstmals größere Aufmerksamkeit erlangte, als ihr Vorsitzender Umberto Bossi in den italienischen Senat gewählt wurde. Bei den EU-Wahlen 1989 erreichte die Lega Lombarda 8%, bei den Regionalwahlen 1990 bereits 19%. 1991 schlossen sich mehrere bis dahin unabhängige Autonomiebewegungen zur föderalistischen Regionalpartei Lega Nord zusammen. Bei den Parlamentswahlen 1992 trat die LN erstmals als Partei an und gewann 8,7% der Stimmen. Als Reaktion auf eine Wahlrechtsreform, die ein Antreten in Parteibündnissen erzwang, ging Bossi bei den vorgezogenen Neuwahlen 1994 ein Bündnis mit der Forza Italia Silvio Berlusconis und der postfaschistischen Alleanza Nazionale Gianfranco Finis ein und war in der ersten Regierung Berlusconi – allerdings nur kurz – mit fünf Ministern vertreten. In den folgenden Jahren der Opposition verstärkte die Lega ihre separatistischen Bestrebungen, die auf die Abspaltung Norditaliens vom wirtschaftlich schwächeren Süden und die Gründung eines unabhängigen norditalienischen Staates („Padanien") abzielten und sogar die Einsetzung eines „padanischen Parlaments" beinhalteten. 1997 organisierte die LN die ersten Wahlen für ein solches Parlament, an denen sich zwischen vier (unabhängige Schätzungen) und sechs (Parteiangaben) Millionen Menschen beteiligten. Italien sollte, nach den Vorstellungen der Separa-

tisten, in drei Makroregionen geteilt werden – Padanien im Norden, Etrurien im Zentrum und Ausonia im Süden. Nach einer Reihe von Wahlniederlagen trat die LN zunehmend populistischer auf. Die starke Betonung von Sozialprotektionismus, Fremdenfeindlichkeit und Kritik an der Europäischen Union führte schließlich zu einer gewissen „Proletarisierung“ ihrer Wählerschaft. Im Jahr 2000 kehrte die LN in Berlusconis neues Mitte-Rechts-Bündnis Casa delle Libertà und nach deren Wahlsieg in die Regierung Berlusconi zurück. Die folgenden Jahre waren von wechselnden Wahlerfolgen und -niederlagen und von innerparteilichen Turbulenzen gekennzeichnet. 2013 wurde Matteo Salvini zum neuen Parteichef gewählt. Unter seiner Führung radikalisierte sich die Lega und nimmt nun eine Führungsrolle in der italienischen Rechten ein, die weit über ihre ursprüngliche Wählerschaft hinausreicht und – ein Novum für die Lega – immer wieder auch mit Bezügen zum historischen Faschismus kokettiert. Nach den Parlamentswahlen 2018, die einen klaren Sieg der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung und ein überraschend gutes Ergebnis für die Lega brachten, einigten sich diese beiden so konträren Parteien auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung – mit Salvini als Innenminister. Dessen harte Haltung in Migrationsfragen katapultierte die Lega innerhalb weniger Monate in Umfragen an die Spitze der politischen Parteien. Im Sommer 2019 beendete die LN die Regierungskoalition mit den Fünf Sternen, wohl in der Hoffnung, dass die ausgezeichneten Umfragewerte ihr bei Neuwahlen einen historischen Sieg einbringen würden. Diese Rechnung ging allerdings nicht auf, da sich die Fünf-Sterne-Bewegung sehr rasch mit der Linken auf eine neue Koalition einigte. Das Programm der LN stellt eine schwer fassbare Verbindung aus politischem Föderalismus und sezessionistischem Regionalismus dar. Nachdem das „unabhängige Padanien“ in weite Ferne gerückt ist, hat die LN in letzter Zeit intensive Kontakte zu weiteren – sogar süditalienischen! – Autonomiebewegungen geknüpft. International leistet die LN „Entwicklungshilfe“ für regionalistisch-autonomistische Bewegungen und unterhält gute Kontakte zum belgischen Vlaams Belang oder zu den korsischen Separatisten. Im Bereich der Wirtschaftspolitik verfolgt die Lega wirtschaftsliberale Ziele, propagiert aber gleichzeitig die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen. Im Bereich der Sicherheit befürwortet die LN ein hartes Durchgreifen gegenüber Kriminellen und illegalen Migranten. Ganz allgemein tritt die LN gegen jede weitere Zuwanderung – v.a. aus muslimischen und/oder afrikanischen Ländern – auf und unterstützt regionale Initiativen gegen Moscheebauten oder islamische Schulen. In gesellschaftspolitischen Streitfragen nimmt die LN zumeist eine betont konservative Haltung ein, im Bereich der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik vertritt sie „grüne“ und ökologische Positionen. Die LN und ihre Wählerschaft sind aufgrund ihrer Herkunft und Entstehung nur schwer auf dem Links-Rechts-Kontinuum zu verorten. Verbindungen zum historischen Faschismus gab es bei der „radikal rechts-libertären“, antirömischen und regionalistischen Lega Nord lange Zeit keine. Dies änderte sich erst mit Salvini, der wiederholt für seine mangelnde Distanz zum Neofaschismus kritisiert wurde und bereits mehrfach durch „subtile“ Anspielungen auf Mussolini auffiel.

Liga Polskich Rodzin (LPR, Polen)

Die Liga Polnischer Familien wurde 2001 gegründet und ging aus der Christnationalen Allianz hervor, die zeitweise an der Regierung der Wahlaktion Solidarnosc (1997–2001) beteiligt war. Die LPR beruft sich auf die Tradition der bereits 1897 gegründeten National-Demokratischen Partei, die einen homogenen, katholischen Ein-Volk-Staat anstrebte; sie versammelt die Anhänger verschiedener nationalistischer und klerikaler Gruppierungen, die u.a. auch vehement gegen den Beitritt Polens zur EU agitierten. 2001 erhielt sie bei ihrem

ersten Antreten bei Parlamentswahlen 7,9%, bei den Europawahlen 2004 sogar 15,9% der Stimmen. Nach dem Wahlsieg der nationalkonservativen PiS im Herbst 2005 unterstützte die LPR zunächst die Minderheitsregierung von Ministerpräsident Marcinkiewicz und schloss sich im Mai 2006 der Regierung Kaczyński an, die jedoch nach nur wenigen Monaten zerbrach. Eine geplante Fusion mit der Samoobrona Andrzej Leppers kam aufgrund personeller und programmatischer Diskrepanzen nicht zustande. Beliebte Feindbilder der LPR sind „die Deutschen“, aber auch „die Juden“ und „die Freimaurer“. Die Partei ist antieuropäisch, protektionistisch, steht für Staatsinterventionismus und vertritt äußerst restriktive Haltungen in gesellschaftspolitischen Fragen. Durch die Konkurrenz bzw. weitgehende inhaltliche Übereinstimmung mit den Positionen der regierenden PiS ist die LPR zuletzt bedeutungslos geworden.

Lijst Pim Fortuyn (LPF, Niederlande)
Die Ursprünge der LPF liegen in der 2001 als Partei gegründeten Leefbaar Nederland (LN, Lebenswerte Niederlande)-Bewegung, die einen Zusammenschluss lokaler und ursprünglich liberaler Kommunal- bzw. Stadtparteien und Bürgergruppen bildete. Anfangs ohne klares politisches Profil, wurde die LN vor allem durch den Protest gegen die etablierte Politik, die „abgehobenen Berufspolitiker“ und die Forderung geeint, das Parteienkartell aufzubrechen und das politische Handeln wieder „in die Hände des Volkes“ zu legen. Im Sommer 2001 stieß der charismatische Wilhelmus „Pim“ Fortuyn zur LN und wurde auf dem Parteitag im November desselben Jahres zum Spitzenkandidaten gewählt. Fortuyn, ein promovierter Soziologe, arbeitete als Dozent an der Universität Groningen, sympathisierte anfangs mit der Kommunistischen Partei und wurde später Mitglied der sozialdemokratischen PvdA. Von 1990 bis 1995 war er als außerordentlicher Professor an der Erasmus-Universität Rotterdam tätig und trat immer häufiger als Kritiker der sozialliberalen Regierung und Gegner der multikulturellen Gesellschaft in den Niederlanden hervor. Fortuyn bezeichnete den Islam als eine „außerordentliche Bedrohung“, als eine „feindliche Gesellschaft", „eine zurückgebliebene Kultur“. Als erklärter Republikaner unterstützte er auch die Abschaffung der Monarchie – eine Idee, die in der niederländischen Bevölkerung auf wenig Anklang stieß. Sein Auftreten hatte unverkennbar populistische Züge. Kritik am politischen Establishment und der Konsensdemokratie verbanden sich mit dem Eintreten für Liberalisierung und Privatisierung, gleichzeitig aber auch mit einer „Law & Order“-Politik, die vom Kokettieren mit der eigenen Homosexualität bisweilen konterkariert wurde. Seine antiislamische Position sollte keine Fremdenfeindlichkeit per se ausdrücken – auf den Kandidatenlisten der Partei fanden sich auch „farbige“ Zuwanderer – oder, wie der lebensfrohe Populist Fortuyn sich auszudrücken pflegte: *I do not hate them, I even sleep with them*. Die Fortuyn-Bewegung stellte damit das seltene Beispiel einer libertären (oder „postmodernen“) Spielart des Rechtspopulismus dar. Seine Multikulturalismuskritik kam ohne nationalistische (oder gar rassistische) Begründungen aus. Er attackierte den Islam als „Feind der freiheitlichen Gesellschaft“, auf die die Niederlande so stolz waren und berief sich auf universelle und nicht auf kulturalistische Werte. Im Gegensatz zu anderen Rechtspopulisten erreichte Fortuyn fast gleich viele weibliche Wählerinnen, mobilisierte ehemalige NichtwählerInnen und sprach frühere WählerInnen von VVD und PvdA gleichermaßen an. Wenige Monate vor den Parlamentswahlen 2002 lag die Partei in den Umfragen bei fast fünfzehn Prozent. Fortuyn überwarf sich jedoch mit dem Parteivorstand der LN und gründete Anfang 2002 seine eigene Partei Lijst Pim Fortuyn (LPF). Am 6. Mai, wenige Tage vor den Wahlen, wurde Fortuyn beim Verlassen eines Radiostudios auf offener Straße von einem „weißen Niederländer" und

Umweltschutzaktivisten erschossen – ein Ereignis, das das Land zutiefst schockierte. Die Wahlen fanden wie geplant am 15. Mai statt und die LPF, die mit Fortuyn als „postumen“ Spitzenkandidaten antrat, erreichte auf Anhieb 17% – das historisch gesehen mit Abstand beste Ergebnis einer neuen Partei in den Niederlanden. Auf den außergewöhnlichen Wahlerfolg der LPF folgte die Regierungsbeteiligung. Im Kabinett Balkenende I., einer Koalition aus Christdemokraten (CDA), der rechtsliberalen VVD und der LPF erhielt diese vier Ministerposten und fünf Staatssekretäre. Die politische Unerfahrenheit der meisten LPF-Parlamentarier und persönlich motivierte Konflikte führten nach nur 87 Tagen zum Sturz des Kabinetts. Bei der Neuwahl im Januar 2003 sank die Zustimmung der WählerInnen drastisch; 2006 verschwand die LPF aus dem Parlament und löste sich in der Folge auf. Es entstanden mehrere Nachfolgeparteien, von denen nur die **>Partij voor de Vrijheid** von Geert Wilders im Parlament vertreten ist.

Movimento Sociale Italiano (MSI, Italien)
Der Movimento Sociale Italiano, die Italienische Sozialbewegung, wurde 1946 vom ehemaligen faschistischen Kulturminister Almirante und anderen prominenten Veteranen der sogenannten Republik von Salò (1943–1945) gegründet. Der deklariert neofaschistische und in der Tradition Mussolinis stehende MSI war jahrelang die einzige längerfristig erfolgreiche rechtsextreme Partei Westeuropas. Sie war seit 1948 durchgängig im italienischen Parlament vertreten und stellte damit europaweit eine Ausnahme dar. Besondere Unterstützung erhielt sie im Süden des Landes, wo sie von den Großgrundbesitzern als Reaktion auf gelegentliche Besetzungen ihrer Ländereien gefördert wurde. Bei den Parlamentswahlen 1953 erhielt der MSI 5,8% der Stimmen und unterstützte in der Folge die christdemokratische Minderheitsregierung. In den 1960er-Jahren kam es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit linken Aktivisten, die auch mehrere Todesopfer forderten. In weiterer Folge wurde der MSI, der regelmäßig zwischen 4,5 und 5% erhielt, von den übrigen demokratischen Parteien gemieden. Seit den 1950er-Jahren gingen aus der MSI mehrere radikale und militante Abspaltungen hervor. Als politisch isolierte Antisystempartei blieb der MSI nach dem Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems in den frühen 1990er-Jahren weitgehend intakt – die Partei war in keine Bestechungsaffären verstrickt und konnte sich nun als glaubwürdige Alternative präsentieren. Personell wie auch ideologisch kam es zu einer kompletten Neupositionierung, die vor allem mit dem Namen Gianfranco Fini verbunden ist. Fini, der zunächst das Konzept einer „grande destra“ verfolgte, vollzog nach den Wahlen 1994, als der MSI 13,5% der Stimmen erreicht hatte, und dem darauffolgenden Regierungseintritt seiner Partei – der ersten Regierungsbeteiligung von Rechtsextremen im Nachkriegseuropa! – einen politischen Kurswechsel, distanzierte sich von der postfaschistischen Vergangenheit und gab der Partei ein neues Profil und einen neuen Namen: **>Alleanza Nazionale**.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD, Deutschland)
Die NPD wurde 1964 gegründet und ging aus der von 1950 bis 1965 bestehenden Deutschen Reichspartei (DRP) hervor, die sich als Sammlungsbewegung für ehemalige NSDAP-Mitglieder und Interessenvertretung von Wehrmachtsveteranen verstand, und bis 1953 sogar im Deutschen Bundestag vertreten war. Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte die NPD 2%; ein Jahr später gelang ihr der Einzug in die Landesparlamente von Hessen und Bayern. 1967 zog sie in die Landtage von Bremen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein, 1968 mit 9,8% auch in den Landtag von Baden-Württemberg – der

bis dahin größte Erfolg bei einer überregionalen Wahl. Beim erhofften Einzug in den Deutschen Bundestag im Jahr 1969 scheiterte die Partei mit 4,3% nur knapp. Interne Streitigkeiten und Flügelkämpfe machten die damaligen Erfolge allerdings bald zunichte. Nach der Gründung der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) im Jahr 1987 gingen beide Parteien fortan immer wieder Wahlbündnisse ein. Die NPD arbeitet außerdem mit rechtsextremen Burschenschaften zusammen und gilt als Bindeglied zur ultrarechten Szene. Sie ist extrem deutsch-nationalistisch, autoritär, verfassungsfeindlich, antiparlamentarisch, antisemitisch, fremdenfeindlich und rassistisch. Inhaltlich setzt die NPD auf Themen wie „Antiimperialismus“, „Globalisierung“ und Hartz IV. Dabei kokettiert sie auch mit linkspopulistischen Reflexen, die bereits im Nationalsozialismus eine gewisse Rolle spielten. Die NPD wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und als „rechtsextrem und verfassungsfeindlich“ eingeschätzt. Seit der deutschen Wiedervereinigung konzentriert die NPD ihre Aktivitäten stärker auf die neuen Bundesländer im Osten, was sich im Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen 2004 und in Mecklenburg-Vorpommern 2006 widerspiegelte. Ein von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat angestrengtes Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte im Jahr 2003 aufgrund verfahrensrechtlicher Fehler. 2009 erhielt die NPD vom Berliner Verwaltungsgericht wegen eines falschen Rechenschaftsberichtes eine Strafzahlung in Höhe von 1,27 Millionen Euro. Die Partei befand sich damit in einer existenzbedrohenden Finanzkrise. 2011 fusionierte die NPD mit der DVU; die neue Partei trägt den Namen NPD – Die Volksunion. Im Jahr 2017 wurde ein von den deutschen Bundesländern (ohne Unterstützung durch die Bundesregierung) angestrengtes neuerliches Verbotsverfahren gegen die NPD von Seiten des Bundesverfassungsgerichtes als unbegründet eingestellt. Die NPD sei zwar ideologisch eindeutig verfassungswidrig, aber politisch zu unbedeutend, um sie verbieten zu können. Die Erfolge der AfD haben die NPD vorläufig wohl „überflüssig“ gemacht, gleichzeitig aber die Radikalisierung ihrer verbliebenen Anhängerschaft weiter befördert.

Partij voor de Vrijheid (PVV, Niederlande)
2004 gründete Geert Wilders, der zuvor Assistent des rechtsliberalen Politikers und späteren EU-Kommissars Frederik (Frits) Bolkestein war, die Groep Wilders (Gruppe Wilders); 2006 wurde sie in Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit) umbenannt. Bei den Parlamentswahlen 2006 erreichte die PVV auf Anhieb 5,9%. Das Programm der PVV stellt eine Mischung aus rechtspopulistischen, konservativen und nationalistischen Elementen dar. Der Parteivorsitzende Wilders fiel des Öfteren durch rüde Attacken auf den Islam auf und steht deshalb seit Jahren unter Personenschutz. 2007 forderte er sogar ein Verbot des Korans, dem er „faschistische Grundzüge“ vorwarf. Die Wählerschaft der PVV ist eher säkular ausgerichtet, vorwiegend jung, männlich, urban und etwas weniger gebildet als der Durchschnitt. Sie repräsentiert jene Bevölkerungsgruppen, die mit dem politischen System und den Parteien am wenigsten zufrieden und „der Politik“ gegenüber eher ablehnend bis zynisch eingestellt sind. So wie bei vielen anderen rechtspopulistischen Bewegungen steht der Großteil der WählerInnen in sozialen Fragen eher links. Bei ihrem ersten Antreten bei einer EU-Wahl im Jahr 2009 wurde die PVV mit 17% der Stimmen zur zweitstärksten Kraft nach den regierenden Christdemokraten (CDA). Bei den Parlamentswahlen 2010 landete sie mit 15,5% hinter den Rechtsliberalen (VVD) und den Sozialdemokraten (PvdA) an dritter Stelle. Nach langen Verhandlungen einigten sich die VVD und die Christdemokraten auf eine Minderheitsregierung unter Duldung der PVV, die von Wilders 2012 allerdings aufgekündigt wurde. Die Neuwahlen endeten in einer Niederlage. Bei den Parlamentswahlen 2017

verzeichnete Wilders PVV zwar leichte Zugewinne (13% und 20 Sitze) und wurde zweitstärkste Partei – in den Umfragen war sie allerdings lange Zeit klar in Führung gelegen. Wilders konnte sein Ziel einer Regierungsbeteiligung nicht verwirklichen, da der VVD von Ministerpräsident Mark Rutte jede Koalition mit der PVV kategorisch ausgeschlossen hatte. Bei der Europawahl 2019 erlebte die PVV ein Debakel. Sie verlor beinahe zehn Prozent und kam auf nur noch 3,5% der Stimmen.

Perussuomalaiset (PS, Finnland)
Die Partei der Wahren Finnen (seit 2012: Die Finnen) ging 1995 – dem Jahr des finnischen EU-Beitritts – aus der Finnischen Bauernpartei (SMP) hervor. Die Bauernpartei selbst war eine agrarpopulistische Abspaltung des 1906 gegründeten Landbundes (ML), der sich 1965 ein neues Programm und seinen heutigen Namen Zentrumspartei (KESK) gab. Perussuomalaiset ist EU-skeptisch, zuwanderungskritisch und vertritt in den meisten Sachfragen wertkonservative Standpunkte. Außerdem versteht sie sich als eine gegen das herrschende politische Establishment auftretende Kraft, die die Interessen der „gewöhnlichen Bevölkerung“ vertritt. In sozialen und wirtschaftlichen Fragen nimmt PS eher linkspopulistische Positionen ein. Bei den Parlamentswahlen 2003 gewann die Partei drei Mandate, 2007 fünf. Nach starken Stimmenzuwächsen bei den Kommunalwahlen 2008 erzielten die rechten Euroskeptiker, die gemeinsam mit den Christdemokraten als KDPS angetreten waren, bei den Europawahlen 2009 sensationelle 14% der Stimmen. Noch größer fiel ihr Erfolg bei den Parlamentswahlen 2011 aus, als die Wahren Finnen sich nahezu verfünffachen konnten und nur knapp hinter der konservativen Sammlungspartei und den Sozialdemokraten an dritter Stelle landeten. 2015 erzielte PS 17,7%, ein Erfolg, der in einer Koalition mit der liberal-konservativen Sammlungspartei und der liberalen Zentrumspartei mündete. Die Wahl des besonders einwanderungskritischen Jussi Halla-Aho zum neuen Parteivorsitzenden besiegelte 2017 allerdings das Ende der Regierungsbeteiligung und hatte eine Spaltung des PS zur Folge. Bei der Parlamentswahl 2019 wurde PS mit 17,5% der Stimmen zur zweitstärksten finnischen Partei. Sozialdemokraten, Zentrumspartei, Grüne, Linke und die Schwedische Volkspartei bildeten daraufhin eine aus fünf Parteien bestehende Mitte-links-Koalition unter Führung der SDP.

Prawo i Sprawiedliwość (PiS, Polen)
Die Partei Recht und Gerechtigkeit wurde im Jahr 2001 vom ehemaligen Justizminister Lech Kaczyński und dessen Zwillingsbruder Jarosław gegründet. Personal und Wählerschaft der PiS rekrutierten sich vorwiegend aus Anhängern der Wahlaktion Solidarność (Akcja Wyborcza Solidarność, AWS), einem Post-Solidarność-Bündnis, und der streng katholischen und nationalkonservativen Bewegung für den Wiederaufbau Polens (Ruch Odbudowy Polski, ROP). Bei den Parlamentswahlen 2005 wurde PiS mit knapp 27% stärkste Partei; wenig später gewann Lech Kaczyński die Präsidentschaftswahlen gegen den favorisierten Donald Tusk. Nachdem eine Koalition mit der liberal-konservativen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) nicht zustande gekommen war, bildete der Finanzexperte Kazimierz Marcinkiewicz eine Minderheitsregierung, die auf die parlamentarische Unterstützung der klerikal-nationalistischen Liga Polnischer Familien (LPR) und der populistischen Samoobrona angewiesen war. Beide Parteien schlossen sich wenige Monate später offiziell der Regierung an. Erst jetzt übernahm Jarosław Kaczyński das Amt des Ministerpräsidenten und wurde von seinem Zwillingsbruder angelobt – ein in den europäischen Demokratien wohl einzigartiger Vorgang. Eines der erklärten Ziele der neuen Koalition war die Bekämpfung der „korrupten

Eliten“. Die PiS-Koalitionsregierung hielt allerdings nur kurz. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 verlor die PiS ihre Führungsrolle in der rechten Mitte gegen die liberal-konservative PO von Donald Tusk. 2011 erzielte sie mit 29,9% wiederum ein beachtliches Ergebnis, blieb aber in Opposition. Am 10. April 2010 kamen Staatspräsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau sowie zahlreiche Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Offiziere und hochrangige Kirchenvertreter beim Absturz einer Regierungsmaschine bei Smolensk ums Leben. Bei der Europawahl 2014 lag PiS wieder gleichauf mit der regierenden PO, deren Stern, trotz wirtschaftlicher Erfolge, aufgrund diverser Skandale und wegen des Wechsels von Regierungschef Tusk auf den Posten des EU-Ratspräsidenten, zu sinken begann. 2015 wurde der PiS-Kandidat Andrzej Duda zum neuen polnischen Präsidenten gewählt; bei der Parlamentswahl im selben Jahr gelang der PiS ein eindrucksvolles Comeback. Die Partei erzielte 37,6% und erhielt die absolute Mandatsmehrheit. Neue Ministerpräsidentin Polens wurde die PiS-Abgeordnete Beata Szydło. Nach deren Rücktritt übernahm 2017 Mateusz Morawiecki, ein weiterer enger Vertrauter des PiS-Parteivorsitzenden und eigentlichen „starken Mannes“ Jaroslaw Kaczynski, das Amt des Ministerpräsidenten. Bei der Parlamentswahl 2019 erzielte die PiS mit 43,6% das beste Wahlergebnis einer Partei in der Geschichte des demokratischen Polen. Bei der EU-Wahl im selben Jahr erhielt sie sogar 45,4%. Die PiS-Regierung betreibt, vor allem in der Medien- und Justizpolitik, aber auch in anderen gesellschaftlich sensiblen Bereichen, einen massiven Umbau des polnischen Staates. In gesellschaftspolitischen Fragen vertritt die Partei rechtskonservative, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wohlfahrtsstaatliche, zum Teil sogar sozialpopulistische Positionen. Sie ist EU-skeptisch und steht sowohl Russland als auch Deutschland kritisch bis ablehnend gegenüber. Ihre Verbindungen zur starken und extrem konservativen katholischen Kirche Polens sind eng. Nach mehr als fünf Jahren unumschränkter Herrschaft zeigt sich jedenfalls, dass die Partei, die konservative, christlich-klerikale und national-populistische Elemente in sich vereint, nichts weniger als einen radikalen Umbau des polnischen Staates zu einer „neuen, moralischen politischen und gesellschaftlichen Ordnung“ anstrebt.

Rassemblement National (RN, Frankreich)
2018 wurde der bisherige **>Front National** auf Antrag der Vorsitzenden Marine Le Pen in Rassemblement National umbenannt. Der neue Parteiname geht auf die in den 1980er Jahren unter Jean-Marie Le Pen bestehende Parlamentsgruppe Front National – Rassemblement National zurück. Die Namensänderung ist mit keiner wie auch immer gearteten „Neugründung“ oder einem radikalen Personal- oder Ideologiewechsel verbunden. Die Partei beschreibt sich selbst als „patriotisch“ und „national“, und kann vor allem durch die zeitweilige Monopolisierung der Themen Migration und Sicherheit punkten. Eine ihrer wichtigsten Forderungen ist die Beschränkung der Zuwanderung, insbesondere jener aus außereuropäischen und muslimischen Ländern. Predigte man lange Zeit einen wirtschaftlichen Neoliberalismus, so erfolgte mit dem Strukturwandel der Wählerschaft eine Hinwendung zum Linkspopulismus. Neoliberale Prinzipien gelten nur noch soweit, als sie den „Interessen der Volksgemeinschaft“ nützen. Wohlfahrtschauvinismus, Protektionismus und freier Markt verbinden sich, um sowohl für Arbeiter als auch für Kleinbürger wählbar zu sein. Der RN fordert die Bevorzugung der Franzosen im Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie bei der Sozialversicherung. Diese Préférence nationale soll u.a. mithelfen, soziale Klassengegensätze zugunsten einer „sozialen Volksgemeinschaft“ – *Social parce que national* („Sozial weil national“) lautet ein Slogan – zu überwinden. In ihren politischen Positionen ist der RN, so wie auch die FPÖ, trotz ihrer wertkonservativen und nationalistischen Grund-

sätze, überaus flexibel und opportunistisch – der französische Journalist Alain Rollat spricht deshalb von „ideologischer Rumpelkammer“. War die Kernwählerschaft des Front National zunächst vor allem unter den kleinen Selbständigen zu finden, so veränderte sich die Zusammensetzung der Wählerschaft im Laufe der Jahre stark. In den 1990er-Jahren gelang es dem FN, in die traditionellen Wählerschichten der Linken, vor allem der bis dahin führenden Kommunistischen Partei (KPF), einzudringen und zu einer der stärksten Arbeiterparteien des Landes zu werden. Die Partei profitierte dabei vom Strukturwandel und der hohen Arbeitslosigkeit in den Industrierevieren, aber auch in den Banlieus der großen Städte, wo die sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen aufeinandertreffen und die daraus resultierenden sozialen Spannungen sich in Kriminalität und Rassismus entladen. Die WählerInnen des RN sind heute vorwiegend im verstädterten und industrialisierten Ostteil des Landes zu finden, im Elsass, bis heute eine der Hochburgen der Partei, im Großraum Paris, aber auch an der Côte d'Azur und dem Rhône-Gebiet; sie sind überwiegend männlich – wobei das Geschlechterverhältnis in den letzten Jahren etwas ausgeglichener wurde – und stehen der Kirche vielfach distanzierter gegenüber, als der Durchschnitt der Franzosen. Zu den früheren WählerInnen der Linken und jenen der traditionellen französischen Rechten gesellen sich außerdem noch traditionalistische Katholiken und Vichy-Anhänger. Der Rassemblement National ist einerseits „Bewegung“, andererseits aber eine starke Mitgliederpartei und verfügt über ein weitverzweigtes Netz von Vereinen und publizistischen Zirkeln. Nach dem Wahlsieg Macrons im Frühjahr 2017 und den darauf folgenden innerparteilichen Turbulenzen trat die Partei eine Zeit lang nur wenig in Erscheinung; ab der Jahreswende 2018/19 versuchte der RN auf den Zug der Gelbwestenbewegung aufzuspringen, die zu Beginn von breiten Teilen der französischen Bevölkerung unterstützt wurde.

Die Republikaner (REP, Deutschland)
Die Partei der Republikaner wurde 1983 von enttäuschten CSU-Mitgliedern gegründet, die die deutschen Ostkredite ablehnten und die von Helmut Kohl bei der Regierungsübernahme angekündigte „geistig-moralische Wende“ vermissten. Nach internen Richtungskämpfen vollzog die Partei 1985 einen deutlichen Rechtsschwenk nach dem Vorbild des französischen Front National. Die Republikaner waren auf keiner politischen Ebene jemals an einer Regierung beteiligt. Im deutschen Bundestag waren sie durch Fraktionsübertritte zeitweise mit drei Abgeordneten vertreten. Der Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit lag stets auf der kommunalen Ebene, wo sie vor allem in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen Mandate gewinnen konnten. Mitte der 1980er-Jahre erzielten die Republikaner auch bei Landtagswahlen einige Achtungserfolge, so etwa 1986 bei der Landtagswahl in Bayern. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 errangen die Republikaner 7,5%, bei der Europawahl desselben Jahres 7,1% der Stimmen. Bei den folgenden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg konnte die Partei in einige Kommunalparlamente einziehen – z.T. mit mehr als zehn Prozent der Stimmen. Die Landtagswahlen des Jahres 1990 verliefen hingegen enttäuschend und in der Partei setzte eine Diskussion über eine mögliche Zusammenarbeit mit der DVU und der NPD ein. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 kamen die Republikaner über 2,1% nicht hinaus. Von 1992 bis 2001 waren die REP auch im Landtag von Baden-Württemberg vertreten, nachdem sie 1992 dort 10,9% erreicht hatten. Kurz darauf beschlossen der Bundesinnenminister und die Innenminister der Länder einstimmig, die Republikaner von den Verfassungsschutzbehörden überwachen zu lassen. Bei der Europawahl 1994 scheiterte die Partei an der Fünfprozenthürde. Unter Parteichef Rolf Schlierer, der

von 1989 bis 1992 Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates, von 1992 bis 2001 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und seit 2004 neuerlich Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates war, versuchte sich die Partei als „respektable“ Kraft zu präsentieren, distanzierte sich von rechtsextremen Tendenzen und verlor in der Folge gegenüber der NPD oder der DVU an Bedeutung. Innerparteiliche Gegner und Aktivisten der rechten Szene warfen Schlierer immer wieder vor, er versuche die Partei als „Koalitionspartner der Mitte" zu positionieren. Die Republikaner waren, so wie zahlreiche andere rechte Gruppierungen auch, regelmäßig vom „Spaltpilz“ betroffen. Interne Streitigkeiten, Austritte und Abspaltungen standen auf der Tagesordnung. Nachdem die Republikaner im Jahr 2001 auch in Baden-Württemberg mit 4,4% der Stimmen an der Fünfprozenthürde gescheitert waren, sind sie in keinem Landesparlament mehr vertreten. Die auf eine überwiegend (klein)bürgerliche Wählerschicht hin orientierten Republikaner verloren in den letzten Jahren auch auf kommunaler Ebene den Großteil ihrer Sitze; selbst in ihrem Stammland Bayern verfügte die Partei nach den Kommunalwahlen 2014 nur noch über 25 Mandate. Seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017, bei der sie nur 0,1% der Stimmen erhielt, ist die Partei bei keiner überregionalen Wahl angetreten. Die Parteimitglieder der Republikaner rekrutierten sich vorwiegend aus dem konservativen bildungsbürgerlichen Lager, ihre Anhängerschaft bestand allerdings auch aus ehemaligen SPD-WählerInnen. Die Partei distanzierte sich wiederholt vom Rassismus und Antisemitismus der „alten Rechten“ und knüpfte an die Ideen der „neuen Rechten“ an, die allen Kulturen einen eigenständigen Wert zusprechen, in „Entwurzelung und Vermischung“ allerdings die Quelle gesellschaftlicher und individueller Probleme sehen. Durch den Aufstieg der AfD sind die Republikaner politisch obsolet geworden.

Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej (Polen)

Die Selbstverteidigung der Republik Polen wurde 1992 von Andrzej Lepper gegründet und vertrat in erster Linie die Interessen der polnischen Landwirte. Lepper war in der Regierung Kaczynski von 2006 bis 2007 Landwirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident. Im Parlament fielen die Abgeordneten der Samoobrona des Öfteren durch aktionistische und nicht selten auch aggressive Handlungen des „zivilen Ungehorsams“ auf. Lepper selbst wurde mehrfach wegen Beleidigung, Körperverletzung, Verleumdung und ungebührlichen Verhaltens angeklagt und 2001 zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Bei den Parlamentswahlen 2001 erreichte die bis dahin völlig unbedeutende Samoobrona sensationelle 10,2% der Stimmen und stellte die drittgrößte Parlamentsfraktion. Nach den Wahlen 2005 unterstützte sie zunächst die Minderheitsregierung der PiS und wurde schließlich Mitglied der rechten Regierungskoalition. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 scheiterte Samoobrona mit 1,5% an der Fünfprozenthürde. Ein geplantes Bündnis mit der rechtsextremen Liga Polnischer Familien kam wegen programmatischer Differenzen nicht zustande. Auch bei der Europawahl 2009 blieb die Partei erfolglos, nach dem Tod Leppers verschwand sie 2011 in der Bedeutungslosigkeit. Wirtschaftspolitisch vertrat die Samoobrona linkspopulistische und protektionistische Positionen, gesellschaftspolitisch jedoch katholisch-konservative Werte. Waren die WählerInnen der Samoobrona ursprünglich vor allem Landwirte oder schlecht ausgebildete ältere, vielfach auch arbeitslose Menschen aus ländlichen Regionen, so fischte Lepper später im Reservoir aller Deklassierten, immer öfter auch unter den BewohnerInnen der vernachlässigten Viertel am Rand der Großstädte, ebenso wie unter kleinen Gewerbetreibenden. Diese relativ heterogene Wählerschaft ist mittlerweile größtenteils zur regierenden PiS abgewandert.

Schweizerische Volkspartei (SVP, Schweiz)
Die Schweizerische Volkspartei (SVP, franz. Union démocratique du centre, UDC; ital. Unione Democratica del Centro, UDC; rätoroman. Partida populara Svizra, PPS) geht auf die 1936 als gesamtschweizerische Partei gegründete Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit Zentrum Bern und die 1942 gegründete Demokratische Partei (DP), einem Zusammenschluss mehrerer kantonaler Parteien, die ebenfalls Bauern, Kleingewerbetreibende und Angehörige freier Berufe vertrat und vor allem in den Kantonen Graubünden und Glarus vertreten war, zurück. 1971 schlossen sich die DP-Kantonalsektionen Glarus und Graubünden mit der BGB zur Schweizerischen Volkspartei (SVP) zusammen. Die SVP verstand sich als Mittelstandspartei mit sozial-liberalen Elementen und kam in den 1980er-Jahren auf einen regelmäßigen Wähleranteil von 10 bis 12%. Mit dem Erstarken nationalkonservativer Kräfte innerhalb der Partei setzte in den frühen 1990er-Jahren ein kontinuierlicher Aufschwung ein. Es war der Unternehmer und damalige Zürcher Kantonalpräsident Christoph Blocher, der die behäbige Organisation in eine schlagkräftige rechte Partei verwandelte. Der populistische Protest wurde nun von der SVP monopolisiert, die nach der 1959 fixierten „Zauberformel“ an allen Schweizer Regierungen beteiligt war, die sich aus je zwei Mitgliedern der freisinnigen FdP, der christlich-demokratischen CVP, der Sozialdemokraten (SPS) und einem Vertreter der SVP zusammensetzten. 1992 wandte sich die SVP als einzige Regierungspartei innerhalb der Schweizer Konkordanzregierung gegen den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). In einer Volksabstimmung mit Rekordbeteiligung brachte die Partei eine knappe Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter sich, was für Blocher einen enormen Prestigeerfolg bedeutete. Durch ihre prononcierten Positionen in Fragen des Asylrechts und der Kriminalitätsbekämpfung wurde die SVP für bisherige WählerInnen der FdP und für konservative CVP-WählerInnen interessant, die sich durch ihre Parteien nicht mehr vertreten fühlten. Die SVP, die 1995 14,9% der Stimmen erreicht hatte, erzielte bei den Nationalratswahlen 1999 mit 22,5% einen überzeugenden Sieg und konnte ihre Mandatszahl im Nationalrat von 29 auf 44 erhöhen. Bereits damals stellte Blocher die „Zauberformel“ in Frage und forderte die Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung. Bei den Nationalratswahlen von 2003 ging die SVP erstmals als stärkste Partei hervor und konnte in der Folge zulasten der CVP ihren Anspruch auf einen zweiten Sitz in der siebenköpfigen Schweizer Regierung (Bundesrat) durchsetzen. Die SVP scheute sich auch nicht, vom Kollegialitätsprinzip der Regierung abzuweichen, vor allem bei Volksinitiativen und Referenden, spielte erfolgreich Opposition innerhalb der Regierung und verstand es auch als Regierungspartei, die direktdemokratischen Beteiligungsinstrumente für ihre eigenen Interessen zu missbrauchen. Ihr bis dato bestes Wahlergebnis auf nationaler Ebene erzielte die SVP 2007 mit 29%. Bei der Wahl der Bundesräte, der Schweizer Proporzregierung, wurde Blocher allerdings nicht mehr in den Bundesrat gewählt; die Wahl fiel auf seine Parteikollegin Eveline Widmer-Schlumpf. Die SVP schloss daraufhin ihre beiden gewählten Bundesräte Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf aus der Fraktion, nicht jedoch aus der Partei, aus und erklärte, von nun an als Oppositionspartei agieren zu wollen. Aufgrund dieser Turbulenzen verlor die SVP etwa ein Fünftel ihrer Wählerschaft und büßte bei den Parlamentswahlen 2011 acht Sitze im Nationalrat und zwei Sitze im Ständerat ein. Die ehemalige Mittelstandspartei SVP positioniert sich heute eindeutig rechts. Trotz jahrelanger offizieller Regierungsbeteiligung und obwohl die Bedingungen für populistische Bewegungen in der Schweiz an sich schlecht sind, weil sich Protest regelmäßig bei Volksabstimmungen entladen kann, punktet sie mit einem harten Oppositionskurs und einer rechtspopulistischen Rhetorik, die ihr im In- und Ausland bereits mehrfach den Vorwurf des

Extremismus eingetragen hat. Die SVP vertritt einerseits nationalkonservative, andererseits radikal-liberale und wohlfahrtsstaatskritische Positionen. Ein weiteres Kernanliegen der SVP ist die Stärkung der plebiszitären Demokratie. Hier zeigt sich, dass die SVP – ähnlich wie andere rechtspopulistische Parteien – „antimoderne Reflexe“ und „Hyperdemokratismus“ problemlos verbinden kann. So etwa fordert die SVP das Festhalten an Abstimmungen über die Einbürgerung von Ausländern, obwohl diese in vielen Gemeinden geübte Praxis bereits vom Bundesgericht wegen der fehlenden Begründungsmöglichkeit solcher Entscheide als verfassungswidrig beurteilt worden ist. In Wirtschaftsfragen vertritt die SVP wirtschaftsliberale und anti-etatistische Positionen; Ausnahme bildet hier die Landwirtschaftspolitik, da die Bauern weiterhin eine wichtige Wählergruppe darstellen. Ökonomisch steht die SVP also für Marktwirtschaft und Neoliberalismus, in der Agrarpolitik jedoch für Staatsinterventionismus. In gesellschaftspolitischen Fragen gibt sich die SVP dagegen strikt wertkonservativ, betont die traditionelle Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter und spricht sich gegen einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und staatliche Kinderkrippen aus. In der Öffentlichkeitsarbeit, die den Charakter eines Dauerwahlkampfes trägt, fällt die SVP durch ihren aggressiven, plakativ-populistischen Stil auf. Politische Gegner werden als „Linke und Nette“ oder „Weichsinnige“ diffamiert, unliebsame Gruppen als „Scheininvalide“ oder „schwarze Schafe“ dargestellt. Blocher, der ähnlich wie Berlusconi ein erfolgreicher Self-made-Unternehmer ist, zeichnet sich im Gegensatz zu diesem durch einen bescheidenen Lebensstil aus, der auch keine Konzessionen an den Zeitgeist kennt. Im Zuge ihrer Erfolgswelle konnte die SVP als selbsternannter „Anwalt der Bürger“ ihre Wählerschaft nicht nur auf alle Landesteile, sondern auch auf alle sozialen Schichten erweitern; es gelang ihr, in die unteren Schichten, gleichzeitig aber auch tief in die bürgerlichen Wählerschichten der FdP und CVP einzudringen und damit Modernisierungsverlierer und -gewinner, Unterschicht- und Mittelschichtwähler zu vereinen. 2014 erzielte die SVP mit der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ einen in dieser Form nicht erwarteten Erfolg. Der Gesetzgeber wurde damit beauftragt, die Zuwanderung von Ausländern durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente, die sich nach den gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz richten, zu begrenzen. Dazu ist eine folgenschwere Änderung bestehender Staatsverträge, namentlich der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, welche die „Personenfreizügigkeit“ vorsehen, nötig. Obwohl die Volksinitiative nur durch die SVP unterstützt wurde und alle übrigen Parteien sowie die Mehrheiten des Nationalrates, des Ständerates und des Bundesrates ihre Ablehnung empfohlen haben, nahmen Volk und Stände die Initiative an. Bei den Nationalratswahlen 2015 wurde die SVP mit fast 30% wieder stärkste Partei.

Slovenská národná strana (SNS, Slowakei)
Die Slowakische Nationalpartei wurde nach der Wende 1989 (neu) gegründet; ihre Wurzeln reichen jedoch bis in das Jahr 1871 zurück. Schon nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Oktober 1918 gehörte sie zu den Kräften, die sich vehement für eine Autonomie der Slowakei einsetzten. 1932 bildete sie gemeinsam mit der Volkspartei unter Andrej Hlinka den Autonomistischen Block, der nach der Münchner Konferenz im September 1938 eine autonome Slowakei erkämpfen konnte, die 1939 als (erste) Slowakische Republik ein Satellitenstaat des Dritten Reiches wurde. Bei den Parlamentswahlen 2006 erzielte die SNS 11,7% der Stimmen und bildete mit der linkspopulistischen SMER und der linkspopulistischen HZDS des früheren Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar eine Koalitionsregierung. Bei den Europawahlen 2009 schnitten die Nationalisten erstaunlich schwach ab, ebenso bei den Parlamentswahlen 2010, als die SNS beträchtliche Teile ihrer

traditionellen WählerInnen verlor und nur noch 5,1% der Stimmen erreichte. 2012 scheiterte die SNS mit 4,6% knapp an der Fünfprozenthürde. Die SNS, die sich von nun an deutlich gemäßigter gab, schaffte bei der Parlamentswahl 2016 mit 8,6% den Wiedereinzug, und war bis Anfang 2020 an der aus vier Parteien bestehenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Fico (ab 2018 Pellegrini) beteiligt. Die SNS zeichnet sich durch eine besondere Ungarn-Feindlichkeit aus; ihr Ziel ist es, die ungarische Minderheit der Slowakei aus dem Erziehungswesen, der öffentlichen Verwaltung und dem Wirtschaftsleben zu drängen. Auf Antrag der SNS erklärte das slowakische Parlament die Beneš-Dekrete, in denen auch die Konfiszierung ungarischen Eigentums verfügt wurde, für „unantastbar". Zu den Feindbildern der SNS zählen darüber hinaus auch Roma und Homosexuelle.

Sverigedemokraterna (SD, Schweden)

Die Schwedendemokraten gingen 1988 aus der Schwedischen Partei hervor, die 1986 aus der Fusion der Schwedischen Fortschrittspartei mit der BBS (Haltet Schweden schwedisch) entstanden war. Bei den Wahlen zum schwedischen Reichstag 2002 bekamen die SD 1,4%, bei den Reichstagswahlen 2006 2,9% der Stimmen und verfehlten damit die Vierprozenthürde für den Einzug ins schwedische Parlament klar. 2010 gelang den SD mit 5,7% der Einzug in den Reichstag; dieser Erfolg kostete dem konservativen Regierungsbündnis die absolute Mehrheit. Anders als in Dänemark verweigerten die übrigen Parteien allerdings jede Zusammenarbeit mit den Rechten. 2014 erreichten die SD bei den Wahlen zum Europaparlament 9,7%, bei der Reichstagswahl im September desselben Jahres sogar 12,9%, und avancierten somit zur drittstärksten Fraktion. Bei der Reichstagswahl 2018 konnten die SD ihr Ergebnis auf 17,5% der Stimmen steigern. In einigen südschwedischen Wahlkreisen wurden sie sogar zur stimmenstärksten Partei. Dieses Wahlergebnis hatte eine monatelange innenpolitische Krise zur Folge, da weder das rot-grüne Bündnis noch die konservative Allianz für Schweden eine Mehrheit im Reichstag erhielten, beide Lager jedoch das Amt des Ministerpräsidenten für sich beanspruchten und es ablehnten, den Spitzenkandidaten des jeweils anderen Lagers zu unterstützen. Erst Anfang 2019 kam es zu einer Vereinbarung zwischen Sozialdemokraten und Grünen mit dem Zentrum und den Liberalen, wonach die beiden letztgenannten Parteien, die eigentlich Teil der Mitte-Rechts-Allianz gewesen waren, eine rot-grüne Minderheitsregierung tolerieren würden. Bei der Europawahl 2019 erhielten die SD 15,3% der Stimmen. Die SD sehen die schwedische Kultur durch Einwanderung, aber auch durch die Globalisierung bedroht. Der Europäischen Union stehen sie eher ablehnend gegenüber und befürworten stattdessen zwischenstaatliche Kooperationen, vor allem zwischen den „Nordischen Ländern". In gesellschaftspolitischen Fragen geben sich die SD betont wertkonservativ und setzen sich für die Abschaffung der Homoehe sowie gegen das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ein. Die bisherige Einwanderungs- und Integrationspolitik habe zahlreiche soziale und ökonomische Probleme sowie hohe Kosten verursacht und sei deshalb gescheitert. Die SD propagieren eine „homogene Gesellschaft" und treten für restriktive Einwanderungsbestimmungen und für die Heimführung von Asylsuchenden ein. Die Partei beschreibt sich selbst als „national", lehnt aber offiziell jede Form von Rassismus ab. Wegen ihrer Verbindungen zu rechtsextremen und neonazistischen Organisationen tragen die SD allerdings weiterhin das Stigma einer faschistischen Herkunft, und einige schwedische Medien weigern sich, Anzeigen der SD zu schalten. In den letzten Jahren versuchte die Partei durch ein neues Programm und ein gemäßigteres Auftreten auch WählerInnen aus dem bürgerlichen Lager anzusprechen.

Vlaams Belang (VB, Belgien)
1977 wurde die rechte Vlaams Nationale Partij (Flämische Nationalpartei) gegründet, die sich 1979 mit der Vlaamse Volkspartij (Flämische Volkspartei) zum Vlaams Blok (Flämischer Block) zusammenschloss. Der Vlaams Blok propagierte die Unabhängigkeit der flämisch-sprachigen Region Belgiens (Flandern) gegenüber des der Korruption und Misswirtschaft beschuldigten frankophonen Walloniens. Sein Motto lautet: *Eigen volk eerst* („Das eigene Volk zuerst") und *België barst* („Belgien soll zerbersten"). Der Vlaams Blok erzielte in den 1990er-Jahren große Wahlerfolge, vor allem in seiner Hochburg Antwerpen; bei den Kommunalwahlen 2006 errang die Partei hier 33,5% und lag damit nur knapp hinter den Sozialdemokraten. Seine nicht nur flämisch-nationalistische und separatistische, sondern zunehmend gegen Einwanderer gerichtete ausländerfeindliche Politik führte dazu, dass die etablierten Parteien des Landes seit 1989 eine Zusammenarbeit mit dem Vlaams Blok einhellig ablehnten („cordon sanitaire"). Gerade diese Ausgrenzung ermöglichte dem VB, sich als die „einzig wahre Opposition" darzustellen. Außerdem war die Partei in einigen Kommunen bereits so stark, dass sie in Entscheidungen eingebunden werden musste. Infolge einer gerichtlichen Verurteilung wegen systematischer Verstöße gegen Antirassismusregelungen löste sich der Vlaams Blok 2004 auf und gründete sich unter dem Namen Vlaams Belang (Flämisches Interesse) mit einem etwas überarbeiteten Parteiprogramm neu. Das Programm des VB stellt eine Fortführung des alten dar, allerdings in sprachlich entschärfter Version. VB vertritt eine krude Mischung aus chauvinistischem Separatismus, rassistischer Fremdenfeindlichkeit, nationalistischem Sozialpopulismus – u.a. mit der Forderung nach einem eigenen Gesundheits- und Sozialversicherungssystem für Nicht-Flamen und einem höheren Kindergeld für Einheimische –, Wertkonservativismus, Marktliberalismus und Wohlstandschauvinismus, vor allem in Hinblick auf das weniger wohlhabende Wallonien. Obwohl die Partei ihren stärksten Zuspruch weiterhin von sozial unterprivilegierten WählerInnen erhält, konnte sie seit Ende der 1990er-Jahre auch verstärkt bei der bürgerlichen Wählerschaft punkten – ein Prozess, der umgekehrt zur „Proletarisierung" der meisten übrigen europäischen Rechtsparteien verlief. Seit 2010 hat die Partei mit schwindenden Stimmenzahlen zu kämpfen. Einer der Hauptgründe dafür ist im Aufstieg der gemäßigteren Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) zu sehen, die sich ebenfalls für die Autonomie Flanderns einsetzt und für viele WählerInnen eine pragmatische und weniger radikale Protestalternative darstellt. Die nicht enden wollenden innerparteilichen Streitigkeiten und Machtkämpfe wirkten ebenfalls abschreckend. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2010 erlitt der VB eine empfindliche Niederlage. Die Partei verlor mehr als ein Drittel ihrer WählerInnen und erreichte nur noch 7,7%. Bei den Europawahlen 2014 waren es nur noch 4,1%, bei den am selben Tag abgehaltenen belgischen Parlamentswahlen gar nur 3,7%. 2019 feierte die Partei allerdings ihre Wiederauferstehung: Auf nationaler Ebene erreichte der VB 12%, bei der Wahl zum Flämischen Parlament 18,5% und bei der Europawahl 12%. Der VB unterhält enge Kontakte zum französischen, aber auch zum (früheren) wallonischen Front National, zu den deutschen Republikanern und zur österreichischen FPÖ.

Vox (Spanien)
Spanien verfügte lange Zeit über keine rechtspopulistische oder rechtsextreme Partei von Bedeutung – offenbar konnte die spanische Volkspartei (Partido Popular, PP), die aus der von einem früheren Franco-Minister gegründeten rechtskonservativen Alianza Popular (Volksallianz) hervorgegangen war, das vorhandene Wählerpotential weitgehend ausschöpfen. Dies änderte sich erst mit dem Auftauchen der Partei Vox (Latein für „Stimme"),

die 2013 von früheren Mitgliedern des Partido Popular wegen dessen zu großer „Nachgiebigkeit“ gegenüber der baskischen ETA gegründet wurde. Vox lehnt die seit 1978 bestehenden Autonomierechte der spanischen Regionen ab und strebt eine Rückkehr zu einer zentralistischen Staatsform an. Darüber hinaus wendet sich Vox vehement gegen Immigration, bekämpft feministische und multikulturalistische Positionen und vertritt eine ablehnende Haltung gegenüber Abtreibungen und gleichgeschlechtlichen Ehen. Der Streit um die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens war ebenfalls Wasser auf die Mühlen der neuen Partei, die sich darüber hinaus zunehmend islam- und immigrationskrisch (bis -feindlich) äußerte. Anders als in den meisten übrigen europäischen Ländern spielen wirtschaftspolitische Fragen und die (vorgebliche) Vertretung der von der Globalisierung benachteiligten Bevölkerungsgruppen bei Vox (noch) keine Rolle. Die Partei nahm bei der Europawahl 2014 erstmals an Wahlen teil, konnte jedoch nur 1,5% der Stimmen gewinnen. Auch bei den Parlamentswahlen 2015 und 2016 blieb Vox unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Erst bei den Regionalwahlen in Andalusien 2018 erreichte die Partei einen Stimmenanteil von 11%. Wenig später wurde der Spitzenkandidat der PP mit den Stimmen von PP, Ciudadanos und Vox zum Regionalpräsidenten der Region Andalusien gewählt. Damit beendete diese rechte Koalition auch 36 Jahre Vorherrschaft der linken PSOE in Andalusien. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im April 2019 erreichte Vox 10,3%, bei der Wahl zum EU-Parlament 6,2%.